Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 16 – 22. April 2006 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt



Fotos (2): Corbis

200 Meter entfernt vor Reaktor 4 in Tschernobyl: Ein Wert von 0,014 Microröntgen bei Kernkraftwerken ist erlaubt.

»Verbrechen ohne Sühne«

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl – 20 Jahre danach

Drei Jahrzehnte lang, seit dem Hochfahren der ersten Atomreaktoren, mit denen Elektrizität erzeugt werden konnte, hatten alle auf diesen Moment gewartet. Die einen voller Bangen, weil sie ahnten, daß ihre ständigen Versicherungen, Kernkraft sei die sicherste und sauberste Energie, nur bis zum ersten GAU halten konnten. Die anderen, weil sie einen solchen GAU (Abk. für „**G**rößter **A**nzunehmender **U**nfall") geradezu brauchten, um nicht auf immer und ewig als ideologisch verblendete Weltuntergangspropheten abgestempelt zu sein.

Zwei Jahrzehnte lang, seit jenem 26. April 1986, wird nun darüber gestritten, wie der GAU von Tschernobyl zu bewerten sei. Die einen verweisen unermüdlich darauf, daß damals nicht die Kernenergie schlechthin, sondern lediglich deren sowjetische Variante so schrecklich gescheitert sei. Die anderen pochen darauf, die Menschheit sei es den Opfern von Tschernobyl schuldig, jegliche Nutzung der Atomkraft zu unterlassen.

Umstritten sind auch die Opferzahlen, ebenso wie die Ursachen und Verantwortlichkeiten. Anfangs wurde die Katastrophe von sowjetischen Behörden mit der Zahl von angeblich nur 20 Toten verharmlost. Vor einem halben Jahr kam das „Tschernobyl-Forum" (bestehend aus UN, IAEA und den Regierungen Rußlands, Weißrußlands und der Ukraine) bereits auf 9000 Todesopfer. Nach jüngsten Erkenntnissen der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs" (IPPNW; ein Jahr vor Tschernobyl Friedensnobelpreisträger) ist auch diese Zahl noch viel zu niedrig: Allein unter den Aufräum-Mannschaften seien 90000 Tote zu beklagen gewesen, unter der Zivilbevölkerung sogar 175000.

Zahlen in dieser Größenordnung bestätigt auch die russische Journalistin Alla Jaroschinskaja, deren Buch „Prestuplenie bes nakasania. Tschernobyl 20 let spustja" (zu Deutsch: „Verbrechen ohne Sühne – Tschernobyl 20 Jahre später") in Kürze erscheint. Durch Zufall war sie an streng geheime Protokolle einer Sitzung des Politbüros des ZK der KPdSU am 3. Juli 1986 gelangt. Daraus ergibt sich zweifelsfrei: Der engste Führungskreis der Sowjetunion wußte bereits seit vielen Jahren, daß die Reaktoren vom Tschernobyl-Typ hochgradig störanfällig waren. Vor Michail Gorbatschow, dem ein Jahr zuvor ins Amt gekommenen Generalsekretär, war dieses schreckliche Wissen strikt geheimgehalten worden.

So erfuhr der Reformer, der unter den Begriffen Glasnost und Perestroika gerade begann, behutsam mit neuer Offenheit gegenüber der Öffentlichkeit zu experimentieren, erst an diesem 3. Juli, daß schon drei Jahre zuvor das Moskauer Energieministerium empfohlen hatte, die Tschernobyl-Reaktoren als gefährlich einzustufen und keine Kraftwerke dieses Typs mehr zu bauen.

Im elften Fünfjahresplan der Sowjetunion (1979 bis 1984) sind sind 1042 Notabschaltungen in sowjetischen Kernkraftwerken verzeichnet. Allein in Tschernobyl waren es 104, von denen 35 durch das Personal verschuldet waren. Im September 1982 hatte es hier auch schon eine größere Explosion gegeben.

Gorbatschow reagiert mit Unverständnis auf diese ihm bislang unbekannten Zahlen und Fakten. Er bohrt nach und erfährt, daß seit dem Baubeschluß für den Tschernobyl-Typ im Jahre 1956 (!) sich offenbar niemand mehr für Sicherheitsfragen interessiert hatte. Der stellvertretende Energieminister Schascharin muß einräumen, daß viele AKW (zum Beispiel Kursk, Ignalinsk in Litauen oder Leningrad, heute St. Petersburg) nicht einmal über ein Notkühlsystem verfügen. Entwicklungschef Alexandrow versucht, sich mit der Lüge herauszureden, der Tschernobyl-Typ sei in allen entwickelten Ländern Standard.

Dieses Sitzungsprotokoll und die weiteren Recherchen Alla Jaroschinskajas belegen, daß die sowjetische Führung jahrzehntelang auf menschenverachtende Weise nur wirtschaftliche und machtpolitische Interessen verfolgte. Sicherheit war kein Thema. So war ein bereits 1971 vorgelegter Notfallplan bis 1986 noch nicht einmal ansatzweise umgesetzt.

Was hat der GAU von Tschernobyl – über die Opferzahlen hinaus – bis heute bewirkt? Mit Sicherheit hat er den Zerfall des Sowjetkommunismus beschleunigt, nicht zuletzt, weil Gorbatschow im Gegensatz zu seinen Vorgängern die Herausforderung annahm, statt wie gehabt alles „unter den Teppich zu kehren". Im Westen ließ der katastrophale Unfall sich erfolgreich für einen Ausstieg aus der Kernkraftnutzung instrumentalisieren. Ob er in Zukunft, angesichts einer weltweiten (irgendwann vielleicht auch in Deutschland?) Renaissance der Atomenergie zu einer neuen, noch strengeren Sicherheitsphilosophie führen wird, bleibt abzuwarten. Dies wäre das mindeste, was wir und die künftigen Generationen den Opfern von Tschernobyl schuldig bleiben. *H.J.M / MRK.*



Tschernobylopfer: Noch heute erkranken Kinder an Leukämie.

HANS-JÜRGEN MAHLITZ:

Sprache und Integration

Das unbefriedigende Urteil im Berliner „Ehrenmord-Prozeß" hat erneut gezeigt, wie gefährlich die Bildung sogenannter Parallelgesellschaften ist: Der Rechtsstaat hat nicht die Mittel, so zu reagieren, wie es der „gesunde Menschenverstand" erwartet. Ganz offensichtlich war der zu einer Jugendstrafe Verurteilte kein Einzeltäter; eigentlich hätte die ganze Familie auf die Anklagebank und dann lebenslang hinter Gitter gehört . Aber wie beweisen, daß hier gezielt derjenige als Mörder ausgesucht worden war, der die geringste Strafe zu erwarten hatte?

Es ist müßig, zu diskutieren, ob unser Rechtssystem den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen angepaßt werden soll. Wichtiger ist es allemal, ein weiteres Wuchern solcher gesellschaftlicher Bedingungen zu verhindern. Aber wie?

Zentrale Bedeutung kommt hier der Sprache zu. Wer auf Dauer in Deutschland leben will, muß sich in der Sprache dieses Landes verständigen können. Wer sich dem bewußt verweigert, hat hier nichts zu suchen. Daher ist es richtig, vor die Gewährung einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung – egal ob mit oder ohne deutschen Paß – die Überprüfung ausreichender Sprachkenntnisse zu setzen.

Dies soll kein Plädoyer sein für jene Arroganz, mit der zum Beispiel viele Franzosen ausländischen Gästen den Gebrauch der Landessprache abverlangen und sich weigern, es notfalls auch selber mal mit Englisch oder gar Deutsch zu versuchen. Der Gebrauch von Fremdsprachen kann durchaus zur Höflichkeit gegenüber einem Gast gehören. Wenn ich mich allerdings in gewisse Viertel Berlins oder Kölns, Hamburgs oder Frankfurts wage, habe ich nicht das Gefühl, Gästen zu begegnen.

Die hier leben, haben sich auf Dauer hier eingerichtet. „Menschen mit Migrationshintergrund", wie sie „politisch korrekt" genannt werden. Migranten, die keineswegs die Absicht haben, irgendwann einmal weiterzuwandern. Und die wir, wenn wir sie schon nicht mehr loswerden, wenigstens einigermaßen integrieren müssen.

Wer allerdings glaubt, dieses Ziel mit Sprachtests für nachziehende Ehefrauen oder Vorschul-Deutschkursen für Dreibis Sechsjährige bereits erreicht zu haben, gibt sich Illusionen hin. Blicken wir 20, 30 Jahre zurück: Die damals in unser Land kamen, vorzugsweise aus der Türkei, lernten einigermaßen Deutsch, weil sie sonst in Deutschland nicht auf Dauer leben konnten. Aber haben diese Sprachkenntnisse auch die Integrationsbereitschaft gefördert?

Leider in vielen Fällen nicht. Im Gegenteil: Zielstrebig wurde in den einschlägigen Vierteln das Leben so organisiert, daß Deutschkenntnisse schließlich überflüssig wurden. Wer heute in Klein-Anatolien à la Kreuzberg leben will, braucht kein Wort Deutsch zu kennen. Für das tägliche Leben ist Türkisch besser geeignet – und für den Einkauf im Media-Markt ein paar Brocken Englisch.

Sprachkenntnisse führen nicht automatisch zu Integration. Eher umgekehrt: Wer sich bei uns integrieren will, wird von sich aus um Sprachkenntnisse bemüht sein. Wer sich dem verweigert, tut damit kund, daß er sich nicht integrieren will. Das gilt für Eltern, die ihren Kindern so bewußt den Weg ins Schul- und Berufsleben verbauen, wie für „Paschas", die ihre Ehefrauen mit aller Gewalt hindern, Deutsch zu lernen – eine besonders hinterhältige Form der Unterdrückung! Das mag ihrer Religion und „Kultur" entsprechen – in Deutschland hat es keinen Platz.

Und um uns vor solchen gesellschaftlichen Bedingungen zu schützen, müssen wir notfalls auch unser Rechtssystem anpassen.

Kohls Mädchen?

Europa: Merkel auf den Spuren des Altkanzlers

Manchmal fällt einem denn doch wieder der alte Spruch von „Kohls Mädchen" ein. Zum Beispiel, wenn die Kanzlerin und CDU-Chefin auf den europapolitischen Spuren des vormaligen Inhabers dieser Ämter wandelt. Die 2007 anstehende deutsche Ratspräsidentschaft will Frau Merkel, wie man der Tagespresse entnehmen kann, mit einem neuen Vorstoß für eine EU-Verfassung krönen, ganz im Sinne Kohls.

Franzosen und Niederländer haben dem Projekt in Volksabstimmungen bereits eine deutliche Abfuhr verpaßt. Die Deutschen sind nach allen Meinungsumfragen ebenfalls mehrheitlich der Meinung, daß die EU schon deshalb keine Verfassung braucht, weil sie sonst zu sehr zum ungeliebten Bundesstaat würde.

Vorsichtshalber wird das deutsche Volk offiziell gar nicht um Zustimmung gebeten. Doch wäre die Bundesregierung gut beraten, sich in dieser Frage nicht über die in inoffiziellen Befragungen bekundete Mehrheitsmeinung hinwegzusetzen. Denn noch mehr Politik(er)verdrossenheit kann sich angesichts der anstehenden Belastungen durch notwenige Reformen auch die größte Koalition nicht leisten. *M.S.*

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Diese Ausgabe enthält eine Beilage des Archiv-Verlages.

Paradoxe Arbeitswelt

Trotz höchster Arbeitslosenquote bei Geringqualifizierten kommen Erntehelfer

Die Spargelsaison in Deutschland hat wieder begonnen und mit ihr das paradoxe Phänomen, daß trotz fünf Millionen Arbeitslosen Tausende Erntehelfer in Bussen für Wochen aus Osteuropa herangekarrt werden, um die körperlich schwere Arbeit zu verrichten.

Neu ist in diesem Jahr allerdings die Vorschrift, daß die Landwirte nur 80 Prozent der im letzten Jahr beschäftigten Ausländer anstellen dürfen. Trotz dieser Vorschrift wurden aber kaum deutsche Erntehelfer bei den Arbeitsagenturen geordert. Ein Grund, warum die Spargelbauern deutsche Arbeitslose als Erntehelfer meiden, ist die Behauptung, daß sie weniger belastbar wären und häufig schon nach ein paar Tagen nicht mehr beim Dienst erscheinen würden. Doch hier haben einige regionale Arbeitsagenturen vorgesorgt, indem sie dieses Jahr den deutschen Arbeitslosen eine „Durchhalteprämie" versprechen. Ob diese große Wirkung zeigt, ist derzeit anzuzweifeln – nicht weil die Arbeitslosen zu unmotiviert wären, sondern weil die Landwirte sie trotzdem nicht ordern. Jetzt sollen modernste Maschinen die Arbeit der nicht genehmigten Osteuropäer verrichten.

Aber nicht nur in der Erntezeit zeigt sich, daß Deutschland ein Problem mit der Unterbringung seiner häufig geringqualifizierten Arbeitslosen hat. Eine neue OECD-Studie stellt Deutschland ein miserables Zeugnis aus. Hier ist die Zahl der geringqualifizierten Erwerbspersonen im Alter von 25 bis 64 Jahren ohne Abitur und ohne abgeschlossene Berufsausbildung mit Abstand am höchsten: 18 Prozent dieser Gruppe sind ohne Arbeit. Nur Frankreich und Spanien haben ähnlich schlechte Werte (12,1 Prozent und 11,2 Prozent). Alle anderen untersuchten Länder weisen nur einstellige Prozentwerte auf. Die Niederlande glänzen hiernach mit 3,8 Prozent.


Foto: teamwork

Spargelernte: Erntehelfer aus Osteuropa werden Deutschen vorgezogen.

Doch woran liegt es, daß Deutschland so schlecht abschneidet? Schließlich haben alle Länder mit den Folgen der zunehmenden Automatisierung zu tun, die vor allem die Berufsgruppe der Geringqualifizierten trifft. Auch haben alle an der Untersuchung beteiligten Staaten mit der Globalisierung zu kämpfen, die ebenfalls in diesem Bereich viele Arbeitsplätze vernichtet, da gerade diese in Billiglohnländer wie China, Indien und Osteuropa abwandern.

Das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln hat die OECD-Studie kommentiert. Hiernach sind die fehlenden Arbeitsanreize aufgrund der niedrigen Spanne zwischen Sozialleistungen und dem Erwerbsentgelt der Grund.

Das hat auch die große Koalition erkannt und ringt um Lösungen. Das flächendeckende Kombilohnmodell der Union ist gescheitert, was Sozialdemokraten, Wirtschaft und Gewerkschaften freut. Eine Alternative ist allerdings nicht in Sicht. Steuergutschriften und die Erhöhung der Zuverdienstgrenzen bei Langzeitarbeitslosen stehen in der Diskussion, die allerdings nicht sonderlich leidenschaftlich geführt wird.

Ein Blick in die anderen Länder müßte eigentlich Ideen liefern, doch das scheint vielen offenbar zu einfach. *Bel*

Rückgabe russischer Kriegsbeute doch möglich?

Rußland könnte Werke von Goya, Manet und Rembrandt schon bald an Deutschland zurückgeben. Dies stellte zumindest der stellvertretende Leiter der russischen Kulturbehörde, Anatolij Wilkow, in Aussicht. Er glaubt, daß Rußland früher oder später ohnehin bereit sei, die Kunstwerke an ihre rechtmäßigen Eigentümer auszuhändigen. Dies sei lediglich eine Frage von Verhandlungen und der Form.

Die Rede ist von 362 Zeichnungen und zwei Bildern der sogenannten Baldin-Kollektion, die im Juli 1945 aus der Kunsthalle Bremen vom Hauptmann der Sowjetarmee, Wiktor Baldin, nach Rußland geschafft worden waren.

Als im Jahre 2005 schon einmal über eine Rückführung von Beutekunst verhandelt wurde, lehnte Kulturminister Alexander Sokolow diese allerdings noch kategorisch ab.

Hauptmann wollte Goya-Gemälde zurückgeben

Anatolij Wilkow behauptet nun, russischen Historikern sei bereits seit langem bekannt gewesen, daß Wiktor Balkin die Kunstsammlung mitgenommen hatte, um sie zu retten.

Russische Soldaten hätten die Bögen mit den wertvollen Zeichnungen zum eigenen Nutzen mitgehen lassen wollen. Sie wären dann unwiederbringlich verloren gewesen.

Der Hauptmann habe sie den Soldaten förmlich unter den Stiefeln weggezogen, damit die kulturell wertvollen Kunstschätze des Verliererlandes nicht zerstört würden. Er habe sie nach Rußland gebracht, um die Kunstwerke zu erhalten, und sie nicht als „Kriegsbeute" betrachtet. Die Verwandten des inzwischen verstorbenen Hauptmanns hätten erzählt, daß er schon immer dafür gewesen sei, die Kollektion an Deutschland zurückzugeben. Er habe sich deshalb in Briefen an Breschnew, Gorbatschow und an Jelzin gewandt. Nur Jelzin habe ihm geantwortet und sich dafür ausgesprochen, die Arbeiten zurückzugeben. Waldin habe es dann aber versäumt, seinen Wunsch als letzten Willen schriftlich niederzulegen. *MRK*



„Deutschland soll weniger an die Europäische Union zahlen!" meinte CSU-Chef Edmund Stoiber und der Stammtisch im Deutschen Haus stimmte ihm aus vollem Herzen zu.

Stoiber habe recht, wenn er beklage, daß Deutschland derzeit nach seiner wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit bestenfalls im europäischen Mittelfeld liege, dennoch aber noch immer der bei weitem größte Nettozahler in die Kasse der Brüssler Umverteilungsmaschinerie sei.

Leider sei Stoibers Kritik jedoch nur unwirksames „Heldentum nach Ladenschluß". Seine Kritik komme viel zu spät. Sie hätte nicht erst nach der Verabschiedung des neuen Finanzrahmens der Europäischen Union (EU) für die Jahre 2007 bis 2013 kommen dürfen, sondern viel eher, meinte der Stammtisch.

Als vor einem knappen halben Jahr beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU Deutschlands Zahlmeisterrolle auf weitere sieben Jahre verabredet wurde, waren alle, von den politisch korrekten Medien bis zu Herrn Stoiber, voll des Lobes über die „Bewältigung der tiefen Krise Europas", ganz nach dem euromasochistischen Grundsatz: „Welches Glück! – Wir Deutschen dürfen weiter zahlen!" Am meisten allerdings freuen sich die Spanier, die das meiste von dem Geld kassieren, das die Deutschen nun für weitere sieben Jahre in die EU-Kasse zahlen dürfen.

Der Stammtisch hingegen ist stocksauer: Statt die Milliarden für Brüssel durch Abbau der finanziellen Leistungen für Rentner und Arbeitslose in Deutschland zusammenzukratzen, sollten die deutschen Zahlungen an Brüssel reduziert werden: sofort und wirkungsvoll – zumindestens bis Deutschlands Wirtschaft wieder floriert.

Euer Michel

»Wir sind schon solidarisch«

Wie die privaten Krankenversicherer ihre Zukunft im Gesundheitssystem sehen

Dem Philosophen Platon verdanken wir den nachdenkenswerten Satz: Das unablässige Reden über die Gesundheit ist auch eine Krankheit. Immerhin haben die Deutschen mit diesem vielen Reden ein Gesundheitssystem entwickelt, das trotz der hohen Kosten in der Welt seinesgleichen sucht. Zum System gehört auch die Unterscheidung zwischen den gesetzlichen und den privaten Kassen. Das viele Reden über Reformen betrifft vor allem die gesetzlichen, aber eben nicht nur. Mittlerweile müssen auch die privaten Krankenkassen über ihre Zukunft nachdenken. Denn in der Diskussion sind auch Maßnahmen, die an die Existenzgrundlage der privaten Kassen rühren. Werner Görg, der Vorstandsvorsitzende der Gothaer Versicherungen, räumt denn auch ein, daß die bisher bekannt gewordenen Kompromißvorschläge „Abschottungseffekte für die private Krankenversicherung" enthalten, die nicht hilfreich seien. Denn „alle Vorschläge, die bisher unterbreitet worden sind, beinhalten im Wesentlichen auch, daß für die Privaten in Zukunft das Neugeschäft nicht mehr eröffnet ist. Damit wären diese Krankenversicherungsunternehmen auf die Bereiche der Zusatzversicherung beschränkt". Dieses Geschäft allerdings sei zu mager. „Hier können diese Unternehmen ihre wahre Stärke gar nicht ausspielen. Die liegt nämlich darin, daß sie Vorsorge dafür treffen, daß die Krankenversicherungsbeiträge im Alter steigen".

Privatversicherer befürchten ins Abseits zu geraten

Das sei der Punkt für die Unterscheidung der Zukunft. Die Frage ist: Welches Krankenkassenmodell kann Rücklagen für die Zukunft bilden in einer Gesellschaft, die durch die Alterung auf immer höhere Gesundheitskosten hinsteuert? Das seien momentan nur die Privaten und deshalb sollte man, so Görg, „privat organisierte, kapitalgedeckte Altersvorsorgesysteme und Krankenversicherungsvorsorgesysteme stärken". Nach mühsamen langjährigen Debatten habe man sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß das am Generationenvertrag orientierte Rentenversicherungssystem nicht mehr funktionieren könne, weil der Generationenvertrag selbst nicht mehr funktioniere. Das gelte um so mehr für die kostenintensive Krankenversicherung. Das bedeute, daß man „während der insbesondere jungen Lebensjahre Vorsorge dafür treffen muß, weil die Krankenversicherungsleistungen im Alter exorbitant steigen. Genau dafür benötigt man Sparbeiträge! Private Krankenversicherungsunternehmen tun dies, haben mittlerweile über 100 Milliarden Euro angesammelt, um die Krankenversicherungsbeiträge gerade von älteren Menschen in der Zukunft deutlich zu reduzieren."

Höheres Entgelt finanziert Ärzte und Krankenhäuser

In der Diskussion über das Gesundheitswesen taucht immer wieder mal der Gedanke auf, Hand an diese Rückstellungen der Kassen zu legen. Das könne manches finanzielle Problem lösen. Der Chef der Gothaer gibt hier, ähnlich wie alle privaten Versicherungen, zu bedenken, „daß diese 100 Milliarden Euro natürlich angesammelt sind von privaten Versicherungsnehmern und somit der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes unterliegen."

Die Forderung nach mehr Solidarität im Krankenkassenverbund, die hinter diesen Überlegungen stehe, sei aber auch kurzsichtig und systemfremd. Denn der Solidaritätsbeitrag privater Krankenversicherer betrage pro Jahr etwa 10 Milliarden Euro. Er komme dadurch zustande, daß „private Kassen in ihrer Leistungsabrechnung in aller Regel mit höheren Entgelten belastet werden als die gesetzlichen Kassen. Anders ausgedrückt: Die privaten Krankenversicherungsunternehmen bezahlen bereits pro Jahr zehn Milliarden Euro in ein Krankenversicherungssystem, das, wenn die privaten Krankenversicherungsunternehmen mehr oder weniger abgeschafft würden, zur Unterstützung dieses Gesundheitssystems nicht mehr zur Verfügung ständen."

Die Schulden-Uhr:

Neue Pläne, neue Steuern

Kaum an die Spitze der SPD aufgerückt, schockt Kurt Beck mit der Forderung nach höheren Steuern. Die im SPD-Programmentwurf gewollten Investitionen soll der Steuerzahler tragen, so Beck. Von Schuldentilgung und so mehr Möglichkeiten für den Staatshaushalt ist keine Rede. Die ohnehin geplante milliardenschwere Mehrwertsteuererhöhung hat er nicht auf der Rechnung.

1.496.944.996.298 €

(eine Billion vierhundertsechsundneunzig Milliarden neunhundertvierundvierzig Millionen neunhundertsechsundneunzigtausend und zweihundertachtundneunzig)

Vorwoche: 1.495.486.694.550 €
Verschuldung pro Kopf: 18.145 €
Vorwoche: 18.127 €

(Stand: Dienstag, 18. April 2006, 12 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)

Die Lehre

Gut getürkt ist halb gewonnen,
und was fein gesponnen war,
bringt kein Richter an die Sonnen,
sei's für Laien noch so klar.

Notfalls hat der Jüngste eben
den gerechten Schuß verpaßt,
und weil derart gottergeben,
wird er Held im Jugendknast.

Doch es steckt weit mehr an Lehre
in dem beispielhaften Fall:
Wo ein Mord, da ist auch Ehre –
dort daheim und überall.

Deutschland ist im Grund genommen
beim Bestrafen viel zu hart:
Gar nicht vors Gericht gekommen
wär' man ja nach Türkenart!

Und da soll noch einer meckern,
daß im Musterland Türkei
die Justiz mitsamt Vollstreckern
ungerecht und grausam sei!

Nicht die alten Europäer
sind europareif daher,
nein die Türken sind es eher –
das beweist uns diese Mär.

Pannonicus

Alles dreht sich nur um Lucy

Die Linken in Berlin haben eine neue Einpeitscherin, für die Ideologie wichtiger ist als Sachzwänge



Lucy Redler: Die 26jährige gehört dem Vorstand der Berliner WASG an und leitet die trotzkistische Splittergruppe „Sozialistische Alternative“.

Foto: pa

Von Harald Fourier

Lucy Redler sitzt erschöpft auf der Bühne. Gerade eben hat sie ihre Anhänger auf ihre politische Linie eingeschworen und trinkt nun – nicht gerade damenhaft – aus einer Flasche.

Neben ihr sitzt eine Parteigenossin und schreibt „Zehn Minuten“ auf einen Zettel. Diesen Zettel muß sie den Rednern zeigen, die sich ans Mikro drängen, um der Vorrednerin beizupflichten. Lucy, du hast ja so Recht.

Lucy Redler ist das neue Gesicht der extremen Linken in Berlin. Sie ist ein Popstar auf der politischen Bühne. Vor einem Jahr war die selbsternannte Trotzkistin noch ein weitgehend „unbeschriebenes Blatt“, eine Sektiererin unter vielen in der linken Szene Berlins. Dann kam der Wiederaufstieg der PDS als Linkspartei – und mit ihr Lucy Redler.

Inzwischen ist die 26jährige in jeder Zeitung zu sehen. Sie hat einen eigenen Eintrag im Internetlexikon Wikipedia, und ihr Name spuckt bei einer Recherche in der Suchmaschine Google rund 10000 Treffer aus.

Redler gehört dem Vorstand der WASG in Berlin an. Sie ist die Rädelsführerin einer trotzkistischen Splittergruppe namens „Sozialistische Alternative“ (SAV), die die Führung der WASG, jener Partei von überwiegend enttäuschten Gewerkschaftern und Sozialdemokraten aus dem Westen, an sich reißen konnte. Das macht „den Schrecken der WASG“ („taz“) so interessant für die Zeitgeistpresse.

„Lucy und ihre Truppe“ (Die Welt) haben beschlossen, mit einer eigenen Liste gegen die PDS bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl im September anzutreten. Warum, das hat sie gerade auf der SAV-Tagung mit dem Titel „Sozialismustage“ ausgeführt: „In Berlin gibt es 34000 Ein-Euro-Jobs, Kürzungen bei Projekten für Bildung und Frauen. Das Land ist aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten. Fast immer steht die PDS auf der falschen Seite.“

> »Schrecken der WASG« nennt sie die linke »taz«

In Lucy Redlers Welt gibt es keine Haushaltslöcher und keine Sachzwänge. Es gibt nur „neoliberale Politiker“ – und zwar in allen Parteien einschließlich der früheren SED – und einen ausufernden Kapitalismus, den zu besiegen sie angetreten ist.

„Die PDS macht keine sozialistische Politik, nicht mal linke Politik“, klagt sie. In einer PDS-Broschüre werbe die Ex-SED unter der Überschrift „Fortsetzung folgt“ für eine Fortsetzung der Koalition mit den Genossen von der SPD. In der Broschüre heißt es, Rot/Rot sei kein Ausrutscher der Geschichte. „Das haben wir auch gemerkt“, kommentiert die studierte „Sozialökonomin“. Im Saal wird schallend gelacht.

Gysi, Bisky, Ramelow wollen nur die Regierungsbeteiligung 2009 (im Bund) um jeden Preis, wirft sie den PDS-Bossen vor. Dann zeigt sie ein Plakat der PDS aus dem Landtagswahlkampf in Sachsen-Anhalt, auf dem steht: „Wirtschaft braucht Standort, Menschen brauchen Heimat.“

> Für sie sind selbst die SPD und die Grünen Rechte

Heimat, Standort? Keine Begriffe, die zum Wortschatz einer K-Gruppen-Aktivistin gehören. „Niemals“, ruft Lucy Redler ihren begeisterten Anhängern – 200 Personen im Jugendkulturzentrum Pumpe in Tiergarten – zu.

„Es geht darum, den Rechten nicht die Stadt zu überlassen“, sagt Redler, und dazu gehören für sie wahrscheinlich auch SPD und Grüne. Mit ihren Brandreden hat Redler schon großbürgerliche Typen wie Gysi und Lafontaine an die Wand gequatscht. Die Basis ist Redler und ihren SAV-Aktivisten bislang gefolgt.

Am kommenden Sonnabend ist wieder ein WASG-Landesparteitag. Dann heißt es für Redler „Fortsetzung folgt“. Es sieht nicht so aus, als würde die WASG-Führung einknicken und doch noch auf eine Wahlteilnahme zugunsten der PDS verzichten.

Nach ihr spricht Thiess Gleiss, ein Mitglied aus dem Bundesvorstand der WASG, der wiederum selbst heillos über das Verhalten des Berliner Landesverbandes zerstritten ist. "Ich könnte euch sagen, wie verkommen diese Partei ist“, poltert er los. Er spricht nicht von der CDU oder der SPD oder gar von den Neoliberalen allgemein. Thiess geißelt die PDS, mit der seine Partei immerhin eine Fusion anstrebt. Die PDS sei eine ostdeutsche Klientelpartei rügt er die Provinzialität der Genossen Ost.

„Aber leider brauchen wir uns gegenseitig: die PDS und die vielen kleinen sozialistischen Gruppen, die jahrelang unsere Idee am Leben gehalten haben“, räumt er dann aber ein. Aber auch für Theiss steht fest: „Es ist unsere Pflicht, die Regierungsbeteiligung in Berlin zu beenden.“

Dann kommt Uwe Hiksch. Der 42jährige ist auch so eine Art Symbolfigur für die extreme Linke. Nach 17 Jahren in der SPD kehrte er seiner Partei 1999 den Rücken zu, obwohl er im Vorjahr in den Bundestag wiedergewählt worden war (Coburg).

Dann schloß er sich der PDS an. Jetzt gehört er zu den West-Linken in der Partei und packt aus: „Lucy hat Recht. Die PDS macht keine sozialistische Politik.“ Er weiß aber auch, warum, und räumt daher ein: „Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß das von der Bevölkerung nicht gewünscht wird.“

Die Slum-Schlacht

Von Harald Fourier

Neulich bei der Wohnungsbaugesellschaft: Mein Gespräch mit der Sachbearbeiterin wird jäh unterbrochen, als das Telefon klingelt. Eine andere Mieterin will umziehen, in eine größere Wohnung mit 80 Quadratmetern, weil sie ein viertes Kind erwartet. Soviel ist aus dem Gespräch herauszuhören.

Der Schlüsselsatz der Sachbearbeiterin lautet: „Solange Sie uns eine Bestätigung des Sozialamts bringen, daß es die Kosten übernimmt, ist das kein Problem.“ Klare Aussage: Solange das Sozialamt zahlt, gibt es eine größere Wohnung.

Auch Wolfgang Schäuble liebt die klaren Worte, die Provokationen. Der Bundesinnenminister wollte provozieren, und das ist ihm gelungen. Auch wenn er dabei weit über das Ziel hinausgeschossen ist. Nicht anders kann Schäuble es gemeint haben, als er über Slums zu sprechen begann. Neben Teilen Hamburgs sei Berlin-Neukölln längst ein solcher Slum, so der CDU-Politiker.

Das kommt bei der Basis in Schäubles Wahlkreis im Schwarzwald an. Aber es hat natürlich nichts mit der Realität zu tun. Zwar bezeichnete man ursprünglich als Slum verwahrloste Innenstadtbereiche, die früher von der Mittel- und Oberschicht bewohnt worden sind. Insofern würde die Bezeichnung auf Kreuzberg und Nordneukölln ja sogar zutreffen.

Aber inzwischen wird umgangssprachlich als Slum eine randstädtische Gegend bezeichnet, in der fremde oder völlig verarmte Schichten zusammenleben. Leute, die in Wellblechhütten ohne Wasser und Strom vor sich hinvegetieren.

So gesehen wären nicht einmal die Pariser Banlieus als Slum zu bezeichnen. Slums – die gibt es in Jakarta, in Mexiko City oder in den südafrikanischen Townships. Schäuble hat in dem Interview den Gedanken fortgeführt, diese Verslumung habe aber nichts „mit Ghettobildung“ zu tun.

Also: Slum ja, Ghetto nein? Einer nachvollziehbaren Logik folgt dies nicht. Ghettobildung ist viel eher die zutreffende Definition dessen, was sich in Neukölln abspielt. Daß der Bezirk nicht zum Slum wird, dafür sorgt das Sozialamt (siehe Mietwohnung oben).

Die Ghettobildung wird jedoch nicht unterbunden. Schon deshalb, weil es nur selten Deutsche sind, die mehr als zwei Kinder haben (wenn überhaupt). Zu Recht widersprachen daher alle möglichen Landespolitiker – von der FDP bis hin zu den Grünen.

Mit Heinz Buschkowsky meldete sich einer zu Wort, der wie kein anderer mit dem Brennpunkt Neukölln identifiziert wird. Der Bezirksbürgermeister sagte, es gäbe unstreitig Tendenzen zur Ghettoisierung. „Aber zwischen dieser Feststellung und der Feststellung Slum, da liegen Welten.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Wowereits Offenbarungseid

Berlin drängt vor dem Bundesverfassungsgericht auf Zahlungen vom Bund zur Sanierung des Hauptstadthaushaltes

Von Markus Schleusener

Am Mittwoch hatte Klaus Wowereit seinen großen Auftritt. Ausnahmsweise mal keine Gala, keine Ausstellungseröffnung, sondern eine Verhandlung beim Bundesverfassungsgericht. Der Regierende Bürgermeister und sein Finanzsenator Thilo Sarrazin strengen etwas an, das im Juristendeutsch als „Normenkontrollklage“ bezeichnet wird.

Als Wowereit kurz nach 10 Uhr das Wort ergriff, wollte er gerichtlich feststellen lassen, daß Berlin pleite ist. Für die Jahre seit seinem Regierungsantritt verlangt er deshalb Sonderzuweisungen des Bundes gemäß des Grundgesetz-Paragraphen 107.

Wowereit sprach von „ausreichenden Finanzanstrengungen“. „Spätestens seit 2002“, so Wowereit, „hat Berlin Anspruch auf Finanzhilfe des Bundes.“ Vielleicht hat er auch den juristisch exakten Begriff verwendet: Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen zum Zwecke der Haushaltssanierung.

Berlins Haushaltmittel werden immer stärker aufgefressen von den Zinsen. Im laufenden Jahr zahlt die Stadt allein 2,5 Milliarden Euro nur dafür. 2007 wird die Gesamtschuldenlast der Stadt bei 66,8 Milliarden Euro liegen – nach 47,5 Milliarden im Jahr 2002.

Kurzum: Deswegen kann die Bundeshauptstadt ihre extreme Haushaltsnotlage nicht alleine lösen. Wowereit wird daher einfordern, daß der Bund einspringt, so wie er es auch im Fall des Saarlands und Bremens getan habe.

Die höchsten deutschen Richter werden Nachfragen stellen. Dann schlägt die Stunde von Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD). „Kein anderes Bundesland hat in den letzten Jahren so seine Ausgaben reduziert wie Berlin“, heißt es aus der Senatsfinanzverwaltung stoisch.

Sarrazin spricht in diesem Zusammenhang immer von sogenannten Primärausgaben, also allen Zahlungen aus dem Landeshaushalt ohne die Zinsen für Schulden. Diese Primärausgaben seien in Berlin um elf Prozent gesunken, während sie in anderen Ländern um drei Prozent gestiegen seien, lautet Sarrazins Botschaft.

Größere Hoffnungen macht sich der Senat wegen der Steuererhöhungen der großen Koalition. Durch die Abschaffung der Eigenheimzulage und Steuererhöhungen (Mehrwertsteuer, Entfernungspauschale etc.) werden die Einnahmen der Stadt um mehr als 350 Millionen im Jahr steigen. So jedenfalls prognostizieren es Sarrazins Beamte. Bis 2009 sollen die unerwarteten Mehreinnahmen auf über 700 Millionen Euro hochschnellen.

Ungeachtet dessen pocht der Senat jedoch auf 35 Milliarden Euro Bundeshilfe. Das Geld solle ausschließlich zur Schuldentilgung verwandt werden, versichert der Senat.

Schon jetzt bestreitet Berlin 30 Prozent seiner Ausgaben aus dem Länderfinanzausgleich und Mitteln des Bundes. Sollte sich der Berliner Senat durchsetzen, so wird die Stadt noch mehr Geld verschlingen, das andere aufzubringen haben.

Andere Bundesländer sind skeptisch wegen dieser Klage. So mißtrauen CDU-regierte Länder ohnehin dem rot/roten Senat, und Länder, die sauber wirtschaften, sind sauer, daß ihr Erspartes für die Schuldentilgung anderer verwandt werden soll.

Kommt beides zusammen, so wird die Kritik auch schon mal laut geäußert. So warnte Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) davor, auch andere Länder könnten ihre Sparbemühungen einstellen und auf den Bund hoffen.

Und der baden-württembergische Finanzminister Gerhard Stratthaus (ebenfalls CDU) sagte mit Blick auf den Verhandlungstermin: „Diese Haushaltssituation ist selbst verschuldet, deshalb sollte sie auch selbst wieder in Ordnung gebracht werden.“

Als Beispiele für Mißwirtschaft führte Stratthaus den Verzicht des Landes auf Studiengebühren und den noch immer hohen Personalbestand an. Berlins öffentlicher Dienst ist noch immer aus der Zeit der Teilung enorm aufgebläht.

Andererseits ist der Wowereit-Senat aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten, um nicht mehr an die hohen Abschlüsse gebunden zu sein. Verglichen damit erscheinen die möglichen Mehreinnahmen durch Einführung von Studiengebühren – geschätzte 100 Millionen Euro – eher unbedeutend.

Eine Entscheidung in der Sache „Haushaltsnotlage Berlin“ könnte noch vor der Sommerpause und damit vor der Berliner Abgeordnetenhauswahl im September fallen, sagte ein Sprecher des Gerichts.

Das hängt nicht zuletzt auch von der Verhandlung in der nächsten Woche ab.

Unabhängig davon verfolgt der Berliner Finanzsenator bereits die nächste Klage.

Wieder geht es gegen den Bund, und wieder geht es um Geld: Berlins nächste Normenkontrollklage betrifft die Rückgabe früheren Reichsvermögens.

Es geht um Grundstücke, die dem Reich unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden sind (zum Beispiel die Fläche der Flughäfen Tempelhof und Tegel).

Sollte zwischen der Klageeinreichung (Dezember 2005) und der ersten Verhandlung genauso viel Zeit verstreichen wie im Falle der Haushaltsnotlage-Klage, dann wird jedoch nicht vor 2008 darüber verhandelt.

Zurück zur Nation!?

Von REBECCA BELLANO

Während man in Deutschland darüber diskutiert, welche Wirtschaftsreformen richtig sind, damit der »Standort D« auch in Zeiten der Globalisierung attraktiv bleibt, beschreitet nach Olaf Henkel auch Henrik Müller andere Wege. Der Geschäftsführende Redakteur des »Manager Magazins« behauptet, daß in diesen Zeiten nur jener Standort bestehen kann, in dem auch ein kollektives Gemeinschaftsgefühl bestände. »Zurück zur Nation« lautet seine These. Zurück zur Nation? Dies klingt sehr paradox. In Zeiten der Globalisierung, wo Grenzen sich auflösen, Länder der ganzen Welt im internationalen Wettbewerb zueinander stehen, soll Patriotismus ein wichtiger Standortvorteil sein?

Eine Gesellschaft, die keine gemeinsamen Ziele hat, kann auch nirgendwo ankommen, lautet die einfache Erklärung des Wirtschaftsjournalisten. Alles andere an seinen Ausführungen („Wirtschaftsfaktor Patriotismus – Vaterlandsliebe in Zeiten der Globalisierung“, erschienen im Eichborn Verlag) ist keineswegs so einfach, denn wie sonst läßt sich erklären, daß bisher alle deutschen Staaten der fernen und nahen Vergangenheit und der Gegenwart, sich so schwer taten und tun mit einem gemeinsamen Ziel? Nach dem Zweiten Weltkrieg waren Patriotismus und Vaterlandsliebe sogar verpönt. „Seit ihrer Gründung hat sich die Bundesrepublik als postnationale Gesellschaft verstanden. Jahrzehntelang hofften die Deutschen, in den Vereinigten Staaten von Europa aufzugehen. Sie sahen es als ihre Mission an, die Epoche der Nationalstaaten und die Konflikte unter ihnen überwinden zu helfen.“ Doch nun zeige sich, daß gerade Nationen die entscheidenden Spieler in der Welt seien.

Warum? Für Deutsche ist dieses Phänomen kaum verständlich, blickt man allerdings auf die Gewinner der Globalisierung, so sind es Staaten wie die USA, Großbritannien, die skandinavischen Länder und China. Alle diese Staaten verfügen über ein ausgeprägtes Selbstbewußtsein, und deren Bewohner fühlen sich auch ihrem Land, ihrem Vaterland verpflichtet. Patriotismus ist für sie eine Selbstverständlichkeit. Dies kann nun in öffentlichkeitswirksamen Aufmärschen, Nationalfeiertagen oder gemeinsamem Gesang der eigenen Hymne geschehen, aber auch im kleinen, privaten Umfeld, unauffällig wie in den skandinavischen Ländern, aber eben von Herzen.

Ein übergreifendes Gemeinschaftsgefühl ist in unsicherer Zeit, die ja nun die Globalisierung darstellt, unabdingbar. Nur wer das Gefühl hat, einem Kollektiv anzugehören, so Müller, sei bereit, für dieses Opfer zu bringen. Zwar mag der Einzelne das Gefühl haben, seines Glückes Schmied zu sein, tatsächlich fuße aber sein Erfolg und sein Wohlstand zum beträchtlichen Teil auf dem Erfolg und dem Wohlstand der Gesellschaft, in der er lebe. Diese Gesellschaft sei zudem nicht nur eine gegenwärtige, sondern sie sei tief verwurzelt in den Zeitläufen und Generationen. Die Heutigen müssen bereit sein, Opfer für die Zukünftigen aufzubringen. Für jene, die sich als Teil einer „ewigen“ Nation empfinden, sei dies eine Selbstverständlichkeit. Ob nun Unternehmen Langzeitinvestitionen tätigen, der Staat in Bildung und Forschung investiert oder Eltern Kinder aufziehen, alles bedeutet für die Gegenwart Zurückhaltung, denn der „Gewinn“ dieser Investition wird erst in Jahren oder Jahrzehnten offenbar.

Staaten, in denen der Einzelne sich als Teil jener typischerweise bis in mythische Vorzeiten zurückreichenden Nation empfindet, wären für die Zukunft besser gerüstet, da eben jener Einzelne eher bereit sei, sich an der Finanzierung der Zukunft dieser „ewigen“ Nation zu beteiligen. Doch dieses zusammenschweißende Band sei in Deutschland nicht vorhanden. Eindrucksvoll schildert Henrik Müller, wie es möglich war, daß gerade Deutschland weitgehend eine leere Hülle blieb, die eine Identifikation und ein Zusammengehörigkeitsgefühl gar nicht erst anbietet.



Deutschland eine leere Hülle? Für die Gegenwart mag das ja angehen, aber die Vergangenheit war doch gerade so sehr von Patriotismus geprägt, daß die Nachkriegsdeutschen angeekelt den entgegengesetzten Weg einschlugen, so die landläufige Meinung. Für Henrik Müller ist dies jedoch nur die Oberfläche, hinter der sich letztendlich eine Anhäufung von regionalen und überregionalen Interessengruppen verstecke, die schon immer nur über das Ökonomische zusammengehalten worden sei. „Deutschland, eine Wirtschaftsnation“, meint der Redakteur. „Seit dem 19. Jahrhundert verstehen sich die Deutschen als Erwerbs- und Verteilungsgemeinschaft.“ Letztendlich hätten sich die 314 Territorien und Städte sowie 1475 freien Rittertümer des späten 18. Jahrhunderts im „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ erstmals wirklich aufeinander zu bewegt, als 1834 eine große Zahl dieser Gebiete sich zum Deutschen Zollverein zusammenschlossen. Erst sei die Wirtschaft gekommen, dann die Politik, so Müller, der das Entstehen des Patriotismus auf bürgerlich intellektueller Ebene zwar nicht unberücksichtigt läßt, ihn aber keineswegs hoch bewertet.

In Zeiten, in denen der in der Bundesrepublik Deutschland einst tonangebende Dreiklang aus Wohlstand, Sozialstaat und europäischer Einigung Stück für Stück in sich zusammenfällt, bedarf es eines neuen Haltes für die Menschen, doch offenbar hält auch hier die deutsche Geschichte in ihrem Kern nicht viel Reaktivierbares bereit.

Henrik Müllers Geschichtsbild desillusioniert zusätzlich zu jenem, was die Gegenwart und Zukunft bereithalten, doch auch wenn man seinen Ausführungen nicht vollständig zustimmen mag, so hat sein ökonomisch geprägter Blickwinkel auf die deutsche Vergangenheit doch etwas Entlarvendes. Denn es war ja nicht nur im 19. Jahrhundert so, daß wirtschaftliche Gründe den Ausschlag gaben, dafür daß sich die Deutschen als Gemeinschaft fühlten. Letztendlich war es auch 1933 der Grund, warum Hitler an die Macht kam. Müller betont, daß die Mehrheit Hitlers politische Richtung keineswegs teilte, doch die Tatsache, daß er den Menschen wieder Arbeit beschaffte, er ihren Wohlstand mehrte und ihren Lebensstandard erhöhte, brachte die Deutschen dazu, ihn gewähren zu lassen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg sei es nicht anders gewesen. In Westdeutschland war Vaterlandsliebe verschmäht, nationale Symbole wie Flagge, Hymne und Zapfenstreich waren nur in besonderen Ausnahmefällen wie großen Sportereignissen wahrzunehmen, allein aus dem erfolgreichen Wiederaufbau zogen die Bewohner der Bundesrepublik Deutschland ihren Stolz. „Die D-Mark wurde identitätsstiftendes Merkmal der Westdeutschen.“ Doch als das Wirtschaftswunder lahmte, die Folgen der „sozialen Gerechtigkeit“ den Menschen ihre Motivation nahm, sich für die Gemeinschaft stark zu machen, sie statt dessen sich immer mehr auf die Gesellschaft verließen, begann das große Klagen. „Derart von Selbstzweifeln geplagt, wird Westdeutschland mit der DDR vereint – dem anderen deutschen Staat, der in einer totalen Identitätskrise steckt.“

Obwohl die Mitteldeutschen für Freiheit und Einheit demonstriert hatten, wären sie vor allem vom materiellen Wohlstand der Westdeutschen angezogen worden. Doch dieser bröckelte und das einst vertraute Sicherheitsgefühl aus DDR-Zeiten – schließlich hatte jeder Arbeit und Wohnung – fehlte vielen. Die Mitteldeutschen, die sich durchaus einst als Kollektiv gefühlt hatten, denn schließlich waren sie alle einem System ausgeliefert gewesen, das ihnen Reise- und Redefreiheit verwehrte, wurden nun zu Konkurrenten auf dem engen Arbeitsmarkt. Jeder war sich plötzlich der nächste – womit sie sich mentalitätsmäßig dem Westen anschlossen.

Und Deutschlands Eliten? Die waren viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt als das für sie eh nicht existente große Ganze im Auge zu haben. „Den deutschen Funktionseliten fehlt ein patriotischer Comment. Es fehlt ihnen ein übergeordnetes, der Gesellschaft verpflichtetes Wir-Gefühl, das sie befähigt zu kooperieren und gemeinsam jene Führungsrolle zu übernehmen.“ Henrik Müllers Urteil über die deutsche Elite, ob nun politischer, intellektueller oder wirtschaftlicher Ausrichtung, ist hart, aber entspricht der Realität. Detailliert geht er darauf ein, wie alle in kleinen Grabenkämpfen gegeneinander gebunden sind. Statt an einem Strang zu ziehen, würden sich die führenden Topleute in Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften zudem immer weiter voneinander entfernen und somit ein kollektiver Kraftakt sogar noch unwahrscheinlicher werden. Die vom SPD-Vorsitzenden Franz Müntefering angeführte „Heuschrecken“-Debatte 2005 sei nur ein Anzeichen hierfür.

Und Deutschlands wirtschaftliche Eliten? Sie ziehen sich zurück. In Zeiten der Globalisierung haben sie sowieso unendliche Möglichkeiten, und ein stagnierender Markt ist für sie uninteressant. Mit resigniertem Gleichmut würden sie die endlosen, unergiebigen Debatten allenfalls nur noch aus dem Augenwinkel heraus verfolgen, denn sie sind ja mobil.

In Zeiten der Globalisierung sei es besonders wichtig, „daß die Mehrheit der Seßhaften und die Minderheit der Mobilen sich einander verbunden fühlen – daß beide Gruppen einen gemeinsamen positiven Zukunftsentwurf der Gesellschaft teilen“. Die heutigen Wirtschaftsbosse sind aber entweder selbst 68er oder von 68ern geprägt worden. Patriotismus oder wenigstens ein Verbundenheitsgefühl mit den Menschen in diesem Land sei ihnen fremd. Dabei seien sie teilweise auch selber daran schuld, daß der „Standort D“ immer uninteressanter würde. „Jede Generation schuldet es ihrem Land, die Freiheit der Gesellschaft und die Dynamik der Wirtschaft zu erhalten.“ Dies hätten die Wirtschaftseliten jedoch nicht getan. Sie haben keine nationalen Ziele für die Zukunft mitformuliert oder gar als Vorreiter propagiert, da sie sich schon lange von hier verabschiedet hatten. Deutschland ist es nicht gelungen, seine mobilen Kräfte zu binden.

Wieso empfinden sich die Österreicher im Vergleich zu ihren Nachbarn als Nation im Aufbruch, während die Deutschen nur Finsternis um sich herum zu erblicken vermeinen? Deutschland müsse wieder höheres Sozialkapital schaffen. Das heißt, die Menschen müssen einander vertrauen, anpacken und mit einem soliden Selbstbewußtsein sich offen und opferbereit der unausweichlichen Veränderung stellen.

„Mehr Patriotismus wagen?“ fragt Henrik Müller, und es ist bewußt als Frage formuliert. Wie soll man von Null auf Hundert kommen? Selbstbewußtsein muß über lange Zeit wachsen, man kann es nicht von heute auf morgen einfordern, wie der Wirtschaftsjournalist feststellt. Zumal er belegt, daß selbst konservative Politiker, die zwar in letzter Zeit vermehrt patriotische Töne anschlagen, selbst nicht sagen können und wollen, was die Deutsche Nation ausmacht. Der Begriff ist zu diffus für die Deutschen, wurden ihnen doch nun schon über Generationen auch die letzten Reste von Patriotismus ausgetrieben. Die 68er, in diesem Bereich genauso unbarmherzig wie die Inquisition, haben selbst in konservativen Kreisen die Angst vor dem offenen Bekunden echter Vaterlandsliebe tief verwurzelt. Daß das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Nation auch ein produktives Sich-Aufgehoben-Fühlen für schlechte Zeiten darstellt, daran hat keiner gedacht, als die Ersatzidentitäten aus Wohlstand, Sozialstaat und europäischer Einigung noch intakt waren. Henrik Müller unkt sogar, daß das Austreiben eines Zusammengehörigkeitsgefühls sogar die stets hochgehaltene Demokratie gefährde, doch ein „Zurück in die Vergangenheit“, wo der konservative Dreiklang aus Familie, Glaubensgemeinschaft und Nation wenigstens bedingt galt, ist für Henrik Müller unrealistisch.

Zurückhaltend weist er darauf hin, daß vielleicht ein nationaler Mythos, also der 9. November als „Fixpunkt der nationalen Besinnung“ schon mal ein Anfang wäre.

Wer die Wahl hat, geht woanders hin

Immer weniger qualifzierte Europäer suchen in Deutschland ihr Glück

Da die Deutschen immer weniger eigene Kinder haben, ist schon seit geraumer Zeit die Rede davon, die Lücken durch Einwanderer und deren Kinder zu schließen. Derzeit zeigt sich allerdings, daß aufgrund mangelnder Integrationswilligkeit, aber auch zu wenig Anreize für die Eingewanderten, sich einem schwammigen Deutschtum anzuschließen, das nicht des Rätsels Lösung sein kann.

„Keine Offenheit ohne Patriotismus“ lautet auch hier eine frappierend schlichte Antwort des Geschäftsführenden Redakteurs des „Manager Magazins“, Henrik Müller.

Nicht nur, daß es vielen Deutschen schwerfällt, die Tatsache zu akzeptieren, daß die Folge ihrer Kinderarmut der Zuzug von Ausländern ist, diese führten mit ihrem häufig selbstbewußten Nationalitätsdenken und gelebten Religionszugehörigkeit den Deutschen vor Augen, was ihnen fehle.

„Wer sind wir“, wäre eine ganz natürliche Frage, die sich das Einwanderungsland angesichts der anderen stellen würde, doch die Deutschen würden im Vergleich zu

Die Lebensqualität in Deutschland ist selten Einwanderungsgrund

anderen „Einwanderungsländern“ dieser Frage ausweichen, so Müller.

Daß Deutschland ein Einwanderungsland sei, sei zudem für viele nicht selbstverständlich, dabei seien doch seit den 1950er Jahren Millionen Menschen nach Deutschland gekommen, um hier dauerhaft ihren Hauptwohnsitz zu haben. Insgesamt seien inzwischen einschließlich der bereits eingebürgerten Zuwanderer 12 Prozent der Bevölkerung „Fremde“.

Eine aktuelle EU-Studie belegt die aktuellen Wanderbewegungen in Europa und dabei kommt für Deutschland nichts Schmeichelhaftes heraus. So kämen angeblich kaum andere Europäer wegen der Lebensqualität ins Land, wie es bei Spanien, Italien und Frankreich der Fall ist. Vielmehr sind es Arbeits- und Studienplätze, die andere Europäer ins Land zögen.

Während dieses Ergebnis allerdings nur nicht sonderlich rühmlich ist, ist ein anderes von existentieller Bedeutung: Die Personen, die aus anderen europäischen Staaten nach Deutschland kommen, sind vor allem weniger Qualifizierte, die Handarbeit suchten. Qualifizierte Fachkräfte hingegen zögen vor allem nach England und Irland.

Deutschland, ein Land, in dem vor allem die Zahl der industriellen Arbeitsplätze abnimmt, in dem schon Millionen Ausländer aus Ländern außerhalb der EU leben und einwandern, die ebenfalls für das Arbeitsleben der Zukunft zu schlecht qualifiziert sind, bekommt weitere arbeitssuchende Ausländer hinzu. Die Bundesrepublik scheint im Gegenzug auf die europäischen, auswanderungswilligen Eliten keine Anziehungskraft auszuüben.

Diese Art der Einwanderung verschlimmert die derzeitige dramatische Situation auf dem Arbeitsmarkt weiter und wird somit keineswegs eine positive Auswirkung auf die demographischen Probleme haben können. Statt dessen wird die Stimmung zwischen den Deutschen und den „Fremden“

Ist der Selbstekel der Deutschen Schuld an geringer Attraktivität?

nicht besser, wenn sie vermehrt im Wettbewerb um Arbeitsplätze und Sozialleistungen sowie im Kampf um Identitäten sind.

Doch warum bleiben die Qualifizierten Deutschland fern? Leistungsfähige und Leistungswillige werden dringend gebraucht. Schon heute betreiben rund eine viertel Million Ausländer Unternehmen. Liegt der Grund für das Fernbleiben der ausländischen Eliten wirklich in Deutschlands gebrochener Identität? Für diese Theorie spricht einiges. In einem Land, in dem Aufbruchstimmung herrscht, möchte man gern mitmischen. Auch das Image der Wahlheimat ist nicht unwichtig. So kommt es nicht von ungefähr, daß 45 Prozent der Ausländer in den USA über eine höhere Bildung verfügen. Menschen, die eben über Wissen verfügen, schauen auch, wo sie die besten Chancen haben und wo es Spaß machen könnte, dazuzugehören. Bei den USA, einem selbstbewußt auftretenden Land, „dem“ Land der unbegrenzten Möglichkeiten, versucht der, der die Wahl hat, doch eher sein Glück, als in einem Land, wo selbst die Einheimischen voller Ekel auf ihre Vergangenheit blicken und wo Stolz auf die Leistungen der Vorfahren, der Nation als ganzes, fremd ist. *Bel*

Gebügelte Geschichte

Die Ausstellung »Flucht, Vertreibung und Integration« in Bonn schloß ihre Pforten – ein Rückblick

Von Sverre Gutschmidt

Vom handwerklichen her ordentlich dargestellt, aber mit der Wahrheit hapert es", ähnlich beurteilen viele Vertriebene die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration", die seit 2. Dezember im Bonner Haus der Geschichte zu sehen ist, – so auch Jochen Zauner, Ostpreuße, Bundesvorsitzender der Ostpreußischen Jugend. Eine „gebügelte Geschichte", so Zauner, erwarte den Besucher – dennoch „sehenswert". Manfred Ruhnau besuchte mit 50 Ostpreußen seiner Bonner Ostpreußengruppe im April das Museum. „Es gehen wohl nur wenige Vertriebenengruppen wie wir geschlossen hin", so seine Einschätzung. Auch ihm und den anderen Bonner Ostpreußen fielen falsche Zahlen in der Ausstellung auf, so zu den Betroffenen in Estland und Lettland. Kritik werde jedoch positiv registriert, so Ruhnau.

Nun wird die aufsehenerregende Ausstellung, nach ihrem planmäßigen Ende in Bonn am 17. April, symbolträchtig in Berlin Zuschauer anziehen. Zeitgleich mit der Präsentation des „Zentrums gegen Vertreibungen" im Berliner Kronprinzenpalais unter den Linden soll „Flucht, Vertreibung, Integration" jedoch kein Gegenkonzept zum Zentrum sein, sagt Hans-Joachim Westholt. Der verantwortliche Projektleiter und Historiker der Bonner Ausstellung sagt zu seinem Konzept: „Die deutsche Bevölkerung von Kriegsende bis jetzt ist unser Schwerpunkt – ein Vergleich mit dem Zentrum ist daher ein Vergleich von Äpfeln mit Birnen". Über 130000 Besucher erreichte die Ausstellung in Bonn – wie viele von ihnen Vertriebene waren und wie sie über das Gezeigte dächten, könne er nicht abschätzen, so Westholt. Aber die Einträge im Gästebuch zeigten, es sei viel Emotionales da, das berühre. „Auf 600 Quadratmetern können wir nicht alles leisten", so Westholt, „viele Vertriebene wünschen sich mehr über ihr Gebiet, zum Beispiel Ostpreußen, doch dafür sind auch die Landesmuseen da".

Beim Thema Opferzahlen habe man versucht, die wissenschaftlichen Probleme ihrer genauen Bemessung anhand einer Tafel zu verdeutlichen und habe dabei eng mit dem Bund der Vertriebenen (BdV) zusammengearbeitet. „Selbst wenn es nur 100000 Opfer von Flucht und Vertreibung gewesen wären, wäre mir persönlich das noch zu viel", so Westholt. Offensiv geht die Museumsleitung mit diesem Hauptkritikpunkt vieler Zeitzeugen um – die Tafel, die das Ausmaß des Sterbens auf der Flucht und bei den wilden wie „geregelten" Vertreibungen beziffern soll, zieht das Sterben von Millionen in Zweifel. So wie sie jahrzehntelang aus der Differenz Einwohner der Ostgebiete zu nach Kriegsende im Westen Angekommenen berechnet wurde, sei sie eben nur eine der in der Forschung gültigen Zahlen. Die anderen, ebenfalls präsentierten, sind geringer.

Das Sterben von Millionen wird in Zweifel gezogen

Die Kritik an der Ausstellung geht indes trotz Beteuerungen und vieler positiver Aspekte weit über Wünsche nach mehr Details und richtig ermittelte Zahlen hinaus. So beklagten Besucher unlängst im WDR-Fernsehen, das Thema Vergewaltigungen (siehe PAZ Seite 20) sei in der Ausstellung nicht ausreichend berücksichtigt. Tatsächlich bleiben Greuel und Übergriffe gegen Kriegsende ausgespart – zumindest gegen Deutsche gerichtete. Was durch das erklärte Ausstellungsziel, sich auf das Ankommen im Westen sowie die Integration konzentrieren zu wollen, noch verständlich erscheinen mag, bekommt schnell den schalen Beigeschmack ideologisierter Interpretation. Denn die unmittelbar auslösende sowjetische Haßpropaganda bleibt gänzlich außen vor. Daß Stalin vor Hitler morden, vertreiben und in Lager deportieren ließ, ist immerhin dokumentiert. Völkerrechtsverbrechen der Sowjetunion und anderer Staaten sind ansonsten erkennbar nicht Thema.

Erkennbare und durchaus gelungene Schwerpunkte sind das harte Schicksal der Vertriebenen als „Umsiedler" in der DDR aber auch die Ressentiments und Probleme bei der keineswegs immer herzlichen Aufnahme durch die einheimische Bevölkerung in West- und Mitteldeutschland. Viele ausführlich vorgestellte Einzelschicksale nehmen dem Thema jeden abstrakten Charakter. Mittels einer Chipkarte kann der Besucher einem von 160 Einzelwegen auf Flucht und Vertreibung durch die Ausstellungsstationen nachgehen. Karten und audiovisuell gelungene Umsetzungen lassen das Ausmaß des tragischen Geschehens begreifen. Das Jahrhundert der Vertreibungen präsentieren die Verantwortlichen jedoch aus bundesrepublikanischer Sicht. Ironischerweise führt man Ereignisse vor 1949, also vor der Eingliederung, immer dann besonders ausführlich ins Gedächtnis, wenn es um deutsche Verbrechen geht. Daß Kriegsereignisse und ideologischer Rassewahn jedoch schlimmstenfalls Anlaß, nicht Auslöser der Vertreibung der Deutschen waren, geht unter.

Politisch korrekt erklärt der Begleitkatalog zur Schau die volkspädagogische Marschrichtung: „Zum anderen muß die Ausstellungsgestaltung deutlich machen, daß die nationalsozialistische Eroberungspolitik gleichsam Vorspiel war für die Entwurzelung von Millionen Deutschen östlich von Oder und Neiße." Dieser Vorgabe folgt man geflissentlich. Eine „Bildkollage" zeigt nationalsozialistische Verbrechen, ohne die eine Darstellung von Flucht und Vertreibung den Machern der Ausstellung offenbar undenkbar erscheint. Dabei konzentriert sich die Ausstellung sonst bewußt auf das Danach. Der breite Raum, der anderen Vertreibungen in der Welt, vor allem der Armeniervertreibung, gewidmet wird, mag daher um so mehr überraschen. Der Eindruck eines singulären, an Deutschen verübten Verbrechens soll besser gar nicht erst aufkommen.

Im Fazit zum Teil „Nationalsozialistisches Besatzungsregime und rassischer Vernichtungskrieg" steht hinter der Feststellung „ein Unrecht rechtfertigt nicht das andere" ein „allerdings". Selber Schuld, hätte man nach dem Gusto der Konzeption böswillig formulieren können. Deutschland habe sich im Osten ausdehnen wollen und wurde „um seinen alten Osten amputiert". Eine ebenso zur Vorgeschichte gehörende Betrachtung polnischer Minderheitenpolitik fehlt. Bestenfalls eine „polnische Verdrängungspolitik" wird neben „freiwilliger Abwanderung" aus den Polen nach dem Ersten Weltkrieg zugeschlagenen deutschen Gebieten knapp eingeräumt.

Schrecken der Vertreibung wird nachvollziehbar

Diesen eindimensionalen Deutungsmustern gesellen sich dem Zeitgeist oder Unwissenheit geschuldete Formulierungen, die an Geschichtsklitterung grenzen, hinzu. So erklärt der Katalog in einem Kapitel in immer neuen Spielarten, die Deutschen seien „aus Polen" vertrieben worden – angesichts der jahrhundertealten deutschen Tradition und Zugehörigkeiten Schlesiens, Ostbrandenburgs, Pommerns sowie West- und Ostpreußens zu Deutschland ein Beleg mangelhafter Geschichtskenntnis. „Es gab keine Pläne für die Evakuierung der deutschen Zivilbevölkerung aus Polen" – was für einen Eindruck solche Sätze bei jüngeren Besuchern hinterlassen, wenn es im Text um Reichsgebiet, unter anderem Ostpreußen, geht, sei dahingestellt. Unselige Begriffe wie „Zwangsmigration" oder „erzwungene Wanderungsbewegung" tragen dazu bei, die Schrecken der Vertreibung zu verharmlosen.

Den politischen Umgang mit dem Thema hat das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland um so klarer herausgearbeitet. Vertriebenenpolitik, Verbände und Landsmannschaften, Kirchen, die Vertriebenen in den Medien und die aktuelle, vor allem polnische, Diskussion um ein „Zentrum gegen Vertreibungen" zeichnet die Schau sachlich nach.

Leider scheint die Ausstellung gerade wegen ihres oftmals bemühten Charakters, die lange museal und öffentlich von links liegen gelassene Vertreibung der Deutschen umfassend zu würdigen, in Wahrheits-Nöte zu geraten. Geschichtsdokumentation droht mit Geschichtspolitik verwechselt zu werden, wann immer politisch relevante Fragen auftreten. Das Aufgehen in der westdeutschen Gesellschaft ist die Perspektive – Rückkehrhoffnungen keine. Waren Tatsachen lange Tabu, drohen sie ungeahnte Kräfte und womöglich gar Ansichten freizusetzen, die dem nach wie vor gültigen Bild der Vergangenheit Unzulänglichkeiten nachweisen. Die Schere im Kopf und an der Ausstellungstafel verhindert dies. Fairerweise muß man dem Haus der Geschichte zubilligen, daß es bei diesem Schnitt viel durchgehen ließ, mehr als mancher hoffen und erwarten konnte. – Ein Schnitt bleibt es allemal. Das „Zentrum gegen Vertreibungen" wird auch daher notwendig sein, denn die historische Nachlese hat, wie das Bonner Haus einräumt, bisher nur „Birnen" hervorgebracht. Zu den eigentlichen Vertreibungsereignissen bleibt daher noch viel zu sagen.



Foto: ddp

Hoher Besuch: Der Projektleiter und wissenschaftliche Mitarbeiter im Haus der Geschichte in Bonn, Hans-Joachim Westholt (l.), führt den Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, durch die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration".

Eine Ausstellung, die nicht sein sollte

Anders als die Bonner Schau setzt das »Zentrum gegen Vertreibungen« auf die Präsentation des ganzen Vertreibungsgeschehens

Am 10. August ist es endlich soweit – erstmals wird in Berlin allen Besuchern ein Einblick in das offenstehen, was als Vorgeschmack auf ein „Zentrum gegen Vertreibungen" verstanden werden kann. Allen Vorwürfen und Anfeindungen zum Trotz, soll eine erste zeitlich begrenzte und keineswegs endgültige Ausstellung die Bereiche von Flucht und Vertreibung darstellen. Die Gewalttaten selbst und deren Opfer und somit das, worum es in monatelangen, oft künstlich aufgeheizten Debatten ging, werden so erstmals umfassend einem breiten Publikum im Berliner Kronprinzenpalais auf 600 Quadratmetern Ausstellungsfläche zugänglich gemacht.

Von Umfang und Größe her durchaus mit der Bonner Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration" vergleichbar, will die temporäre Ausstellung des Zentrums inhaltlich mehr leisten. Ein zeitlich wie räumlich weiterer Blick auf die schicksalhaften erzwungenen Wege soll eröffnet werden. Ausgewählte europäische Beispiele sollen Gemeinsamkeiten aber auch Unterschiede bei Ursache, Wirkung und Folge von Flucht und Vertreibung dokumentieren. Statt Gewichtung von Leid soll die Forderung der Unteilbarkeit menschlicher Erfahrung und menschlichen Leides als Grundlage dienen. Nicht Verbrechen hier und vermeintlich Selbstverschuldetes da – „Flucht und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts" will Ort der Mahnung sein, auch vor künftigen Vertreibungen.

So werden die 13 Beispiele mit ihren unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Vertreibung im historischen Umfeld gezeigt – nicht aus der Perspektive des Angekommen- und Integriertseins wie im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik. Unter den Beispielen ist auch die Vertreibung der Juden Europas als Zeichen dafür, wie Vertreibungen als Vorstufe von Völkermord beginnen können. Zeitgenössische Vertreibungen, so auf Zypern oder im Jugoslawien der 90er Jahre, sollen nicht etwa als „Feigenblatt" von einer deutschen Geschichtsbetrachtung ablenken. Vielmehr geht es der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen" darum, Vertreibung als Mittel der Politik grundsätzlich zu ächten. Dennoch bleibt genug Raum für das, was bisher museal stets ungenügend beachtet blieb: Die Verschleppung und Vertreibung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges 1944 bis 1948. Deutsche Schuld soll dabei nicht verwischt, deutsches Leiden aber trotz Schuld auch nicht mehr verschwiegen werden, so die Macher dieser Ausstellung.

Diese Ambivalenz auszuhalten, sich nach der Auseinandersetzung mit der Schuld auch wieder dem eigenen Leid zuwenden zu dürfen, sei zentraler Bestandteil. Viele Jahre lang war das nicht öffentlich möglich. Zu ideologisch aufgeheizt war die Debatte. Ein Menschenrecht auf Erinnerung ist jedoch unbestreitbar. Bewußt will sich das Ausstellungskonzept den Gefühlen stellen, die diese Auseinandersetzung zutage fördert. Themen wie „Heimat", „Grenzen", „Recht und rechtlos" sollen Mitgefühl schaffen für Menschen unterschiedlicher Nationalität. Hier ohne Konkurrenz der Opfer, ohne Hierarchie des Leidens.

Dafür, daß neben der subjektiven Komponente die sachlich richtige Darstellung gelingt, bürgen internationale Wissenschaftler – so aus Israel, Serbien oder Ungarn. In Deutschland nach wie vor in weiten Bevölkerungskreisen unbekannte oder zumindest in den wesentlichen Abläufen nicht wahrgenommene europäische Schicksale kommen ans Licht. So gehört zu den Beispielen auch das, was Polen, Balten und Ukrainer 1939 bis 1947 an Deportationen erleiden mußten. Das gesetzte Ziel eines Gesamtüberblicks über Vertreibung in Europa kann die Ausstellung auf diese Weise sicher besser erfüllen als alle bisherigen. *SV*

„Flucht und Vertreibungen im Europa des 20. Jahrhunderts" bis 29. Oktober im Kronprinzenpalais, Unter den Linden 3, Berlin. Informationen: „Zentrum gegen Vertreibungen", Friedrichstraße 35/V, 65185 Wiesbaden, Telefon (06 11) 3 60 19 28

Des Westens wunder Punkt

Rußland obsiegt im Ringen um Einfluß in Weißrußland

Von Dietrich Zeitel

Geht es um Weißrußland, dann sind sich die Kommentatoren in den westlichen Medien einig wie selten: Hier handelt es sich um einen „Polizeistaat“ oder „sowjetischen Anachronismus“, an dessen Spitze sich mit Alexander Lukaschenko der „letzte Diktator Europas“ befinden soll. Dieser „autoritär regierende“ Präsident darf seit neuestem aufgrund vermuteter Fälschungsvorwürfe nach der letzten Präsidentenwahl und wegen seines harten Vorgehens gegen die Opposition, zusammen mit 30 führenden Politikern des Landes die EU nicht mehr bereisen. Lukaschenko hat im Gegenzug bereits verkündet, daß von nun an auch westliche Politiker nicht mehr nach Weißrußland einreisen dürften. Zwischen der EU und Weißrußland herrscht damit so etwas wie Eiszeit, was insbesondere im Sinne derjenigen Kräfte sein dürfte, die seit längerer Zeit auf einen „Regime-Wechsel“ in diesem Land hinarbeiten. Hier sind vor allem Polen und die Vereinigten Staaten zu nennen.

Die USA lassen derzeit nichts unversucht, der „Rosenrevolution“ in Georgien und der „Orangenen Revolution“ in der Ukraine einen weiteren Baustein hinzuzufügen, um ihren Einfluß in den Gebieten der früheren Sowjetunion weiter ausbauen zu können. Daß damit insbesondere das Ziel verfolgt wird, den russischen Einfluß zurückzudrängen, wird nicht verhehlt, wie zum Beispiel ein jüngst veröffentlichter Bericht des einflußreichen „Council of Foreign Relations“ zeigt, der mit „Rußlands falsche Richtung: Was die USA tun können und sollten“ übertitelt ist. Hierin wird einmal beklagt, daß die Russen versuchten, den Zugang der USA und der Nato zu Luftwaffenstützpunkten in Zentralasien zu beschränken. Angespielt wird mit diesem Hinweis auf eine Konferenz der „Organisation von Schanghai“, die Anfang Juli 2005 stattfand. Dort wurde die USA auf Betreiben Rußlands und Chinas einstimmig aufgefordert, den Zeitpunkt der Schließung ihrer Stützpunkte in Zentralasien, die offiziell dem „Krieg gegen den Terror“ dienen, bekanntzugeben.

Düpiert durch Rußland sehen sich die Amerikaner auch auf dem Energiesektor. Die lange bestehenden Lizenzen von ExxonMobil für die Erdgasfelder auf Sachalin sind mittlerweile zurückgenommen worden. Übel stößt den Amerikanern auch die Zerschlagung von Rußlands größtem Ölkonzern Jukos auf, die als Versuch gewertet wird, den Ölsektor wieder staatlicher Kontrolle unterwerfen zu wollen. Diese Entwicklungen in Verbindung mit der Abschaltung der Gaslieferungen an die Ukraine, die von den USA als Angriff auf die Westorientierung der Ukraine gedeutet wird, haben zu einer deutlichen Verschlechterung der Beziehungen geführt. Der Waffenverkauf an den Iran, gemeinsame Manöver mit China und Kontakte mit der Hamas taten ihr übriges.

Geopolitisch sehen sich die Amerikaner durch die Versuche Putins, die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der ehemaligen Sowjetrepubliken wieder zu forcieren, um so den russischen Einfluß in der Region wieder ausbauen zu können, in ihren Zielen konterkariert. Daß an Beziehungen mit einem Rußland auf Augenhöhe seitens der USA wohl zu keinem Zeitpunkt ernsthaft gedacht wurde, zeigt zum Beispiel eine Analyse auf der US-Internetseite „Stratfor“, die gewöhnlich gut recherchierte Analysen bietet. Hier wird zunächst festgestellt, daß es der Sowjetunion fast gelungen wäre, ganz Eurasien unter ihre Kontrolle zu bekommen. Das Ziel der US-Politik gegenüber Rußland müsse „Auflösung“ lauten.


Foto: Hur, Isar / Corbis

Lukaschenko mit Putin: Aus Sicht des Westens hört der Weißrusse auf den falschen Ratgeber.

Vor diesem Hintergrund müssen wohl auch die jüngsten Ereignisse in Weißrußland gesehen werden, der letzten Ex-Sowjetrepublik im übrigen, die noch eng mit Rußland kooperiert. Eine Hinwendung in Richtung Westen hätte nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich erhebliche Negativkonsequenzen für Rußland. Die Amerikaner sind sich dessen bewußt und finanzieren wohl bereits seit längerem die prowestliche Opposition Weißrußlands. Verläßliche Zahlen darüber, in welchen finanziellen Größenordnungen sich diese Unterstützung bewegt, gibt es naturgemäß nicht. Sie schwanken zwischen 20 und 40 Millionen US-Dollar. Einer Reihe der proamerikanischen Gruppen in Weißrußland, insbesondere aber der Gruppierung „Zubr“, werden Verbindungen mit der serbischen Organisation „Optor“ nachgesagt, die 2000 am Sturz von Slobodan Milosevic beteiligt gewesen war. Für die Finanzierung der Oppositionsgruppen soll ein Netzwerk verschiedener Stiftungen sorgen, wie zum Beispiel das „National Democratic Institute“ (NDI), dem die ehemalige US-Außenministerin Madeleine Albright vorsitzt. Seit August 2005 weiß man ziemlich genau, wie dieses Institut arbeitet. Damals gelangte, so berichtete Werner Gumpel in der Schweizer Zeitung „Zeit-Fragen“, eine Videoaufzeichnung an die Öffentlichkeit, auf der ein Treffen von Oppositionsführern aus Aserbaidschan in der georgischen Hauptstadt Tiflis gezeigt wird. In diesem Video kommt zum Ausdruck, daß die aserbaidschanische Opposition Gelder vom NDI bezieht und das Ziel hat, eine Revolution im Stile der ukrainischen und georgischen zu initiieren. Hierzu sollten aserbaidschanische Vertrauensleute durch US-Experten in Polen ein „spezielles Training“ erhalten. Desweiteren enthält dieses Video Anweisungen darüber, wie eine Revolution „provoziert“ werden soll. Die USA bedienen sich bei ihren Aktivitäten gerne auch sogenannter Nichtregierungsorganisationen (NGOs).

Polen steht den Amerikanern bei ihren Aktivitäten im prosowjetischen Raum aus verschiedenen Gründen Pate. Hier wird seit der „Orangenen Revolution“ gegen Lukaschenko getrommelt, und zwar mit aller Deutlichkeit. So verkündete zum Beispiel die Pressestelle des polnischen Premierministers Marek Belka, daß dieser mit seinen baltischen Amtskollegen Gespräche über den Sturz Lukaschenkos geführt habe. Polens Orientierung an den USA resultiert wohl in erster Linie aus der Angst der Polen, sie könnten zwischen den beiden Großmächten Deutschland und Rußland erneut zerrieben werden. Also versucht man, als Anwalt von US-Interessen die eigenen geostrategischen Möglichkeiten zu vergrößern. Diese sieht man derzeit durch die Ostsee-Pipeline erheblich tangiert. Wird diese Pipeline nämlich realisiert, wird kein russisches Erdgas mehr durch Polen transportiert. Wohl auch deshalb denunzierte man die deutschrussische Übereinkunft zum Bau dieser Pipeline in Analogie zum „Hitler-Stalin-Pakt“ als „Schröder-Putin-Pakt“.

Rußland bleibt allerdings ein außenpolitisches Einflußmittel, das die Pläne der USA zu Makulatur werden lassen könnte. Möglicherweise hilft bei der von Rußland favorisierten Integration Weißrußlands in einen Unionsstaat nämlich der Faktor Energie, droht doch auch hier nach einer Meldung der russischen Nachrichtenagentur „Ria Nowosti“ (11. April) ein Streit mit dem russischen Energieriesen Gasprom über die künftige Höhe des Gaspreises. Dessen stellvertretender Vorstandschef Alexander Rjasanow ließ schon einmal durchblicken, daß der neue Gaspreis für Weißrußland von 2007 an dreimal so hoch sein könnte, wie der jetzige. Gasprom steht hier selbst unter Zugzwang, kann er doch bei Kunden kaum einen höheren Preis durchsetzen, solange Weißrußland eine Vorzugsbehandlung zuteil wird. Deshalb drängt Gasprom auf ein einheitliches Preisniveau für alle Abnehmer. Dem wird sich Weißrußland womöglich nur entziehen können, wenn es sich mit Rußland zu einer Union vereinigt.

Die Revolution bleibt aus

Weißrussen geht es besser als den umstürzlerischen Nachbarn

Von R. G. Kerschhofer

Ein „lupenreiner Demokrat“ ist Alexander Lukaschenko gewiß nicht. Und wie in etlichen anderen Ländern folgten auch die Präsidentenwahlen in Weißrußland nicht dem Rezeptbuch der reinen demokratischen Lehre. Und Oppositionelle sind Repressalien ausgesetzt – wie in den mittelasiatischen „Khanaten“ von Aserbaidschan ostwärts, ja in den meisten Ländern der Erde. Aserbaidschan ist übrigens wie das Bruderland Türkei Mitglied des Europarats, während für Weißrußland das Straßburger Wolkenkuckucksheim verschlossen bleibt.

Die Eurokraten haben sich jetzt sogar zu Sanktionen durchgerungen – Weißrußland ist klein genug, daß man sich das traut. Es sind ohnehin nur symbolische Schikanen, denn russisches Erdöl und Erdgas strömten in großen Mengen über Weißrußland nach Mitteleuropa – und wie war das unlängst mit der Ukraine? Die Weißrussen sind jedenfalls besser dran als die Palästinenser, denn die haben keine solchen Trümpfe, und an ihnen kann man gefahrlos Mut demonstrieren.

Doch mit welchen Latten wird da gemessen? Wie kommt es, daß die veröffentlichte „Weltmeinung“, die in anderen Fällen wegschaut, den vergleichsweise harmlosen Lukaschenko ins Visier nimmt? Die Erklärung findet sich bei näherer Betrachtung dessen, was die Nachfolgestaaten der Sowjetunion gemeinsam haben – und was sie unterscheidet. (Balten bleiben hier unberücksichtigt.)

Gemeinsam ist allen, daß sie in der jüngeren Geschichte keine Staaten waren – abgesehen von kurzen Zwischenspielen im 20. Jahrhundert. Die Weißrussische und die Ukrainische SSR waren zwar „Gründungsmitglieder“ der Vereinten Nationen, doch dies nur um der UdSSR ein Gleichgewicht an Sitz und Stimme mit den drei Westmächten zu geben. Die Ukraine, Armenien, Georgien und teilweise die Asiaten konnten 1990/91 an historische Vorbilder anknüpfen, Weißrußland hingegen nicht, denn es war nie ein eigenes Königreich oder Fürstentum. Deshalb und angesichts der ohnehin engen Verwandtschaft mit den „Großrussen“ hat es Lukaschenko leicht, seinen Untertanen die enge Anlehnung an Putin zu verkaufen. Und die ist einer der Punkte, an denen sich „die Welt“ insgeheim stößt.

Gemeinsam ist praktisch allen heutigen Machthabern und Oppositionsführern ihr sowjetisch geprägter Lebenslauf. Die Unterschiede liegen hauptsächlich darin, ob man an der Macht ist oder nicht und auf wessen Hilfe man sich stützen kann. Genauer gesagt, für wessen Interessen man eingesetzt wird und dafür ein „gutes Image“ kriegt. Bekannt ist das Geflecht der Stiftungen eines George Soros. Aber es gibt noch andere „Wohltäter“, die sich seit der politischen Wende um eine „geistige Wende“ bemühen, wie es so schön heißt, und die einen beträchtlichen Einfluß auf die Entwicklung in Osteuropa haben.

Diese Kräfte waren die Drahtzieher der „samtenen Revolution“ in Georgien und der „orangenen“ in der Ukraine. Und wie sieht es dort heute aus? Selbstherrlichkeit, Mißwirtschaft und Korruption sind wieder wie früher, nur mit neuen Gesichtern. Den Wohltätern ging es auch gar nicht um das Wohl der Bevölkerung – und damit wird klar, warum ihnen Lukaschenko nicht paßt: Weißrußland ist der einzige Nachfolgestaat, der den Ausverkauf an die „Heuschrecken“ und an die Oligarchen mit Doppelstaatsbürgerschaft blockierte. Und trotz formaler Mitgliedschaft bei der „Partnership for Peace“ hat Weißrußland keine US-Stützpunkte.

Lukaschenko hätte eine absolute Mehrheit wohl auch bei freien Wahlen geschafft. Denn Weißrußland hat von allen Nachfolgestaaten den höchsten Lebensstandard. Die Weißrussen wissen über die gefährlich hohe Arbeitslosigkeit im Westen und über die Verelendung der Altersrentner im Osten. Sie wissen, daß sie mit veralteten, aber funktionierenden Fabriken besser dran sind als mit „globalisierten“ stillgelegten. Dasselbe gilt für die Landwirtschaft. Und selbst wenn die Nomenklatura in alter Manier Privilegien genießt, die Spanne zwischen Arm und Reich ist geringer als anderswo.

Putin wäre schlecht beraten, Lukaschenko fallen zu lassen. Aber vielleicht ist die Drohung, die Preise auch für Weißrußland zu erhöhen, ohnehin nur ein Signal: Hütet euch, dem Beispiel der Ukraine zu folgen! Die überflüssige Härte gegen Oppositionelle mag durchaus, wie man heute gerne interpretiert, auf „Nervosität“ des Regimes Lukaschenko zurückzuführen sein. Sie ist dann aber eine Reaktion: Wie in Betrieben bewährt sich „Mobbing“ auch in der Weltpolitik, denn mit Druck und Schikanen kann man jeden derart in Verunsicherung stürzen, daß er genau jene Fehler macht, deretwegen man ihn schon vorher verurteilt. So können die „Mobber“ ihre eigentlichen Beweggründe vertuschen – und wie gesagt, ums Wohl der Leute geht es ihnen gar nicht.

Leere Drohungen

EU läßt Beitrittskandidaten so oder so in die Staatengemeinschaft

Von Ernst Kulcsar

Während die Donau nun auch in Bulgarien und Rumänien den weit über 100 Jahre alten Höchststand überschritten und ganze Gebiete unter Wasser gesetzt hat, während, wie rumänische Zeitungen am Ostermontag berichteten, der rumänische Präsident Basescu seinen Premier Tariceanu öffentlich angreift und bis 1. Januar los werden will, während man am Karfreitag die „Hermannstädter Zeitung“ unter dem Titel „Rumänien erstarrt in der Krise“ schreibt: „Die Reform stagniert, die Regierung ist zahlungsunfähig, das Parlament macht Ferien“ und die ultra-nationalistische Zeitung „Tricolorul“ stichelt, die ungarische Regierung „stiftet die Ungarn in Siebenbürgen an, die Autonomie auszurufen“, erklärte die Ministerin für Europäische Integration, Anca Boagiu laut der nationalen Presseagentur „Rompress“, am Ostersonnabend in Kronstadt (Brasov) fast verschämt, „die Gefahr der Verschiebung des EU-Beitritts Rumäniens ist überwunden“.

Mit keinem Wort ging die Ministerin ein auf eine Äußerung von EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn am 4. April in Brüssel, es sei „ziemlich wahrscheinlich“, daß bei einem Beitritt Rumäniens und Bulgariens die im Beitrittsvertrag verankerten Schutzklauseln von der Brüsseler Behörde aktiviert werden würden.

Das alles aber dürfte die Rumänen zur Zeit relativ kalt lassen, sie haben hausgemachte Sorgen in einem Land, in dem derzeit „vieles im Sande verläuft“ wie die „Hermannstädter Zeitung“ konstatiert.

Eher beruhigend aber wirkte die Feststellung der Ministerin auf die neun Balkanländer, deren Regierungschefs Anfang April in Bukarest zusammengekommen waren, um Verhandlungen über die Schaffung einer Freihandelszone auf dem Balkan anzukurbeln. Man hatte vor, die 31 zwischenstaatlichen Freihandelsabkommen der Region in ein einziges Abkommen zu bündeln, um bürokratische Hindernisse abzubauen. Das liegt ganz im Interesse des Stabilitätspaktes für Südosteuropa und der Europäischen Kommission, die seit langem auf ein einheitliches Freihandelsabkommen für die Länder des westlichen Balkans hinarbeiten. Um die Bedeutung des Treffens hervorzuheben, nahmen daran der österreichische Bundeskanzler Schüssel, die EU-Kommissare Rehn und Mandelson sowie der Stabilitätskoordinator Busek teil. In einer gemeinsamen Erklärung einigten sich die Regierungschefs darauf, daß die Verhandlungen unter der Schirmherrschaft des Stabilitätspaktes für Südosteuropa geführt werden und bis Jahresende, wenn Rumänien den Vorsitz der Zentraleuropäischen Freihandelsabkommens-Kommission (CEFTA) abgibt, zu einem Abkommen führen sollen. Ursprünglich war die Idee auf wenig Gegenliebe gestoßen. Vor allem Kroatien befürchtete, über eine Institutionalisierung der regionalen Kooperation könne eine Restauration Jugoslawiens versucht werden. Der kroatische Ministerpräsident Sanader lehnt laut dem österreichischen Rundfunk ORF eine Westbalkan-Freihandelszone glatt ab. Anstelle der EU-Initiative schlug Sanader die Erweiterung des Zentraleuropäischen Freihandelsabkommens vor, dem Kroatien, Tschechien, die Slowakei, Bulgarien, Polen, Slowenien, Ungarn und Rumänien angehören. Stabilitätskoordinator Busek nannte Sanaders Befürchtungen im Zusammenhang mit Jugoslawien einen „blühenden Unsinn“ und wies auch kroatische Befürchtungen zurück, „die Bildung einer solchen Freihandelszone könne den EU-Beitritt des Landes verzögern“. Busek: „Die Irritationen sind hausgemacht, das ist eine Diskussion über ein Problem, das es gar nicht gibt.“ Wie zur Bekräftigung hieß es dann auch Ende März nach den Salzburger Treffen der EU-Außenminister mit ihren Amtskollegen aus den fünf Westbalkanstaaten in der Schlußerklärung, die EU-Mitgliedschaft ist „endgültiges Ziel“.

CEFTA-Mitgliedschaft ist für viele Vorstufe zum Beitritt in die EU

Die Botschaft hörten die südosteuropäischen Staaten, die Republik Moldau und die Ukraine wohl, allein langsam beginnt ihnen der Glaube daran zu fehlen, sie fürchten schon eher, die CEFTA-Mitgliedschaft könnte zu einem Auffangbecken für die EU-Aspiranten werden, obwohl auch der rumänische Premier beschwichtigend die CEFTA als „Schule, in der die Länder die Regeln der Markwirtschaft lernen und sich auf den EU-Beitritt vorbereiten können“, bezeichnete. Rumänien hat diese Art „Schule“ durchlaufen, gebracht hat es nicht viel, aufgenommen wird es trotzdem. Wenn man reinkommt, ist man drin, die CEFTA-Staaten sollten sich da nicht unnütz sorgen.

Weitaus mehr als ein »grüner Daumen«

Im Schloß Glienicke wurde das erste Museum über den Berufsstand der königlichen Hofgärtner eröffnet

Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) eröffnete im Schloß Glienicke ein Museum über die preußischen Hofgärtner. Insbesondere unter Prinz Carl von Preußen (1801–1883), Liebhaber der Gartenkunst und begeisterter Kunstsammler, entwickelte sich Glienicke ab dem Beginn des 19. Jahrhunderts durch das Wirken von Lenné, Schinkel und anderen zu einem Schlösserensemble mit bedeutender Parkanlage inmitten der Berlin-Potsdamer Kulturlandschaft, das 1990 in die Unesco-Liste des Welterbes der Menschheit aufgenommen wurde.

Ein Museum über den Berufsstand der Gartenkunst als Zweig der bildenden Künste existierte bislang nicht. Die Hofgärtner gehörten einst zu den höheren Beamten in der höfischen Hierarchie und konnten durch Nebeneinnahmen sogar zu gewissem Wohlstand gelangen. Ihr Ansehen war teilweise so groß, daß sie ihre Planungen in persönlichen Gesprächen mit den Königen verhandeln konnten.

Das neue Hofgärtnermuseum erweitert die bereits bestehende Dauerausstellung in Glienicke. Sie dokumentiert die Geschichte und das Schaffen einer standesbewußten Berufsgruppe, deren Mitglieder wesentlich zum Erscheinungsbild der Potsdam-Berliner Park- und Gartenlandschaft beigetragen haben, das in Plänen, Modellen und Veduten veranschaulicht wird.

In Verbindung mit dem GartenForum Glienicke dient das neue Museum mit seinen Ausstellungen, regelmäßigen Führungen und Veranstaltungen den Stiftungszielen. Dazu gehört die Bewahrung des Bestands, dessen Erforschung und Präsentation wie auch die Berlin-Potsdamer Kulturlandschaft bekannter zu machen, im nationalen wie im internationalen Zusammenhang.

Das Museum stellt typische Reiseziele und Routen vor, die angehende Hofgärtner während ihrer Ausbildungszeit nahmen, und illustriert an Beispielen, wie die gewonnenen Eindrücke die eigenen Schriften und Parkgestaltungen beeinflußten. Die Tätigkeit der preußischen Hofgärtner beschränkte sich allerdings nicht allein auf die Pflege und Bewirtschaftung der Gärten. Im 19. Jahrhundert erweiterten sich die Kenntnisse durch den wissenschaftlichen Austausch in ökonomischen und naturforschenden Gesellschaften und Vereinen. Eine besondere Rolle spielt der 1823 im Zusammenhang mit der Gärtnerlehranstalt gegründete „Verein zur Beförderung des Gartenbaus in den Königlich Preußischen Staaten“ oder der 1887 gegründete „Verein deutscher Gartenkünstler“. In diesen Foren diskutierten die Mitglieder mit bedeutenden Wissenschaftlern und Vertretern der Architektur wie auch anderer Berufszweige über praktische Erfahrungen, Experimente und Erkenntnisse des Tätigkeitsspektrums.

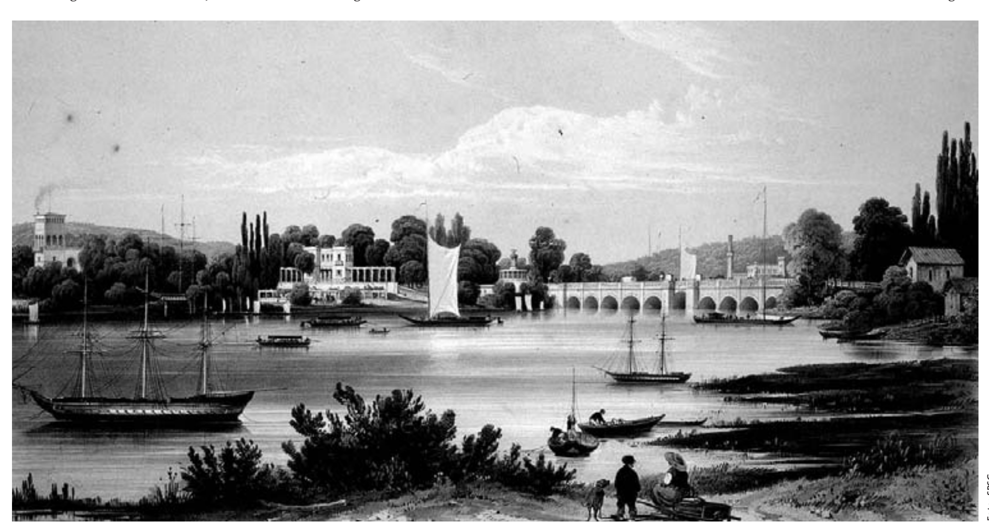
In den preußischen Gärten finden sich viele, architektonisch anspruchsvolle Hofgärtnerhäuser mit ihren zugeordneten Gärten. Das Museum zeigt eine typische Einrichtung einer Hofgärtnerwohnung am Beispiel von Möbeln und persönlichen Gegenständen aus dem Bestand der Hermann-Sello-Stiftung. Die privaten Bibliotheken waren vielseitig und werden durch aufgeschlagene Bücher oder Reproduktionen von Textpassagen vorgestellt und erläutert. Die Ausstellung informiert unter anderem auch über das traditionelle Arbeitsgebiet der Frucht- und Gehölzkultur. Am Beispiel von Ananas, Melonen und Wein wird gezeigt, wie die Gärtner bestrebt waren, die königliche Tafel zu allen Jahreszeiten hindurch mit Früchten zu beliefern. Alte Gartengeräte veranschaulichen die damalige Bewirtschaftung der Gärten und die Anzucht und Pflege der Pflanzen.

Das Spektrum der gärtnerischen Aufgaben erweiterte sich im 19. Jahrhundert jedoch beträchtlich. Einerseits waren nun zunehmend auch städtebauliche Planungsaufgaben gefordert. Gartentechnische Neuerungen wurden erfunden, neue Pflanzenarten importiert und verbesserte Anzuchtmethoden entwickelt, nicht zuletzt durch fortschrittliche Baumschulen und Gewächshaustechniken. Andererseits wurden neue Lehr- und Fachbücher publiziert wie auch Fachzeitschriften herausgegeben.

Die Hofgärtner und Gartenkünstler übernahmen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ebenfalls Verwaltungstätigkeiten in den neu gegründeten Gartenämtern der großen Städte. Zur Aufgabe der Gärtner gehörte nun auch das öffentliche Stadtgrün, etwa die Planung und Ausführung von Wallgrünanlagen, Stadtparks und Promenaden, Gartenschauen, Weltausstellungen bis hin zu den Villengärten des 20. Jahrhunderts. Seit dieser Zeit entwickelte sich der Beruf des freischaffenden Gartenkünstlers, der also im Auftrag und für entsprechendes Honorar Planungen und Bauleitungen zur Ausführung zu übernehmen hatte.

Die Zeit des Historismus beförderte eine weitere bedeutende Aufgabe des Berufsstandes, nämlich die, alte Garten- und Parkanlagen nicht nur zu erhalten, sondern auch zu restaurieren. Daraus entwickelte sich im 20. Jahrhundert das Spezialgebiet der Gartendenkmalpflege.

Die geplante Konzeption des Hofgärtnermuseums Glienicke berücksichtigt den aktuellen Forschungsstand wie auch die derzeit zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten. Sie wird künftig mit der Präsentation über das Leben und Wirken der preußischen Hofgärtner nicht nur die Sammlungsbestände ausbauen, sondern insbesondere auch vergleichende Untersuchungen über die führenden Gartenkünstler anderer fürstlicher Höfe in Deutschland und Europa vornehmen. Nur auf diese Weise kann das vielfältige Wirken der Hofgärtner, die abwechslungsreiche Rezeptions- und Nutzungsgeschichte der preußischen Gärten wie auch ihre Zuordnung zu Stilepochen bewertet und erläutert werden. Im Zusammenhang mit dem GartenForum Glienicke bietet sich eine gute Chance zur Diskussion und Präsentation neuer Forschungsthemen, nicht nur über die Hofgärtner, sondern auch über die Gartenkunstgeschichte und Gartendenkmalpflege. *SPSG*


Foto: SPSG

Xaver Sandmann: Blick auf das Kasino im Park von Glienicke und die alte Glienicker Brücke, um 1850 (Reproduktion nach kolorierter Lithografie)

Das Hofgärtnermuseum befindet sich im Schloß Glienicke, Königstraße 36, 14109 Berlin. Öffnungszeiten: Schloßgarten, täglich von 6 Uhr bis Eintritt der Dunkelheit; Schloß Glienicke und Casino, vom 22. April bis 15. Oktober, am Wochenende und feiertags von 10 bis 17 Uhr, vom 21. Oktober bis 15. April, am Wochenende und feiertags nur mit Führung um 11, 13 und 15 Uhr. Eintritt: Hofgärtnermuseum und Schloß Glienicke 3 / 2,50 Euro.

Bildkatalog

Das Herder-Institut im Internet

Mit der Einrichtung des Bildkatalogs ist der Schritt zu einer umfassenden EDV-gestützten Dokumentation und Recherche der Materialien des Bildarchivs im Herder-Institut in Marburg vollzogen. Diese Bilddatenbank erleichtert den an bildhaften Quellen zur Topographie sowie Kunst- und Kulturgeschichte Ostmitteleuropas Interessierten die Recherche, die zudem durch ein leistungsfähiges Serviceteam für die Bereitstellung und Lieferung von analogen wie digitalen Bildvorlagen ergänzt wird.

Der Aufbau dieser Datenbank war geleitet von den besonderen Erfordernissen des Fachpublikums und der interessierten Laien: Anhand einer benutzerfreundlichen Maske ist die Möglichkeit zu differenzierter Recherche unter sehr unterschiedlichen Fragestellungen geboten. Als Suchfunktionen stehen vorerst Volltext- und Registersuche zur Verfügung sowie Filtereinstellungen für bestimmte Sammlungsbestände oder Medienarten. Weitere Funktionen sind im Rahmen des Ausbaus des Systems geplant. Grundlage für die Online-Bereitstellung ist die umfassende und diversifizierte Beschreibung der Bilder und ihrer Inhalte, bei denen es sich zumeist um allgemein topographisch, kunsthistorisch oder denkmalpflegerisch relevante Motive (zum Beispiel Ortschaften, Bau- und Kunstdenkmäler, Kulturlandschaften) sowie daneben um kultur- und sozialgeschichtlich interessante Bildinformationen wie Personen, Ereignisse, Alltags- und Arbeitsdarstellungen handelt.

Flankiert wird der Bildkatalog von einem speziell eingerichteten Bildserver mit digitalisierten Fotos, Postkarten, Plänen und Grafiken in verschiedenen Dateiformaten, Größen und Auflösungen. Für den weltweit im Internet ohne Zugangsbeschränkung und gebührenfrei recherchierbaren Bildkatalog werden reduzierte Versionen (sogenannte Thumbnails und kleine Voransichten) bereitgestellt. Für die Vor-Ort-Recherche im Studiensaal der Sammlungen und als Vorlage für alle Arten von Reproduktionen stehen hoch auflösende Bilddateien zur Verfügung.

Sukzessive werden so einzelne Bestände des etwa eine halbe Million Einheiten umfassenden Bildarchivs digital erschlossen. Die Sammlung mit zum Teil unikalen Bildern hat in den letzten Jahren über den Schwerpunkt Polen hinaus vermehrt eine thematische Ausweitung bei den Neuzugängen auf das gesamte Arbeitsgebiet des Herder-Instituts erfahren und bezieht zunehmend auch jüngeres und aktuelles Bildmaterial ein. Reinschauen lohnt sich: www.herder-institut.de *pm*

Hellsichtige Analysen

Ausstellung in München zeigt Leben und Arbeiten des Schriftstellers Wolfgang Koeppen

Jeder, der einmal vor einem leeren Blatt Papier gesessen hat und dieses mit Worten (packenden, vielsagenden, weisen, witzigen, geistreichen) füllen wollte, der kennt die Qual, wenn eben diese passenden Worte nicht fließen wollen. Schreibhemmung nennt man diese Sperre, die besonders diejenigen hart trifft, die beruflich mit dem geschriebenen Wort umgehen müssen. Diese Hölle plastisch darzustellen, ist den Ausstellungsmachern in München gelungen, als sie das Leben des Schriftstellers Wolfgang Koeppen darstellen wollten. Sechs Schreibmaschinen unterschiedlichster Marken sind dort zu sehen, von einer alten „Triumph“ bis hin zum Brother-Schreibautomaten, aus dem ein Blatt Papier ragt: „Kann ich nicht auf dieser schreiben? Bin ich zu dumm dafür?“ liest man. Ein Hilferuf ...

Wolfgang Koeppen, der „für seine hellsichtigen und brisanten Analysen der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft und für seine brillanten Reisebücher berühmt“ war, gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller der Gegenwartsliteratur, aber auch als ihr „berühmtester Schweiger“. – „Ich lebe in einem Roman, und das mindert meinen Willen, ihn zu schreiben“, sagte er – entschuldigend?

Mit seinen ersten drei großen Romanen „Tauben im Gras“ (1951), „Das Treibhaus (1953) und „Der Tod in Rom“ (1954) begründete er seinen Ruhm. Marcel Reich-Ranicki lobte die „Tauben im Gras“ kurz und bündig: „Wer diesen Roman nicht gelesen hat, der solle nicht glauben, er kenne die deutsche Literatur nach 1945.“ Weitere große „Würfe“ gelangen Koeppen danach nicht mehr, sieht man einmal von seinen packenden Reise-Essays ab. In seinem schriftlichen Nachlaß, der sich in der Universität Greifswald befindet, sind allein mehr als 1300 Blätter mit Notizen, Entwürfen und abgebrochenen Passagen zu seinem Prosawerk „Jugend“ erhalten, das schließlich als Band 500 in der Bibliothek Suhrkamp 1976 erschien.


Foto: Stefan Moses

Wolfgang Koeppen

Die Ausstellung in der Glashalle des Münchner Gasteigs eröffnet dem Besucher verschiedene Sichtweisen und Perspektiven auf Leben und Werk des Schriftstellers. Durch die labyrinthischen „Carceri“ des Giovanni Battista Piranesi, die Koeppen oft als Sinnbild für die irritierende Vielschichtigkeit seiner Texte zitierte, betritt man die Ausstellung. Dort begegnet man auch den Orten seiner Kindheit – Greifswald, wo Koeppen am 23. Juni vor 100 Jahren geboren wurde, Ortelsburg, wo er seine Jugend verbrachte. „Ich habe in den Zeitläufen zeitläufig gewohnt“, hat Koeppen die Frage nach seinem Leben in der Weimarer Republik und im Dritten Reich beantwortet. Dokumente aus dem Nachlaß geben Auskunft über diese Zeit, in der Koppen als Journalist und Drehbuchautor wirkte.

Näher kommt man dem Menschen Wolfgang Koeppen bei der Betrachtung seines Münchner Arbeitszimmers, das mit originalen Möbeln und persönlichen Gegenständen für die Ausstellung rekonstruiert wurde. Pakete mit Belegexemplaren, Zeitungsberge, Radios und Fotoapparate liegen auf Sofa, Schreibtisch und dem Boden. Man meint das Ringen des Dichters um Worte zu spüren. Eines Dichters, der seit 1974 immer wieder einen neuen Roman ankündigte, der allerdings nie erscheinen sollte. Die Öffentlichkeit schien es ihm nicht übelzunehmen, zeichnete Koeppen sogar mit Preisen und Ehrungen aus: Georg-Büchner-Preis, Kultureller Ehrenpreis der Stadt München, Pommerscher Kulturpreis für Kunst, Ehrendoktorwürde der Universität Greifswald. „Mein Tag ist ein großer Roman“, sagte Koeppen, der am 15. März vor zehn Jahren in München starb. Die Ausstellung ist eine Aufforderung, ein wenig in diesem Roman zu blättern. *Silke Osman*

Die Ausstellung der Stadtbibliothek München unter dem Titel „Ich wurde eine Romanfigur. Wolfgang Koeppen 1906–1996“ ist im Münchner Gasteig, Glashalle, täglich von 8 bis 23 Uhr zu sehen, bis 25. Juni; Begleitbuch aus dem Suhrkamp Verlag 25 Euro.

Treue bis zum Tod

Ein Spielfilm zeigt den Künstler Gustav Klimt und seine Muse Emilie



Klimt, der Film: John Malkovich und Veronica Ferres als Gustav Klimt und Emilie Flöge Foto: Arsenal-Film

Mit dem Spielfilm „Klimt“ läßt der Regisseur Raoúl Ruiz das Leben des populären gleichnamigen Jugendstilmalers Revue passieren. Im Mittelpunkt steht weniger das künstlerische Wirken Gustav Klimts (John Malkovich), als dessen Verhältnis zu den Damen. Eine besonders intensive Beziehung unterhielt Klimt zu der Aristokratin Emilie Flöge (Veronica Ferres). Obwohl der Künstler auch mit anderen Frauen verkehrte, blieb ihm die Modeschöpferin bis zu seinem Tod treu. Sie ließ ihren Einfluß in den gehoben Kreisen Wiens spielen und verschaffte ihm wohlhabende Kundschaft.

Raoúl Ruiz stützt sich in seinem Film weitgehend auf die Werke Arthur Schnitzlers, besteht aber darauf, daß sein Drama seine persönliche Auslegung dieses Künstlerlebens sei. Das filmische Porträt setzt im Jahre 1918 ein, dem Todestag Klimts. Im Sterben liegend sinnt der Maler noch einmal über die Höhen und Tiefen seines Lebens nach. So erinnert er sich an die erotische Begegnung mit der Tänzerin Lea de Castro (Saffron Burrows). Sie war eine seiner zahllosen Geliebten, denen er aber emotional nie sehr nahe kam. Eng verbunden fühlte sich Klimt hingegen mit seiner langjährigen Partnerin Emilie Flöge, die ihn trotz seiner vielen Affären liebte. John Malkovich bezeichnet das Verhältnis der beiden als „liebesähnliche Freundschaft“. Der Künstler und seine Muse seien seelenverwandt gewesen, so der Schauspieler in einem Interview. Veronica Ferres („Rossini“) spielt Klimts emanzipierte Lebensgefährtin, die den Maler nie zu einer Heirat drängte.

Ruiz sieht in Ferres die ideale Besetzung für die Künstlermuse. Der französisch-chilenische Regisseur meint, daß Ferres und Flöge so manche Eigenschaften teilen. So seien beide Frauen emotional und selbstbewußt. Ferres selbst hält Klimts Gefährtin für eine der fortschrittlichsten Frauen des 19. Jahrhunderts. Sie glaubt, daß nur die Flöge dem Künstler innere Ruhe und Kraft gab. Emilie wäre so etwas wie Heimat für den Künstler gewesen, so die Charakterdarstellerin.

Ferres bedauert, daß Flöge lange verstorben sei und sie diese nicht mehr persönlich treffen könne. Gerne hätte sie ihren Rat eingeholt, um die Rolle optimal zu verkörpern. Daß die Dreharbeiten des Dramas an Originalschauplätzen in Wien stattfinden, war Veronica Ferres wichtig.

Die Realisierung von „Klimt“ kostete insgesamt über sechs Millionen Euro. So rekonstruierte Ausstatter Franz Vana einen Teil von Klimts Bildern, die von den Nationalsozialisten verbrannt worden waren. Ihre Premiere feierte die europäische Koproduktion am 1. März in Wien. In die deutschen Kinos kommt der Film erst am 25. Mai.

Viola Wich / Filmreporter.de

Liebeskummer

Wenn Töchter erwachsen werden

Von Gabriele Lins

Tina ist unsere Tochter. Sie ist 17. Gerade hat sie ihrem Freund Micky den Laufpaß gegeben, wie sie uns flapsig mitteilt. Ich denke noch: Wie schade, da klingelt schon statt des zurückhaltenden Micky ein baumlanger Kerl namens Paolo an unserer Tür, dessen Großeltern wohl ursprünglich in südlichen Gefilden zu Hause waren; das erkennt man nicht nur an der tiefdunklen Hautfarbe des Jungen.

Erst drei Wochen sind vergangen, und schon scheint die heiße Liebe Paolos zu Tina erkaltet zu sein. Ich als weise Mutter habe das natürlich kommen sehen; die beiden jungen Menschen passen nämlich zueinander wie Feuer und Wasser. Paolo geht abends gern in die Disco, Tina dagegen sitzt lieber in ihrem Zimmer bei Kerzenschein und Räucherstäbchen und hört ernste Musik. So kommt es, daß der grüne Fiat Paolos eines Nachmittags laut quietschend vor unserer Haustür hält. Ich sehe durch das Fenster, wie der junge Mann seine 1 Meter 92 aus dem Sitz schiebt. Seine Miene wirkt wie ein zusammengeballtes Gewittertief. Mein Herz macht einen erschrockenen Hüpfer.

> »Die meisten Männer kannst du vergessen ...«

Lange Zeit bleibt Paolo im Zimmer des Mädchens. Dann kommt er allein die Treppe herunter und steigt mit undurchdringlichem Gesicht in seine verschrammte Blechkutsche.

Später gehe ich auf Zehenspitzen die Treppe hinauf, öffne so leise es geht die Tür zu Tinas Zimmer ... Das Mädchen sitzt still auf ihrem Bett, die Hände verkrampft im Schoß haltend. „Aus?“ frage ich leise. Sie nickt nur, sagt dann wegwerfend: „Na ja, ich ahnte es schon länger. Er paßte nicht zu mir. Soll er doch sausen ...!“ Erleichtert lasse ich sie allein. Dann war die Liebe wohl doch nicht so tief greifend, denke ich. Aber da irre ich mich. Es ist knapp 23 Uhr, ich will gerade ins Bett, da höre ich ein wildes Schluchzen über mir. Wie ein mittlerer Orkan rase ich die Treppe hinauf.

Tina liegt quer über ihrem Bett und heult wie ein Schloßhund. Ich bringe kein Wort heraus, in meinem Hals hat sich ein dicker Kloß breitgemacht. So setze ich mich nur still neben sie. Aber ein wenig später reden wir. Wir machen kein Licht an, im Dunkeln läßt es sich leichter sprechen. Ich erzähle von den Enttäuschungen, die meine Mutter und auch meine Großmutter als junge Mädchen und Frauen erlebten. Auch meine eigenen Schwierigkeiten verschweige ich nicht. Danach trinken wir einen Apfelkorn zusammen. Susa, Tinas ältere Schwester, die auch schon Erfahrungen hat in Sachen Liebeskummer, gesellt sich zu uns und sagt heftig: „Die meisten Männer kannst du vergessen, außer meinen Charly natürlich!“ „Also, ich habe von den Jungens erst mal die Nase voll, das ist geritzt“, sagt Tina endlich und legt sich hin. Susa und ich sind noch nicht ganz draußen, da hören wir sie schon leise schnarchen.

Nach zwei Tagen trällert Tinas Stimme wieder durchs Haus. Der Fall scheint abgeschlossen, denn sie singt von morgens bis abends: „Uns geht’s gut, wir ha’m Mut ...“

„Fein, daß du’s wieder gepackt hast“, sage ich erleichtert, aber plötzlich sieht mein Töchterlein traurig aus und murmelt: „Man hat’s nicht leicht, wenn man’s schwer hat.“ – Ich frage mich ernsthaft, ob ich noch einmal 17 sein möchte.

Eine Liebe in Wien

Berühmte Liebespaare der Kulturgeschichte: Gustav Klimt und Emilie Flöge

Von Esther Knorr-Anders

Über sich selbst bekundete Gustav Klimt: „Von mir gibt es kein Selbstporträt. Ich interessiere mich nicht für die eigene Person als Gegenstand eines Bildes, eher für andere Menschen, vor allem weibliche ...“ So war es. Er malte nach Modellen, doch in der bildnerischen Umsetzung schuf er Frauen seiner Phantasie. Er gestaltete sie zu märchenhaften Wesen, zu Verzauberinnen, die urtümliche Bedrohung ahnen ließen und zugleich exzessive Verzückung verhießen. Er malte sie als Meeresbewohnerinnen, Nixen, Wasserschlangen, Gorgonen, die durch düstere Dämonie Beklemmung auslösen, und auch als „Sinnbild feindlicher Gewalten“ mit dem Schock-Gemälde „Die Wollust, die Unkeuschheit und die Unmäßigkeit“.

Wie sah er aus? Fotografien zeigen Gustav Klimt als breitschultrigen, stämmigen Mann mit einnehmend gütigen Augen. Von ihm sagte die Journalistin Berta Zukkerkandl, er sei „ein Einmaliger, Einsamer, aufgetaucht aus dem Urgrund eines Stammes, eines Volkes. Primitiv und raffiniert, einfach und kompliziert, immer aber beseelt.“

Gustav Klimt betrat gegen Ende des 19. Jahrhunderts den Modesalon der „Schwestern Flöge“. Es war ein Haute-Couture-Geschäft, bekannt unter dem Namen „La Casa Piccola“, Treffpunkt der Wiener Avantgarde, das die drei Schwestern als Besitzerinnen gemeinsam führten. Sie arbeiteten mit der „Wiener Werkstätte“ zusammen, die ihnen kostbare Stoffe, bizarren Modeschmuck, allerlei Accessoires und rumänische Stickereien für Kleiderverzierungen lieferte. Die Werkstätte stellte auch die aufwendigen Requisiten für den Salon zur Verfügung: Statuetten, Sessel, Kissen, Teppiche. Als Schöpferin eigener, bewußt originell gestalteter Modelle wurde Emilie Flöge von der extravaganten Kundschaft hoch geschätzt.

Am frühen Vormittag blieb es im Salon noch leer. Klimt wanderte allein umher, schaute in diese oder jene Vitrine. Schließlich näherte sich ihm eine junge Dame im weißen, tunikaähnlichen Gewand. Sie trat zu ihm.

Er hielt den Atem an. Sie entsprach seinem „Idealbild“ einer Frau, der er in Wirklichkeit noch nie begegnet war und die er doch schon oft gemalt hatte: als „Sappho“, als „Die Laute spielende Poesie“. Es war seine Wunschfrau, zerbrechlich schlank, ephebisch. „Suchen Sie etwas Bestimmtes? Kann ich behilflich sein?“ fragte Emilie Flöge. „Ich suche ein Hundehalsband“, stotterte Klimt. Ein sogenanntes „Hundehalsband“ war ein eng anliegendes Modeschmuckstück aus verschiedenen Materialien, auch aus Edelmetallen gearbeitet, meist mit glitzerndem Dekor besetzt. „Ich benötige es für ein Judith-Gemälde“, fügte er hinzu. Sein Wunsch war ihm jetzt peinlich, er hätte nicht zu deuten gewußt, warum er Peinlichkeit empfand. „Wir werden etwas finden, Herr Klimt.“ Seine Verwirrung wuchs: „Sie kennen mich?“ Emilie lächelte, „Wer kennt Sie nicht?“

Ja, wer kannte ihn nicht? Nicht nur Wien, ganz Europa faszinierten seine Werke, wenige empörten sich über deren geballte Erotik. Der 1862 in Baumgarten bei Wien Geborene hatte die Kunstgewerbeschule besucht und war in steiler Karriere berühmt geworden.

Er überzog die Treppenaufgänge und Decken in Europas Schlössern und großen Theatern mit allegorischen Fresken. Preise wurden ihm verliehen. 1888 erhielt er von Kaiser Franz Joseph das „Goldene Verdienstkreuz für Kunst“. 1897 war er Gründungsmitglied der Wiener Sezession und wurde ihr erster Präsident. Und zum ersten Mal machte er Urlaub am Attersee und dorthin zog es ihn fortan jeden Sommer, zeit seines Lebens.

Er reiste nicht allein. Emilie Flöge war seine Schicksalsgefährtin geworden. Die beiden Bindungsscheuen heirateten nie! Auch ohne Ehering blieb ihre Gemeinschaft unauflöslich. Nur ein einziges Mal porträtierte er sie in ozeanblauer Robe. Emilie gefiel das Bild nicht. Klimt fotografierte gern, und zwar durchaus mit Könnerschaft. Er schuf komplette Fotoserien von Emilie in von ihr kreierten Kleidern und veröffentlichte sie in Fachzeitschriften. Alle Fotos zeigten sie in schmal fallenden Gewändern. Für Klimt verkörperte Emilie seine mythologische Lieblingsgestalt: Die Nixe undeutbaren Wesens.

Der Attersee, größtes Gewässer des Salzkammerguts am Rande der Kalkalpen, wird zum Teil von schroffen Felswänden umkesselt, die das Wasser schwärzlich schimmern lassen. Klimt und Emilie waren im Kahn unterwegs. Plötzlich stand sie auf. „Ich bade“, rief sie. „Nein, das Wasser ist zu kalt“ protestierte Klimt. „Nicht für mich!“ Mit einem Griff streifte sie den Badeumhang ab, nestelte den Kamm aus dem Haar, tauchte ins Wasser. Die schwarzen Haarsträhnen umschlingerten ihren bloßen Körper. „Phantastisch“, murmelte Klimt. Er griff zum Skizzenblock.

Die Aufsehen erregenden Nixenbilder bilden nur einen kleinen Bestandteil seines Werkes, in dem sich Stilelemente des Impressionismus, Jugendstils und des Expressionismus vermischten und zur ureigenen Gestaltung wurden. Das galt für seine Frauenporträts, für seine Landschafts- und Gartenszenerien, und es galt für seine beiden berühmtesten Gemälde „Der Kuß“ und – ihm sich folgerichtig anschließend – „Die Erfüllung“.

Schon längst hatte Klimt sich einen schrillen Farbton zu eigen gemacht: Gold. Zu den auffallendsten Darstellungen zählt das Porträt der Adele Bloch (1907), von dem sich die Wiener „Österreichische Galerie“ nach verlorenem Rechtsstreit in den USA (siehe PAZ 4) trennen mußte.

Viel Gold auch auf den zwei Gemälden „Judith und Holofernes“ von 1901 und 1909. Die auf Schleiern ruhende „Danae“ (1908) empfängt den „goldenen“ Samenfluß des Göttervaters Zeus.

Im Februar 1918 starb Gustav Klimt an den Folgen einer Lungenentzündung. Zwei unvollendet gebliebene Werke hinterließ er: „Die Braut“ und „Adam und Eva“. Der Nachwelt erhalten blieben auch über 400 an Emilie gerichtete Briefe und Postkarten. Sie bewahrte sie sämtlich auf: Inbegriff einer Langzeitliebe.



Foto: Archiv

Eng verbunden: Gustav Klimt und seine Gefährtin Emilie Flöge

Wo Kant Urlaub machte

Erinnerungen an eine Wirkungsstätte des vor 282 Jahren geborenen Philosophen

Von Heinrich Lange

Und noch immer sitzen wir hier draußen, ohne die Aussicht zu haben, anderswo als in Ostpreußen das Kriegsende zu erleben. Es ist zum ...“ Dies ist der Hauptinhalt einer Ansichtskarte mit Poststempel vom 29. Juli 1940, die der in der Wrangel-Kaserne in Königsberg-Rothenstein stationierte Soldat Erwin nach Westfalen geschrieben hat.

Die Feldpostkarte im Museum Stadt Königsberg in Duisburg, die auf Grund der Bezeichnung Forsthaus Moditten „bei“ Königsberg noch vor der Eingemeindung des Ortes am 1. April 1939 gedruckt worden sein muß, zeigt das Kanthäuschen und eine Innenansicht. Nach der umseitigen Legende war das Forsthaus „Beliebtes Ausflugslokal und Kantstätte“. Dazu wird auch der hier kredenzte Johannisbeerwein mit dem Spitznamen „Kopskiekelwein“ beigetragen haben.

Neben dem „Kantzimmer“ im Stadtgeschichtlichen Museum wurde 1929 das „Kanthäuschen“ westlich der Stadt als Kant-Gedenkstätte eingerichtet. Wohl auf Anregung der aus Kants Tischgenossen hervorgegangenen „Gesellschaft der Freunde Kants“ ließ die Stadt 1927/28 das Fachwerkhäuschen, das einst dem Sekretär der zum Schloß Holstein am Pregel gehörenden Oberförsterei als Wohnung gedient haben soll, mit öffentlichen Mitteln – auch der Besitzer des Forsthauses beteiligte sich an den Kosten – durch den Architekten Walter Kuhrke umfassend umbauen und renovieren.

Ludwig Goldstein, Chef des Feuilletons der „Königsberger Hartungschen Zeitung“, schildert das restaurierte Häuschen 1928: „Wer jetzt die Stadt der reinen Vernunft auf der Pillauer Landstraße verläßt und hinter dem alten Spittelkrug linker Hand auf den sandigen Landweg abbiegt, dem sticht bald das von drei alten Linden geschützte Häuschen durch seine kräftigen Farben ins Auge. Die weißgetünchten Wände werden von schwarzem Fachwerk, den blauen Türen und Fensterläden angenehm unterbrochen und durch ein rotes Ziegeldach gekrönt. Ein Miniaturgärtchen hält treu zum Hause, und der murmelnde Bach, der nahe vorbeifließt, erhöht die Stimmung ländlicher Einsamkeit.“

Im Forsthaus und Gartenhäuschen, wohin vom Schloß Holstein eine Allee führte, hatte sich Kant in jüngeren Jahren des öfteren während der akademischen Ferien bei seinem gleichaltrigen Freund Michael Wobser, dem Förster des Moditter Beritts, Amt Kaporn, aufgehalten und 1763 die Schrift „Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen“, die eine besondere Stellung unter den Werken des Philosophen einnimmt, verfaßt.

Die Ausstattung des Kanthäuschens gibt Eduard Anderson, Direktor des Stadtgeschichtlichen Museums, in der 1936 vom Städtischen Verkehrsamt Königsberg herausgegebenen Broschüre „Das Kanthäuschen in Moditten“ an: „In dem Wohnraum des Hauses steht die Büste Kants, die Hagemann 1801 nach dem Leben fertigte, in einem guten Abguß. Zeitgenössische Kantbilder (Reproduktionen) hängen an den Wänden und eine Vitrine enthält Nachbildungen von Handschriften und Buchtiteln Kants, sowie das Werk ‚Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen.‘“

„Kant hatte als junger Mann“, so schreibt Anderson, „in jener Zeit, als er Hauslehrer auf ostpreußischen Gütern war, die sommerlichen Schönheiten der Gärten und Parkanlagen lieben gelernt und dies hat seinen Sinn für die Natur noch vertieft. Der Anblick der Natur hatte ihn bei seinen tiefschürfenden Denken zu allerlei Betrachtungen und Vergleichen angeregt, wobei der Mensch auch hier Mittelpunkt des Denkens war. Rousseaus Anschauungen hatten einen nachhaltigen Eindruck auf ihn gemacht.“



Foto: Ullstein

Moditten: Hier entstand „Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen“

Friedrich Benninghoven bemerkt hierzu im Ausstellungskatalog des Geheimen Staatsarchivs Berlin von 1974: „Kant war damals gerade durch die Bekanntschaft mit dem Werk Rousseaus auf eine Suche des Weges zur Menschennatur gelangt. Rousseau galt ihm als ‚ein zweiter Newton‘.“ Zu dem Naturphilosophen, der neben dem Engländer David Hume von den zeitgenössischen Philosophen auf die Entwicklung der Weltanschauung des Magisters Kant den größten Einfluß hatte, finden sich eigenhändige Eintragungen von 1764/65 in sein Handexemplar der „Beobachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen“.

Auf einem der eingeschossenen weißen Blätter steht: „Ich bin selbst aus Neigung ein Forscher. Ich fühle den gantzen Durst nach Erkenntnis und die begierige Unruhe darin weiter zu kommen oder auch die Zufriedenheit bey jedem Erwerb. Es war eine Zeit da ich glaubte dieses allein könnte die Ehre der Menschheit machen und ich verachtete den Pöbel der von nichts weis. Rousseau hat mich zurecht gebracht. Dieser verblendende Vorzug verschwindet, ich lerne die Menschen ehren und ich würde mich weit unnützer finden wie den gemeinen Arbeiter wenn ich nicht glaubete daß diese Betrachtung allen übrigen einen Werth ertheilen könne, die Rechte der Menschheit herzustellen.“ Auf einem weiteren Blatt heißt es: „Rousseau verfährt synthetisch und fängt vom natürlichen Menschen an. Ich verfahre analytisch und fange vom gesitteten an“.

Kants Handexemplar der „Beobachtungen“ gehört zu den seit 1945 verschollenen Beständen der Königsberger Staats- und Universitätsbibliothek. Um 1940 wurde es für die von der Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin herausgegebene Werkausgabe „Kant's gesammelte Schriften“ ausgeliehen, wo die Schrift 1942 erschien, und bis 1943 nach Königsberg zurückgegeben.

Während Kant selbst nichts über Moditten niedergeschrieben hat, berichtet Pfarrer Ludwig Ernst Borowski in seiner „Darstellung des Lebens und Charakters Immanuel Kants“ (1804): „Der Oberförster Wobser, der da wohnte, war ein Wirt, wie er ihn sich beim ländlichen Aufenthalt wünschte, ohne die mindeste Künstelei im Ausdruck und in Manieren, von sehr gutem natürlichen Verstande und edlem, gutem Herzen. Bei ihm hielt er sich während der akademischen Ferien gerne und auch wohl über eine ganze Woche auf. Hier, in diesem Moditten, ward das Werk über das Schöne und Erhabene (vielleicht die gelesenste von allen Kantischen Schriften) ausgearbeitet; hier mußte ihm der Oberförster Wobser zu dem Bilde sitzen, das Kant in der eben genannten Schrift vom Charakter des deutschen Mannes entwarf.“ „In gewisser Weise sind die ‚Beobachtungen‘“, so Benninghoven, „schon ein Schritt in der Richtung auf seine spätere ‚Anthropologie‘. In ihnen findet sich eine Betrachtung der vier Temperamente ebenso wie eine Charakterisierung der Eigenschaften der verschiedenen Nationen.“

Es war, so Goldstein, „in jener Zeit allgemein Sitte, des Sommers möglichst im Freien, das heißt in Gartenhäusern, zu wohnen und zu schaffen ... Die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts war die Blütezeit eines durch Rousseau nur noch gesteigerten neuen Naturgefühls. Es fand seinen unmittelbarsten Ausdruck in der Vorliebe, im Grünen zu leben, zu arbeiten, zu genießen und zu schwärmen.“ Davon zeugen auch die „Beobachtungen“, aus denen auf der Tafel an der alten „Kant-Linde im Park“ mit der Überschrift „Die Nacht ist erhaben, der Tag ist schön“ zitiert wird: „Gemütsarten, die ein Gefühl für das Erhabene besitzen, werden durch die ruhige Stille eines Sommerabends, wenn das zitternde Licht der Sterne durch die braunen Schatten der Nacht hindurchbricht und der einsame Mond im Gesichtskreise steht, allmählich in hohe Empfindungen gezogen, von Freundschaft, von Verachtung der Welt, von Ewigkeit.“ Benninghoven stellt fest: „In eigenartiger Weise werden hier ästhetische und moralpsychologische Betrachtungen miteinander verbunden.“

Goldstein, bis 1929 auch Vorsitzender des Goethebundes, schreibt über die im Januar 1764 bei Kanter in Königsberg erschienene, bei Kants Zeitgenossen sogleich populäre Schrift: „Sie war ein Lieblingsbuch Herders und spielte noch im Briefwechsel Schillers und Goethes eine gewisse Rolle. Goethe eröffnet am 18. Februar 1795 die Unterhaltung darüber mit der Kritik: ‚Es wäre eine recht artige Schrift, wenn die Worte schön und erhaben auf dem Titel gar nicht stünden und im Büchelchen selbst seltener vorkämen. Es ist voll allerliebster Bemerkungen über die Menschen, und man sieht seine Grundsätze schon keimen.‘“.

Im Sommer 1944 war es mit der Ruhe und Erholung in Moditten vorbei. Wie Gerda Kollecker, geborene Roeckner, die nach dem Tode ihres Vaters Max Roeckner 1933 letzte Besitzerin des Forsthauses, und Willi Freimann in „Königsberg und seine Vororte“ (1988) berichten, beschlagnahmte das Generalkommando das in der Linie des äußeren Befestigungsrings zwischen den Forts VI „Königin Luise“ und VII „Herzog von Holstein“ gelegene Forsthaus und baute es zum „Gefechtsstand Moditten“ um. Für Unteroffiziere und Mannschaften wurden im Park zwei Baracken aufgestellt und ein Luftschutzbunker gebaut. Im Kanthäuschen selbst installierte man die Telefonzentrale. Das Mobiliar – und die Exponate? – sollen im Königsberger Schloß sichergestellt worden sein. Schon bei der ersten Einschließung der Festung Königsberg Ende Januar 1945 war das Forsthaus, in dessen Balkonzimmer im Dachgeschoß bis März 1945 Kommandant General Otto Lasch Wohnung nahm, in größter Gefahr, danach Teil der Hauptkampflinie und ging erst beim Sturm der Roten Armee auf Königsberg Anfang April 1945 unter.

Die bis in jüngste Zeit anzutreffende Behauptung, das Kanthäuschen sei erhalten geblieben, trifft leider nicht zu. Daß es sich bei dem seit 1980 von sowjetischer Seite als Kanthäuschen angesprochenen Fachwerkhaus um einen Neubau im unweit gelegenen früheren Spittelkrug handelt, ist der erst nach der Öffnung des Kaliningrader Gebietes möglich gewordenen Untersuchung des Ravensburger Architekten Dietrich Zlomke 1992 zu verdanken. Noch immer bietet jedoch das Hamburger Bildarchiv „Ostsicht“ Fotos von dem Neubau als „Immanuel Kants Sommerhäuschen in Moditten“ und dem Haus links im Hintergrund als „Forsthaus“ an.

Die Legende von dem noch existierenden Kanthäuschen soll nach Auskunft von Historikern der nunmehrigen Russischen Immanuel-Kant-Universität der 1994 verstorbene Schriftsteller und Vorsitzende des Kaliningrader Kulturfonds, Juri Iwanow, in die Welt gesetzt haben. Ihm hat dann auch Leonid Kalinnikow, Philosophieprofessor und Vorsitzender der russischen Kant-Gesellschaft, Glauben geschenkt. Vielleicht versuchte Iwanow mit seinem Übereifer eine alte Freveltat um 1945 wiedergutzumachen. Als junger Rotarmist hatte er nach eigener Auskunft mitgeholfen, die 1927 nach den Modellen von Stanislaus Cauer ausgehauenen Köpfe von Kopernikus, Kant, Herder und Corinth an den Pilastern des Eingangs zur Neuen Burgschule abzuschlagen.

Vom Zerstörungswerk in Moditten 1945 zeugt noch heute im verwilderten und versumpften Waldgelände ein Bombentrichter inmitten der teilweise durch Abholzung freigelegten Fundamente des Forsthauses. Unter den Resten des wahrscheinlich bei der Aufgabe des Gefechtsstandes von der Wehrmacht gesprengten Hauses ist noch eine Treppe auszumachen. Es ist der Aufgang zur Gartenterrasse mit der in Beton gegossenen Umfassungsmauer. Das Kanthäuschen ist hingegen bis zum letzten Ziegel verschwunden.

Der vom König genehmigte private Erbbegräbnisplatz der Familie des 1795 im Alter von 71 Jahren verstorbenen Oberförsters Wobser und seiner ihm 1806 nachfolgenden Gattin Sabina Charlotte, die zwei Töchter und den als Landjäger angestellten Sohn Michael Friedrich hinterließ, muß noch heute im einstigen Grenzbezirk des Forsthauses liegen. Anderson vermerkt schon 1936: „Die Linden, die diese Stelle umfassen, sind heute hohe alte Bäume geworden, deren dichtes Laubdach die Gräber wie ein Gewölbe umschließt.“ Wie schrieb doch Borowski vor mehr als 200 Jahren über Kant: „Nie vergaß er seinen Wobser und das Gespräch ward dann sehr lebhaft, wenn er auf diesen Mann, auch lange nach seinem Tode zurückkam.“

Die ostpreußische Familie



Ruth Geede Foto: privat

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

auch **Brigitte von Kalben** aus Kanada hat uns wieder einmal geschrieben. Die Königsbergerin konnte durch unsere Ostpreußische Familie vier ehemalige Klassenkameradinnen finden. Nun geht es um ihre eigene Familie, die ja aus Altersgründen immer kleiner wird. Aber sie konnte doch noch die Kinder ihres Cousins ausfindig machen und ist nun auf weiterer Suche. Frau von Kalben ist eine geborene Kohn und möchte nun gerne wissen, was aus ihren Verwandten geworden ist. Es handelt sich um die Söhne **Karl** und **Fritz** des **Julius Kohn** aus Althof, Kreis Pr. Eylau. Es waren „baumlange Kerls“, etwa 1900 geboren. Fritz Kohn wohnte mit seiner Familie in Hamborn, das Ehepaar hatte zwei Kinder. Karl Kohn und seine Familie sind seit Kriegsende verschollen. Was wurde aus seinen fünf Kindern? Der Verbleib ihrer Schwestern **Hanna** und **Marie** ist bekannt. Hannas Söhne **Helmut** und **Kurt** wurden von Frau von Kalben gefunden, Marie lebte in Skenditz / Halle in einer Blindenanstalt. Vielleicht ergibt sich nun eine Spur zu den gesuchten Kohn-Nachkommen? Aber das ist nicht die einzige Suchfrage von Frau von Kalben. Sie bittet die ehemaligen Schülerinnen der Königsberger Herbart-Schule, Jahrgang 1931/32, sich bei ihr zu melden Die Fünf, die sich durch unsere Familie zusammengefunden haben – **Anneliese Bohn**, **Doris Fuhlert**, **Irmgard Bäckmann**, **Inge Schadwill** und **Waltraut Kohn**, das ist der Mädchenname von Frau von Kalben – wollen nämlich ein Klassentreffen veranstalten (Brigitte von Kalben, 361 East Avenue, West Hill, ON, MIC 2W5, Kanada, Telefon 4 16 / 2 81 / 88 06).

Gefreut habe ich mich über diese E-Mail von **Rolf Möllering** aus Melle: „Es ist zwar schon eine Weile her, daß meine Frage an die Leser weitergegeben wurde. Aber sogar noch in der vergangenen Woche erreichte mich eine Antwort. Mittlerweile ist die Geschichte meiner Familie etwas nachvollziehbarer geworden. Also noch einmal herzlichen Dank verbunden mit dem Wunsch nach Gesundheit und Kraft für Ihre wichtige Arbeit. Vielleicht können meine Frau und ich an anderer Stelle ein wenig weiterhelfen. Meine Frau wurde 1962 in der Elchniederung geboren. Ich lernte sie während meines ersten Heimatbesuches dort kennen. Unser Bekanntenkreis ist in der Heimat mittlerweile größer als hierzulande. Gerne sind wir bei privaten Besuchsfahrten behilflich. Wer Übernachtungsmöglichkeit dort sucht oder sonstige Fragen zum Königsberger Gebiet hat, dem helfen wir gerne weiter. In heimatlicher Verbundenheit. Ralf Möllering, Melle und Heinrichswalde.“ Vielen Dank für dieses Angebot, lieber Landsmann, gute Informationen und Ratschläge sind immer gefragt (Ralf Möllering, Ochsenweg 79 in 49324 Melle, Telefon 0 54 22 / 70 98 52, E-Mail: ralf.moellering@osnanet.de).

Und auch hier Angebot und Nachfrage von **Gerhild Weiß** auf den kürzesten Nenner gebracht: „Ich fand beim Aufräumen zwei alte Königsberger Bürgerbriefe, die ich doppelt habe und sie gerne Interessenten zur Verfügung stellen möchte. Es handelt sich um die Nummern I (1960/61) und VI (1969). Mir fehlt die Nummer IV (Gerhild Weiß, Platenstraße 5 in 24211 Preetz, Telefon 0 43 42 / 29 21, gerhild.weiss@gmx.net).

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



ZUM 101. GEBURTSTAG

Tietze, Brigitte, aus Rostau, Kreis Treuburg, jetzt Knesebeckstraße 77, 10623 Berlin, am 24. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Donder, Hugo, aus Lyck, jetzt Am Feuerschanzengraben 2, 37083 Göttingen, am 28. April

Kröhnert, Gerhard, aus Neusorge H., Kreis Elchniederung, jetzt Neue Siedlung 5, 35104 Lichtenfels, am 28. April

Platzek, Marie, geb. Rekowski, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Heilwegstraße 20, 20249 Hamburg, am 26. April

Schnitzer, Willy, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Meininger Straße 4, 51103 Köln, am 28. April

Wengoborski, Marta, geb. Keller, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße, jetzt Düsseldorfer Straße 28, 51379 Leverkusen, am 24. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Mischke, Elisabeth, aus Rauschmünde, Kreis Ebenrode, jetzt Auf'm Winkel 9, 42477 Radevormwald, am 28. April

Rohde, Auguste, geb. Vogel, verw. Rogowski, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, jetzt Magdeburger Straße 31, 39340 Haldensleben, am 26. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Klukert, Emilie, aus Lehlesken, Kreis Ortelsburg, jetzt Gilcherweg 100, 22393 Hamburg, am 25. April

Kowalzik, Helene, geb. Beitmann, aus Thomken, Kreis Lyck, jetzt Kittelstraße 3, 99713 Schernberg, am 24. April

Kutschke, Horst, aus Königsberg, Moltkestraße 1 und Schrötterstraße, jetzt Königsweg 9, 25361 Krempe, am 28. April

Skilandat, Martha, geb. Lagerpusch, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, jetzt Potthoffweg 7, 48147 Münster, am 29. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brzoska, Marie, geb. Downar, aus Rostken, Kreis Lyck, jetzt Zillertalstraße 125, 44807 Bochum, am 24. April

Grasteit, Ella, geb. Melzer, aus Wittken, Kreis Elchniederung, jetzt Raamfeld 109, 22397 Hamburg, am 29. April

Konradt, Helene, geb. Gayko, aus Lyck, E.-M.-Arndt-Straße 4, jetzt Pieperstraße 40, bei Franken, 44789 Bochum, am 26. April

Krause, Ida, geb. Imaschewski, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Danziger Straße 6, 38524 Sassenburg, am 30. April

Müller, Hedwig, geb. Rudnick, aus Lyck, v.-Ludendorff-Straße 5, jetzt Passauer Straße 16, 55246 Mainz-Kostheim, am 27. April

Schröder, Olga, aus Lingmarowen, Kreis Angerapp, jetzt Halluin 26, Wohnstift Z. 601, 45739 Oer-Erkenschwick, am 30. April

Schwarz, Emil, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, jetzt Mendelssohnstraße 74, 22549 Hamburg, am 30. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Borrek, Frida, geb. Dubnitzki, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Pariser Gasse 3, 35578 Wetzlar, am 26. April

Drochner, Otto, aus Königskirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Homertstraße 16, 51647 Gummersbach, am 27. April

Lukas, Hans, aus Schönballen, Kreis Lötzen, jetzt 23758 Nanndorf, Kreis Oldenburg, am 30. April

Schwegmann, Hildegard, geb. Senff, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Borgholzstraße 5-11, 44799 Bochum, am 28. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Fricke, Herta, geb. Naujok, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Heisterkamp 8, 38518 Gishorn, am 26. April

Kühne, Meta, geb. Woyczchowski, aus Kukukswalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Drostenbusch 61, 45309 Essen, am 25. April

Prengel, Bruno, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rudolf-Schwarz-Straße 25 A, 10407 Berlin, am 27. April

Seel, Hans-Joachim, aus Lötzen, jetzt Heiderhof, Weißdornweg 64, 53177 Bonn-Bad Godesberg, am 27. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Borrmann, Gerda, geb. Borrmann, aus Kreis Elchniederung, jetzt Bruchstraße 66, 45468 Mülheim/Ruhr, am 27. April

Reimer, Hans, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Oberdorfstraße 56, 45143 Essen, am 24. April

Sudau, Elfriede, geb. Bartschat, aus Parwen, Kreis Elchniederung, jetzt Wülknitzer Straße 11, 06366 Köthen, am 27. April

Waschk, Albrecht, aus Gr. Stürlack, Kreis Lötzen, jetzt Krummer Eeg 12, 46499 Hamminkeln, am 25. April

Woog, Gertrud, geb. Kaschmann, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Carl-Schurz-Straße 6, 53123 Bonn-Duisburg, am 27. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Beier, Hans, aus Treuburg, Lazarett 6, jetzt Musbekerweg 70, 24955 Harrislee, am 28. April

Flick, Christel, aus Göritten, Kreis Ebenrode, jetzt Dr. Neuhauserstraße 11, 32545 Bad Oeynhausen, am 24. April

Gayk, Martha, geb. Papjewski, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Wittenland 13, 24229 Strande – Kiel, am 29. April

Geruschkat, Grete, geb. Widdrat, aus Tilsit, später Mohrungen, jetzt Albanusstraße 11, 55128 Mainz, am 28. April

Keber, Gerda, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Pfarrer-Lukas-Straße 15, 93413 Cham, am 24. April

Merchel, Ida, geb. Lippeck, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Bahnhofstraße 78, 21714 Hammah, am 24. April

Mohr, Edith, geb. Dobrinski, aus Klein-Rauschken, Kreis Ortelsburg, jetzt Vinzienstraße 13, 24794 Borgstedt, am 26. April

Piotrowski, Elfriede, geb. Dorß, verw. Völkel, aus Maschen, Kreis Lyck, jetzt Roggenkamp 51, 28259 Bremen, am 26. April

Pustlauk, Fritz, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, jetzt Schlesier Straße 11, 78176 Blumberg, am 26. April

Rinkewitz, Irene, geb. Streich, aus Cranz, Kreis Samland, jetzt Kissingerstraße 54, 40229 Düsseldorf, am 26. April

Schlemminger, Anna, geb. Gallinat, aus Staatshausen, Kreis Goldap, jetzt Dorfstraße 13, 16248 Bölkendorf, am 19. April

Schulz, Willi, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Dorfstraße 4, 14542 Kemnitz, am 24. April

Sczech, Martha, geb. Jacobus, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, jetzt Lütgertweg 3, 30419 Hannover, am 26. April

Sewitz, Emilie, aus Wehrberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Schulstraße 24, 31840 Hessisch-Oldendorf, am 25. April

Steigerwald, Elfriede, aus Lyck, jetzt Martin-Luther-Straße 3, 97204 Höchberg, am 30. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Göritz, Ursula, geb. Göritz, aus Neuschleuse, Kreis Elchniederung, jetzt Harmsstraße 104–122, 24114 Kiel, am 28. April

Goldberg, Martha, geb. Roth, aus Waltersmühl/Heilsberg, jetzt Riemannstraße 29, 23701 Eutin, am 27. April

Hensellek, Heinrich, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, Am Südhang 33, 37139 Barteode, am 25. April

Kaiser, Erich, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Vennepoth 44, 46047 Oberhausen, am 30. April

Klaus, Käthe, geb. Piezonka, aus Erben, Kreis Ortelsburg, jetzt Seigerhüttenweg 3, 38855 Wernigerode, am 26. April

Kukulies, Willi, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Am Schwarzen Meer 64, 28205 Bremen, am 29. April

Lojewski, Erich, aus Schareiken, Kreis Treuburg, jetzt Steinstraße 35, 17291 Prenzlau, am 28. April

Pienkos, Gertraud, geb. Kröhnert, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, jetzt Alter Teichweg 171, 22049 Hamburg, am 30. April

Raschkowski, Agnes, geb. Petrikowski, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Horster Straße 327, 45897 Gelsenkirchen, am 25. April

Rathke, Gretel, geb. Pomper, aus Cranz, Kreis Samland, jetzt Am Spargelhof 21, 23554 Lübeck, am 29. April

Raudzus, Waldemar, aus Medukallen (Honigberg), Kreis Insterburg, jetzt Ostlandstraße 16, 24247 Mielkendorf/Kiel, am 29. April

Rehra, Otto, aus Kreis Treuburg, jetzt Krefelder Straße 1, 45896 Gelsenkirchen, am 26. April

Rohde, Carla, geb. Schween, aus Wehlau, Freiheit, jetzt Osterfelddamm 12, 30627 Hannover, am 26. April

Ruchay, Heinz, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, jetzt Schmiedekoppel 25, 23611 Bad Schwartau, am 29. April

Schaudinn, Ruth, geb. Gerhardt, aus Lyck, Yorkstraße 30, jetzt Am Tierpark 4, 10315 Berlin, am 30. April

Schmidt, Meta, geb. Grasteit, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Insterburger Straße 5, 48529 Nordhorn, am 24. April

Taubner, Elsa, geb. Nuckel, aus Germau, Kreis Samland, jetzt Eschstraße 72, 32257 Bünde, am 24. April

Vogelgesang, Gerda, geb. Thomas, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, am 26. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Angerlehner, Edith, geb. Sakowski, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Thüringerstraße 8/1, 71720 Obersfeld, am 28. April

Arndt, Adalbert, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, jetzt Iselshauser Straße 50, 72202 Nagold, am 26. April

Bergmann, Frieda, geb. Gayk, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, jetzt Süderweg 61, 26871 Papenburg, am 28. April

Berkau, Albert, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, jetzt Gottfried-Kinkel-Straße 2, 65187 Wiesbaden, am 30. April

Blietschau, Else, geb. Schulz, aus Mohrungen, jetzt Goslarsche Straße 68, 38118 Braunschweig, am 27. April

Bloch, Herta, aus Auerswalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Adelhardt Weg 17, 44359 Dortmund, am 27. April

Brassat, Alfred, aus Tannsee, Kreis Gumbinnen, jetzt Schulstraße 3, 56357 Lipporn, am 28. April

Brey, Hedwig, geb. Czichowski, aus Grenzdamm, Kreis Neidenburg, jetzt Königsberger Straße 35, 45881 Gelsenkirchen, am 26. April

Brzezinski, Kurt, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Lindenweg 4, 25462 Rellingen, am 26. April

Conrad, Hedwig, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, jetzt Wossidlo Straße 60, 19059 Schwerin, am 28. April

Czychy, Georg, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Zanderweg 15, 70378 Stuttgart, am 24. April

Fahning, Margarete, geb. Malone, aus Alt Sellen, Kreis Elchniederung, jetzt Gerstäckerstraße 12, 34131 Kassel, am 29. April

Gusik, Alice, geb. Petrikowski, aus Klein Dankheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Grimberger Feld 34, 44653 Herne, am 29. April

Heiland, Erika, geb. Fraude, aus Plompen, Kreis Wehlau, jetzt Theodor-Heuß-Straße 13, 34369 Hofgeismar, am 28. April

Herrmann, Ruth, geb. Metzdorf, aus Moneten, Kreis Treuburg, jetzt Breslauer Straße 7, 78647 Trossingen, am 26. April

Hilpert, Lore, geb. Kutzmut, aus Barnen, Kreis Treuburg, jetzt Ohebergstraße 14, 31188 Holle, am 30. April

John, Gotthard, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Leipziger Straße 11, 64720 Michelstadt, am 29. April

Jondral, Waltraud, geb. Gusek, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, jetzt Zamenhofweg 2 A, 22159 Hamburg, am 26. April

Kammholz, Ursula, geb. Preuß, aus Soldau, Bahnhofstraße, Kreis Neidenburg, jetzt Lüdemannsweg 15, 45894 Gelsenkirchen, am 24. April

Körner, Gerda, geb. Karwowski, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Nordfeldstraße 11, 86405 Meitingen, am 28. April

Kriegelstein, Ruth, geb. Reschke, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Rolandstraße 9, 51147 Köln, am 25. April

Kukla, Helmut, aus Moschnen, Kreis Treuburg, jetzt Bergstraße 9, 56581 Melsbach, am 29. März

Motzkat, Rudi, aus Lötzen, jetzt Wiesenstraße 59, 47906 Kempen, am 29. April

Müller, Waltraud, geb. Goetzie, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Badeler Straße 37, 38486 Apenburg, am 27. April

Neumann, Gertrud, aus Langendorf, Kleinhof Langendorf, Kreis Wehlau, jetzt Kleine Gasse 1, 06369 Arensdorf, am 27. April

Neumann, Ruth, geb. Schiller, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Lohweg 3, 25524 Itzehoe, am 29. April

Nietzky, Jürgen, aus Brassendorf, Kreis Lötzen, jetzt Bjerringbrostraße 80, 23812 Wahlstedt, am 28. April

Nowotsch, Franz, aus Klaussen, Kreis Lyck, jetzt Lilienthalstraße 15, 31137 Hildesheim, am 25. April

Olomski, Eugen, aus Neidenburg, jetzt L.-Schroeder-Str. 17a, 27578 Bremerhaven, am 30. April

Pesch, Herbert, aus Leißienen, Rockelkeim Dorf, Kreis Wehlau, jetzt Hopfenberg 15, 21244 Buchholz, am 26. April

Pischke, Hedwig, geb. Pischke, aus Wolitta, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schulstraße 12, 95632 Wunsiedel, am 27. April

Pottkämper, Elfriede, geb. Bodemann, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Im Himmelreich 19, 32120 Hiddenhausen, am 27. April

Pretzlaff, Helmut, aus Auglitten, Kreis Lyck, jetzt Freiligrathstraße 5, 06130 Halle, am 30. April

Reimann, Karl, aus Kruglanken, jetzt Veilchenstraße 24, 49088 Osnabrück, am 27. April

Scheible, Gertrud, geb. Gadomski, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Theodor-Körner-Straße 92, 04808 Wurzen, am 28. April

Schindelmeister, Edeltraut, geb. Lumma, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Crangerstraße 354, 45891 Gelsenkirchen, am 24. April

Sobotta, Ruth, geb. Bittins, aus Loye, Kreis Elchniederung, jetzt Südstraße 6, 49835 Wietmarschen, am 30. April

Sokoliß, Werner, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, jetzt Hohnerredder 27, 22175 Hamburg, am 28. April

Speer, Charlotte, geb. Ryck, aus Auglitten, Kreis Lyck, jetzt Hauptstraße 66, 09619 Mulda, am 30. April

Steinmüller, Irmgard, geb. Fandrey, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Kleine Heide 25, 46562 Voerde, am 26. April

Struwe, Erika, geb. Meier, aus Tapiau, Danziger Straße, Kreis Wehlau, jetzt Willy-Nissen-Ring 4, 22179 Hamburg, am 27. April

Wagner, Edith, geb. Juschkat, aus Vormwalde, Kreis Schloßberg, jetzt Wachholderweg 2, 72818 Trochtelfingen, am 21. April

Westphal, Egon, aus Thomaten, Kreis Elchniederung, jetzt Am Roßacker 7, 83022 Rosenheim, am 28. April

Woller, Erika, geb. Presszenk, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, jetzt Vogelsangstraße 6, 74226 Nordheim, am 25. April

ZUR DIAMANTENEN HOCHZEIT

Winkler, Kurt, und Frau Lieselotte, geb. Hoecker, aus Königsberg, jetzt Neue Straße 39, 33824 Werther, am 18. April

Kulturerbe – Westliche Integration

Tagung der AG Heimatstuben erörterte Fragen der Vertriebenen-Rezeption in Deutschland

Von DIETER GÖLLNER

Als Veranstaltungsort für die diesjährige Frühjahrstagung der Arbeitsgemeinschaft Ostdeutscher Museen, Heimatstuben und Sammlungen aus Nordrhein-Westfalen hatten die Veranstalter das Westfälische Industriemuseum Zeche Zollern II/IV in Dortmund gewählt. Der Begegnung wohnten neben dem Vorstand und der Geschäftsführung zahlreiche Mitglieder der AG sowie von Seiten der Gastgeber, Kurt Eichler, Geschäftsführer der Kulturbetriebe Dortmund, und Dr. Dagmar Kift, Oberkustodin im Westfälischen Industriemuseum, bei.

Ein Programmschwerpunkt der Tagung war die Besichtigung der Ausstellung zum Thema „Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder“ im historischen Werkstattgebäude der Zeche. Vor dem Rundgang durch die positiv aufgenommene Präsentation betonte der Vorstandsvorsitzende der AG Heimatstuben, Dr. Walter Engel: „Unsere seit 17 Jahren bestehende Gemeinschaft von ehrenamtlichen Betreuerinnen und Betreuern ostdeutscher Heimatstuben hat sicherlich auch ihren Beitrag dazu geleistet, daß heute die Geschichte der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie des Wiederaufbaus verstärkt ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt wird.“

Die rund 40 Tagungsteilnehmer – von denen so mancher die Flucht als Kind und Jugendlicher selbst miterlebt hatten – waren von dem Konzept der Ausstellung beeindruckt. Sie schätzten vor allem die Objektivität, mit der auf die Leistungen der Vertriebenen beim Wiederaufbau der Bundesrepublik verwiesen wurde.

Die Leiterin des Ausstellungsprojektes „Aufbau West“, Dr. Dagmar Kift, bot einen interessanten Vortrag mit Hintergrundinformationen zur Entstehung und dem Gestaltungskonzept der Präsentation. Es wurde deutlich, daß die Veranstalter erstmals die Vertriebenen und Flüchtlinge als eine Gruppe vorstellen wollten, die sich als solche erst in der Nachkriegszeit gebildet hatte. Im Mittelpunkt standen die Lebensgeschichten von mehr als 30 Betroffenen. Die Ausstellung wird – wie übrigens auch Dr. Susanne Peters-Schildgen, Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Oberschlesischen Landesmuseums bestätigte – voraussichtlich im nächsten Jahr in Ratingen zu besichtigen sein.

Dr. Peters-Schildgen informierte in ihrem Vortrag mit dem Titel „Grenzüberschreitende Aktivitäten des Oberschlesischen Landesmuseums“ über bedeutende Projekte des Hauses und stellte langjährige Kooperationspartner vor. Desgleichen hob sie einige größere Ausstellungen hervor, an denen sich die Ratinger Einrichtung im Rahmen des Deutsch-Polnischen Jahres beteiligt hat.

Der Erfahrungsaustausch der Betreuerinnen und Betreuer ostdeutscher Heimatstuben in Dortmund hat einmal mehr gezeigt, was für eine wichtige und schöne Aufgabe die Bewahrung des Kulturerbes ist. Es sei denkbar, daß man die wertvollen Sammlungen mit Erinnerungsstücken aus der Heimat verstärkt auf den Beitrag der Vertriebenen und Flüchtlinge am Strukturwandel nach 1945 ausrichtet. In den Museen und Heimatstuben befinden sich zahlreiche Belege für die aktive Integration der Zuwanderer aus dem Osten, die ohne den unermüdlichen Einsatz der Betreuer in Vergessenheit geraten könnten.



Foto: Göllner

Das Westfälische Industriemuseum Zeche Zollern II/IV bildete die eindrucksvolle Kulisse der Tagung

VERANSTALTUNGEN

Hamburg – Sonntag, 23. April, 10 Uhr findet ein ostpreußischer Heimatgottesdienst in der Dreifaltigkeitskirche in Hamburg-Harburg, Neue Straße 44 (S-Bahn Harburg Rathaus) statt. Die Predigt hält Pastorin Wagner-Gehlhaar.

Hamburg – Ein Frühlingskonzert gibt am Sonnabend, 29. April, 15 Uhr, der Ostpreußenchor Hamburg in der St. Gabriel Kirche, Hartzlohplatz 17. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann mit dem HVV von Barmbek mit der Linie 172 oder 7 bis zur Station Hartzloh erreicht werden. Von der Haltestelle sind es dann noch sieben Minuten Fußweg. Nähere Informationen erteilt Ilse Schmidt, Telefon (0 40) 2 54 39 35.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Leo Michalski, Adolf-Westen-Straße 12, 42855 Remscheid, Telefon und Fax (0 21 91) 2 45 50. Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen a. T. W., Postfach 12 09, 49170 Hagen a. T. W., Telefon (0 54 01) 97 70

5. Kreistag – Der 5. Kreistag der Kreisgemeinschaft trat nach den abgeschlossenen Kreistagswahlen in Hagen a. T. W. zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Die durchgeführten Wahlen brachten folgendes Ergebnis: zum Vorsitzenden des Kreistages wurde einstimmig wieder Adalbert Graf gewählt, seine Stellvertreter sind Johann Certa und Oswald Massner. Der alte und neue Kreisvertreter ist Leo Michalski. Sein Vertreter ist Hans-Peter Blasche, Schatzmeister wiederum Klaus Schwittay. Schriftführerin wurde Beata Goworek, Schriftleiter wie bisher Horst Tuguntke. Weitere Themen der Sitzung waren unter anderem der Haushalt 2005 und 2006, Zukunftssicherung der Kreisgemeinschaft und Herausgabe eines neuen Heimatbuches.



ANGERAPP (DARKEHMEN)

Kreisvertreterin: Edeltraut Mai, Weißdornweg 8, 22926 Ahrensburg, Telefon (0 41 02) 82 33 00, Internet: www.angerapp.de

Jahreshaupttreffen der Angerapper – Am 20. und 21. Mai findet in unserer Patenstadt Mettmann das diesjährige Jahreshaupttreffen statt. die öffentliche Kreistagssitzung beginnt am 20. Mai, 15 Uhr, in der Neandertalhalle in Mettmann. Die Festveranstaltung findet am 21. Mai, 10 Uhr, ebenfalls in der Neandertalhalle statt. bei diesjährigen Haupttreffen muß turnusgemäß der Kreistag neu gewählt werden. Zum Kreistag wählbar sind alle Mitglieder der Kreisgemeinschaft Angerapp gemäß § 3 der Satzung, soweit diese das 21. Lebensjahr vollendet haben. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen der anwesenden stimmberechtigten Kreistagsmitglieder erhält. Das Vorschlagsrecht haben die Angehörigen der Kreisgemeinschaft, die Mitglieder des Kreisausschusses und des Kreistages. Der Wahlvorschlag muß enthalten: Namen, Vornamen, Geburtsdatum, Heimatanschrift und jetzige Anschrift des Kandidaten, sowie dessen Zustimmung, daß er im Falle seiner Wahl dieses Ehrenamt annimmt. Wahlvorschläge sind bis zum 10. Mai 2006 bei der Kreisvertreterin Edeltraut Mai, Weißendornweg 8, 22926 Ahrensburg, einzureichen. Um einen Überblick der Teilnehmerzahl zu unserem Treffen zu haben, bitten wir Sie, sich bei Eva Preuß, Fuldastraße 7, 40822 Mettmann (siehe Heimatbrief 2005 Anmeldekarte) umgehend anzumelden. Hotelreservierungen können über Eva Preuß, Telefon (0 21 04) 7 07 16 vorgenommen werden.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Dirk Bannick, Tel. (01 71) 5 27 27 14. Gst.: Wiebke Hoffmann, Peiner Weg 23, 25421 Pinneberg, Tel. (0 41 01) 2 23 53, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Heimatbrief – Wenn alles so gelingt, wie es geplant ist, dann erscheint der Heimatbrief pünktlich zum Pfingstfest. Unser Halbjahrbuch ist auch diesmal wieder recht umfangreich ausgefallen mit einem breit gefächerten Themenkreis, damit jeder Leser das findet, was ihn interessiert. Da ist zunächst der ausführliche Beitrag von Dr. Wulf D. Wagner über seine erfolgreiche Archivarbeit für unser neues Buchprojekt „Kreis Gerdauen“. Die von ihm eingesehenen sowie noch auszuwertenden umfangreichen Aktenbestände enthalten zahlreiche Angaben zu unseren Orten – von Abelischken bis Werschen – bis ins 19. Jahrhundert, mitunter ins – 20. Jahrhundert hinein. Dennoch ist der Architekturhistoriker Wagner auf Angaben von Wissensträgern und Familienforschern angewiesen – im Heimatbrief stellt er hierzu gezielt Fragen. 60 Jahre nach Flucht und Vertreibung nimmt das Thema Eingliederung und Integration einen gebührenden Raum ein und dokumentiert nicht nur die Schwierigkeiten jener Jahre. Im zweiten Teil über unser Pferdeland Ostpreußen widmet sich Hans-Hennig Plock-Sechserben mit einem fundierten Beitrag unseren Warmblutpferden, den Trakehnern, mit den großartigen Zuchterfolgen im Kreis Gerdauen. Im Kulturteil erscheint ein Beitrag über die beiden Gerdauener Theodor Gottlieb v. Hippel d. Ä. und seinen Neffen. Hier stellt sich auch Dr. Marianne Kopp als Referentin für den Lesungsnachmittag auf unserem Heimatkreistreffen in Hameln im September vor, mit ihrem Thema über Agnes Miegel als Dichterin der Heimat. Von Berichten über die Arbeit der Heimatkreisgemeinschaft, über interessante Beiträge aus unserer Heimat heute und zahlreiche Beiträge vom Leben auf dem Lande und in der Stadt spannt sich ein weiter Bogen bis hin zu verschiedensten Themen unter „Allgemeines“ und „Aktuelles“. Mehrere Seiten nehmen diesmal Raum ein für eine Nachfrage von unserem Kreiskarteiführer Walter Mogk, nach dem Verbleib von Landsleuten, wenn der Heimatbrief als unzustellbar zurück kam. Vielen Dank für Ihren Beitrag und Ihre Unterstützung, liebe Leser, bei der Erstellung eines informativen und unterhaltenden Heimatbriefes.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Georg Jenkner, Lenauweg 37, 32758 Detmold, Telefon (0 52 32) 8 88 26, Fax (0 52 32) 69 87 99, E-Mail: Georg.Jenkner@gmx.de

Einladung – Die Stadtvertreterin von Heiligenbeil Ursula Godzina, Grietgen-Haaks-Straße 4, 47877 Willich, Telefon (0 21 54) 73 44 lädt ein: Hallo, wir Heiligenbeiler (auch Land) treffen uns wieder einmal: am 13. Juni 2006 um 11 Uhr in Düsseldorf, um uns wiederzusehen. Hiermit möchte ich wieder an unser „Heiligenbeiler Treff“ erinnern. Ein halbes Jahr ist so schnell vorüber. Die Zeit wird für uns immer kürzer und irgendwann ist alles vorbei. Wir werden viel Neues aus unserer Heimat hören und erfahren. Wer möchte, kann auch selbst etwas vortragen, da gibt es viele Möglichkeiten. Vielleicht finden sich wieder ein paar neue Heimatfreunde ein, sie sind alle herzlich willkommen. Wir werden uns wieder im Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, treffen. Hier die Wegbeschreibung: Vom Bahnhof etwa zehn Minuten Fußweg, man geht vom Hauptausgang gerade über die Straßenbahnschienen hinweg, die Straße etwas nach links überqueren, dann bis zum Eingang vom Gerhart-Hauptmann-Haus, nun die drei Stufen hochgehen, rechts in der Ecke ist der Fahrstuhl. Sie fahren in die 4. Etage. Im Zimmer 412 ist unser Treffen. Wenn Sie Glück haben, sind schon einige da. Ich bin jedenfalls schon um 10 Uhr da. Wir haben sicher viel zu schabbern und zu plachandern.“



INSTERBURG

Geschäftsstelle: Telefon (0 21 51) 4 89 91, Fax (0 21 51) 49 11 41. Besuche nur nach vorheriger Terminvereinbarung. Altes Rathaus, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld

Busreise in die Heimat – Vom 15. bis 26. Juli, 12 Tage / 11 Übernachtungen (HP, DZ). Reiseroute: Darmstadt – Schneidemühl – Insterburg – Nidden – Danzig – Stettin – Darmstadt. Von Darmstadt über die BAB 5 / 7 nach Kassel und Braunschweig, über die BAB 2 nach Magdeburg – Berlin und zu den vereinbarten Zustiegsmöglichkeiten an den Autobahn-Raststätten. Weiter nach Schneidemühl, Insterburg und zum russisch-litauisch verwalteten Teil der Kurischen Nehrung nach Nidden. Von dort weiter nach Danzig und Stettin. Übernachtungen in Schneidemühl (1x), Insterburg (4x), Nidden (4x), Danzig (1x), Stettin (1x). Verlängerter Anmeldeschluß: 15. Mai 2006. Nähere Informationen bei Herbert Stoepel, Riedeselstraße 43 A, 64283 Darmstadt, Telefon und Fax (0 61 51) 66 61 67.

Konzert vom Chor Harmonie am 5. Mai 2006 – Der russische Chor Harmonie aus Insterburg (Tschernachowsk) ist bei uns zu Gast. Das Konzert findet in der Evangelischen Kirche Egelsbach statt. Beginn: 19.30 Uhr, Eintritt ist frei. Der Kammerchor tritt nun schon zum vierten Mal mit großem Erfolg in Egelsbach auf. Das Konzertprogramm des Chors Harmonie besteht aus geistlicher, klassischer und volkstümlicher Musik. Egelsbach ist mit der S-Bahn Linie 3 zu erreichen. Fußweg vom Bahnhof Egelsbach zur Evangelischen Kirche rund zehn Minuten.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (0 21 61) 89 56 77, Fax (0 21 61) 8 77 24. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Tel. (05 71) 4 62 97, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Kurzmitteilung der Orts- / Kirchspieltreffen in 2006 – Kirchspiele Postnicken und Schaaken am 22. und 23. April im Landhaus Waldeslust, Heerweg 16, in 32457 Porta-Westfalica. Koordinator: Manfred Schirmacher, Tulpenweg 2, 59192 Bergkamen-Overberge, Telefon und Fax (0 23 07) 8 76 28: Kirchspiel Gr. Ottenhagen am 22. und 23. April im Hotel Sonnenhof, in 36179 Weiterode bei Sontra. Anmeldung bei: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (0 21 61) 89 56 77, Fax (0 21 61) 8 77 24. Kirchspiel Löwenhagen am 20. und 21. Mai im Hotel Lindenhof, Bloherfelderstraße 210, Koordinator: Walter Perkuhn, Bloherfelderstraße 98a, 26129 Oldenburg, Telefon (04 41) 5 33 37. Ortstreffen Gr. Lindenau vom 25. – 28. Mai im Hotel Link, in 36205 Sontra, Anfragen an: Lieselotte Friedrich, Neue Straße 8, 17192 Groß Plasten, Telefon (3 99 34) 71 04. Ortstreffen Stangau vom 28. – 30. Mai im Hotel Grasshoff, Bremerstraße 83, 32425 Minden, Koordinator: Carl Mückenberger, Neißestraße 13, 32425 Minden. Kirchspieltreffen Borchersdorf 18. – 20. August, Hotel Waldfrieden, Weinbergstraße 25, 29456 Hitzacker, Koordinator: Erhard Reglitzky, Riekau 15, 29421 Dannenberg, Telefon (0 58 61) 86 79, Fax (0 58 61) 80 66 84. Ortstreffen Wickbold-Ludwigswalde am 26. und 27. August, im Fährhaus Kirschenland, 21635 Jork-Borstel, Wisch 9, Anmeldung bei: Brigitte Profé, Fohlenweg 13, 24539 Neumünster, Telefon und Fax (0 43 21) 8 23 14. Ortstreffen Palmburg und Arnau vom 1. bis 4. September im Kloster Medingen bei Bad Bevensen. Anmeldung bei: Martina Wolpers, Kannenhoferweg 2, 41066 Mönchengladbach, Telefon (0 21 61) 66 16 23.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Geschäftsstelle: Annelies Kelch, Luise-Hensel-Straße 50, 52066 Aachen. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Tel. (02 03) 2 83-21 51

Schultreffen – Ein Druckfehler hat sich die Ausgabe 14 geschlichen. Das Schultreffen der Ehemaligen der Ottokar-Volksschule aus Königsberg, Samitter Allee, findet vom **26. bis 29. Juni** im Ostheim in Bad Pyrmont statt. Informationen bei Heinz Plewkam, Neuer Achterkamp 38, 22927 Großhansdorf, Telefon (0 41 02) 6 16 78.

Museum Stadt Königsberg – Im Rahmen der traditionellen Kant-Vorträge spricht in diesem Jahr am Dienstag, 25. April 2006 um 19 Uhr im Museum Stadt Königsberg, Karmelplatz 5, Dr. Heike Baranzke, Universität Bochum, über das Thema: „Menschenwürde und heiliges Menschenleben bei Immanuel Kant“. Die Referentin wird dabei ausgehend von Kants Suiziderörterung auf aktuelle Fragen zum Thema eingehen. Ein Vortreffen an der Kanttafel muß in diesem Jahr wegen Baumaßnahmen am Rathausturm entfallen. Das Museum zeigt bis auf weiteres die Ausstellung: „750 Jahre Königsberg – Geschichte und Kultur einer europäischen Metropole“. Dazu ist die Wechselausstellung „Königsberger Demokraten“ zu besichtigen. Öffnungszeiten: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend 10 bis 17 Uhr, Freitag 10 bis 14 Uhr, Sonntag 10 bis 18 Uhr. Gruppen, die unser Museum besuchen wollen, bieten wir Führungen und Hilfe bei der weiteren Programmgestaltung (zum Beispiel Hafenrundfahrt und Mittagessen) an. Im Rahmen der Bürozeiten von Frau Fischer, Montag, Mittwoch, Freitag 9 bis 13 Uhr, ist auch unser Museumsladen geöffnet. Der nächste „Königsberger Bürgerbrief“ (Nr. 67) mit vielen reich bebilderten Artikeln zum alten Königsberg und mit Berichten und Bildern von heute erscheint im Juni 2006. Alle, die ihn noch nicht kennen, sollten ihn kennenlernen! Er beinhaltet auch viele geschichtliche und kulturelle Beiträge zur Gesamtgeschichte Ostpreußens. Der Bürgerbrief erscheint zweimal im Jahr mit je 96 Seiten und wird Ihnen gegen eine Spende zugeschickt. Anmeldung unter Telefon (02 03) 2 83 21 51 (Frau Fischer).

Ankündigung – Zwölftägige Busreise nach Königsberg und Nidden vom 27. Juli bis 7. August 2006. Abfahrt ab Duisburg, 6 Uhr, mit Zwischenübernachtung in Schneidemühl, Hotel Rodlo. Weiterfahrt nach Marienburg (Fotostop) und Braunsberg zur Grenze. Dort erwartet uns die russische Reiseleiterin Nadja. Wir übernach-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 14

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vors.: Jochen Zauner Geschäftsstelle: Parkallee 86, 20144 Hamburg, Tel. (0 40) 41 40 08 24, Fax (0 40) 41 40 08 48, E-Mail: knapstein@lm-ostpreussen.de

BJO-West – Sonnabend, 29. April, beteiligt sich der BJO-West auch in diesem Jahr an einem Umzug anläßlich des Maiabendfestes in Bochum. Es ist kein Karneval, trotzdem ist die Stimmung ähnlich und auch die Aufgeschlossenheit der zahlreich versammelten Menschen. Die Teilnehmer werben verkleidet als Elch für Ostpreußen. Anmeldungen: Raphael Schmelter, E-Mail: BJO-West@ostpreussen-info.de.

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonntag, 23. April, 9.20 Uhr, WDR5: Alte und Neue Heimat



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Amberg – Dienstag, 2. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Altstadthotel, Batteriegasse 2.

Augsburg – Sonnabend, 22. April, 14.30 Uhr, Treffen in den „Zirbelstuben“. Stadtrat Erwin Gerblinger, Mitarbeiter der LVA, referiert zum Thema: „Steuerpflicht für Renten, Rentenanpassungen“.

Bamberg – Der Kassenwart konnte seinen 70. Geburtstag feiern. Die Gruppe hat ihm sehr viel zu verdanken, da er dieses Ehrenamt seit rund 25 Jahren ausübt und das Vertrauen aller genießt. Eine gute Zukunft und Gesundheit und weiterhin das Engagement für die Heimat wünscht ihm seine Gruppe.

Fürstenfeldbruck – Freitag, 5. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Wirtshaus auf der Lände.

Landshut – Dienstag, 2. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Freyung „Haus der Heimat“, Residenz-Café.

Reutlingen – Sonnabend, 6. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Treffpunkt für Ältere, Gustav-Werner-Straße 6. Es beginnt mit einer fröhlichen Kaffeetafel. Das Orchester „Forum 2. Lebenshälfte“ (Leitung Lm. Sieren) sorgt für die nötige musikalische Begleitung und seine Solisten für gute Unterhaltung. Ilse Hunger wird über die Arbeit des neugewählten Vorstandes berichten. Helga Zais hat Frühlingsvorträge vorbereitet.

Starnberg – Sonnabend, 6. Mai, und Sonntag, 7. Mai, Landesdelegiertentagung in Erlangen.

Weiden – Ganz im Zeichen des bevorstehenden Osterfestes stand der Heimatnachmittag. Der 1. Vorsitzende Hans Poweleit konnte wieder eine große Schar von Mitgliedern und Gästen willkommen heißen. Die Kassiererin Ingrid Uschald gratulierte danach den Mitgliedern, die im April Geburtstag feiern können. Der 2. Vorsitzende Norbert Uschald lud zum Maibaumaufbau des Heimatrings am 1. Mai ein. Um 14 Uhr setzt sich der Festzug am Josef-Witt-Platz in Richtung Altes Eichamt in Bewegung. Dort findet nach der Aufstellung des Maibaumes bis 18 Uhr ein kulturelles Rahmenprogramm statt. Im Mai (9. Mai, 20 Uhr) findet in der Almhütten im Rahmen der Weidener Literaturtage ein Festabend des Heimatrings mit Albert Mühldorfer statt. Im Anschluß daran versuchen Anita und Norbert Uschald mit Frühlingsliedern das Frühjahr „herbeizuspielen“, worin sie von den Anwesenden mit Gesang unterstützt wurden. Ingrid Uschald trug eine heitere Geschichte über einen Streuselkuchen vor, Norbert Uschald die Gedichte „Frühjahrskur“ und „Ostermorgen“. Zum Schluß wurden die Landsleute noch mit Ostereiern und Schokolade beschenkt.



BREMEN

Vors.: Helmut Gutzeit, Tel. (04 21) 25 09 29, Fax (04 21) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (04 21) 51 06 03, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr

Bremerhaven – Weiberfastnacht stand für die Frauengruppe auf dem Programm. Nach dem Kaffeetrinken folgte die Verlesung der Geburtstage. Musikus Dieter spielte ein Geburtstagsständchen mit anschließendem Ehrentanz für die Geburtstagskinder. Brigitte v. Twistern erfreute mit einem Lied, wobei sie von Irmgard Poller auf dem Klavier begleitet wurde. Es wurden lustige Gedichte vorgetragen, unter anderem ein Vortrag in platt. „Oma Mette ...“. Nach etlichen Tänzen bekamen die originellsten Hüte Preise verliehen, und – wie das so üblich ist bei Weiberfastnacht – mußte Werner Wedell die Hälfte seiner Krawatte einbüßen. Der Karnevalsverein „Die Klabautermänner“ hatte seinen Vorsitzenden geschickt, der, obwohl Nicht-Ostpreuße, Witze in ostpreußischer Mundart erzählte. Dann kamen die „Klabautermänner“. Es folgte der Einzug der Funkenparade. Michelle und Marina sangen und tanzten flott und modern, das Tanzmariechen zeigte einen gekonnten akrobatischen Tanz in einem tollen Kostüm. Sie hatte sogar ihr vier Wochen altes Baby mitgebracht – alle Omas im Saal waren natürlich hell begeistert.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Tel./Fax. (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Sonntag, 21. Mai, 14 Uhr, Fahrt zur Dittchenbühne zum Besuch der Theateraufführung „der Strom“ von Max Halbe. Abfahrt des Busses ab Kirchenallee (Hauptbahnhof) 14 Uhr. Kaffeetrinken 16 Uhr, Theateraufführung 16 Uhr. Rückfahrt gegen 18.30 Uhr. Gesamtpreis einschließlich Kaffeetafel und Eintritt 25 Euro (ohne Busfahrt 15 Euro). Anmeldungen bei Lm. Bridszuhn, Telefon 6 93 35 20.

HEIMATKREISGRUPPEN

Insterburg – Freitag, 5. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Postkutsche“, Horner Land-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 13

Anzeigen

Herr, nun lässest du deinen Diener in Frieden fahren, wie du gesagt hast, denn meine Augen haben deinen Heiland gesehen. Lukas 2, 29

Fern seiner geliebten, unvergesslichen Heimat entschlief nach Gottes heiligem Rat und Willen mein innigst geliebter Mann, unser lieber treusorgender Papa, Schwiegervater und herzensguter Opa, lieber Bruder, Schwager, Vetter und Onkel

Hans Siegfried Hundrieser
Pastor i.R.
geb. 29. Juli 1917 in Nordenburg, Kr. Gerdauen
gest. 20. März 2006 in Baddeckenstedt

In Liebe und Dankbarkeit
Christel Hundrieser, geb. Schmidt
Christian, Michael, Johannes, Elisabeth, Renate, Klaus und Ilse mit Familien

38271 Baddeckenstedt, Am Rasteberg 1

Die Beerdigung fand am 25. März 2006 statt.



Mein lieber Ehemann, unser Vater und Opa

Klaus-Wolfgang Stritzel
* 12.08.1917 in Quednau/Königsberg
† 23.03.2006 in Hamburg

ist im Alter von 88 Jahren friedlich aus dem Leben geschieden.

Martha Stritzel, geb. Petersen
Reinhard, Franki und Matthias Stritzel
Manuel und Laura Stritzel

Die Urnenbeisetzung fand am 07.04.2006 im Familienkreise auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg statt.

Traueradresse: Matthias Stritzel, Lobuschstraße 12, 22765 Hamburg

---



Land der dunklen Wälder und kristallnen See'n über weite Felder lichte Wunder geh'n.

Ein langes Leben, immer mit der ostpreußischen Heimat verbunden, hat sich vollendet.

Gertrud Zabel
geb. Salesch
22. 7. 1911 Rastenburg
9. 3. 2006 Frankfurt/Oder

Die Töchter
Rosemarie, Helga, Karin, Ute

Wenn die Kraft zu Ende geht, ist Erlösung eine Gnade.

Lydia Steinbrück
geb. Rohmann

wurde im Alter von 88 Jahren aus der Zeit in die Ewigkeit abberufen.

In stiller Trauer:
Joachim und Margitta Steinbrück
mit Michael und Marc
Dennis und
Monja Henneberg, geb. Steinbrück
mit Lea und Ben
Heinz und
Hilde Wagenschwanz, geb. Rohmann
und alle Anverwandten

57074 Siegen-Bürbach, Obere Dorfstraße 30, den 10. April 2006

Die Beerdigung fand am Mittwoch, dem 12. April 2006, um 13.00 Uhr auf dem Friedhof in Siegen-Bürbach statt.

Die Musik war sein Leben!

Gerhard Thomas
geb. 16. 11. 1912 in Mohrungen/Ostpreußen
gest. 7. 3. 2006 in Leipzig/Schkeuditz

Es trauern mit der Familie
die Geschwister Gertrud, Erich, Elfriede, Hildegard

In Erinnerung bleibt die gemeinsame Zeit in unserer Heimat Mohrungen, Ostpreußen.

Was man tief in seinem Herzen besitzt kann man nicht verlieren. Goethe

Nach einem erfüllten Leben nahmen wir Abschied von unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Oma, Uroma, Schwägerin, Cousine und Tante

Emma Stankewitz
geb. Waldhof
* 20. November 1910 † 25. März 2006
aus Lenzendorf, Kr. Lyck

In stiller Trauer, Liebe und Dankbarkeit
Die Kinder
Christel, Edith, Herta, Heinz
mit Familien

Am Vogelsang 20, 50170 Kerpen-Buir

Die Beerdigung fand am 31. März 2006 statt.



Begrenzt ist das Leben, unendlich die Erinnerung.

Lucie Bach
geb. Gromball-Biegiethen
geb. 21. 5. 1914 gest. 22. 3. 2006

Unsere Mutter war der Mittelpunkt in der Familie. Großes Gottvertrauen, Fürsorge, Mut und Tapferkeit, zu jedermann hilfsbereit, so behalten wir Sie in unseren Herzen.

In Liebe und Dankbarkeit
Deine Töchter
Hildegard Gola, geb. Bach
Erika Bach
Verwandte und alle, die sie gern hatten

25725 Schafstedt, den 22. März 2006



Sein Leben war voller Schaffenskraft, an seiner Liebe, Lebensfreude und Kreativität ließ er uns alle teilhaben.

Gerhard Kamm
* 28. März 1910 Königsberg (Pr)
† 11. April 2006 Köln-Deutz

Nach kurzer schwerer Krankheit ist mein lieber Mann und lieber Vater sanft eingeschlafen.
Er wird für immer in unseren Herzen bleiben.

Waldtraut Kamm
Brigitte Höfermann, geb. Kamm

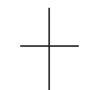
Die Trauerfeier fand statt am Dienstag, dem 18. April 2006, um 13.30 Uhr in der Trauerhalle des Deutzer Friedhofes, Köln-Poll, Rolshover Kirchweg.
Die Urnenbeisetzung findet später in aller Stille im engsten Familienkreis statt.

Traurig müssen wir Abschied nehmen von unserer geliebten Mutter, Schwiegermutter, Omi, Tante und Schwägerin

Helene Johanna Schmidtke
geb. Schumacher
* 1. November 1907 Ragnit, Ostpreußen
† 2. April 2006 Rülzheim

In Liebe und Dankbarkeit
Helmut und Ursula Schmidtke
Sabine und Holger Hans
Romana Illinger und Rainer Thiele
Erna und Ingrid Kledtke

Die Urnenbeisetzung fand am 12. April 2006 statt.



Wir wollen nicht trauern, dass wir sie verloren haben, wir sind dankbar dafür, dass sie immer bei uns und für uns da war.

Gertrud Bade
geb. Sachs
* 18. 2. 1922 † 3. 4. 2006

Wir vermissen sie sehr
in unseren Herzen hat sie ihren Platz
meine liebe Schwester – Gerda
unser liebes Mu-chen – Bini und Peter
unser liebes O-chen – Katja und Pietro
unsere liebe Tick Oma – Francesco und Paul

24116 Kiel, Nietzschestraße 2

Erna Henke
geb. Link, verw. Radtke
* 16. 8. 1915 Groß Nitkau
† 31. 3. 2006 Brunsbüttel

Im Namen der Familie
Peter und Bärbel Kaczor

---

straße 208. Gemütliches Beisammensein und Schabbern. – Dienstag, 9. Mai, Tagesausflug nach „Kalifornien“ an der Ostsee.

Heiligenbeil – Donnerstag, 25. Mai, 8 Uhr, Abfahrt zum Serengeti-Safari-Park in Hodenhagen. Der Preis pro Person beträgt 36 Euro, für Busfahrt, Safari-Bus, Eintritt und Mittagessen (2. Gerichte zur Auswahl). Die Abfahrt erfolgt um 8 Uhr von Harburg-Bahnhof, 8.30 Uhr vom Hamburg ZOB. Anmeldungen bis zum 23. Mai an K. Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60.

Osterode – Mittwoch, 17. Mai, 9 Uhr, Tagesausflug nach Fintel / Lüneburger Heide zu Spargelessen statt. Die Abfahrt erfolgt ab Hamburg ZOB. Im Euro-Dorf im holländischen Baustil wird man mit einem zweiten Frühstück empfangen. Nach der Führung gibt es ein Mittagessen, nachmittags Kaffee und Kuchen. Essen bis jeder satt wird, Trinken bis der Durst gelöscht ist. Preis alles inklusive 40 Euro pro Person. Anmeldungen an Marie-Louise Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (0 41 09) 90 14.

Sensburg – Sonntag, 23. April, 15 Uhr, gibt es Osterüberraschungen im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. – Sonnabend, 6. Mai, 15 Uhr, Treffen im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg.

BEZIRKSGRUPPEN

Billstedt – Dienstag, 2. Mai, 15 Uhr, Treffen im Restaurant „Für'n Appel und 'n Ei“, Möllner Landstr. 27, Billstedt (im Ärztehaus am Marktplatz). Die Treffen sind kultureller Natur (Heimatgeschichte, Literatur, Erlebniserzählungen, Plachandern, Ausflüge und anderes mehr). Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Annelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

Hamburg-Bergedorf – Freitag, 28. April, 15 Uhr, Treffen im Sozialen Zentrum, Ludwig-Rosenberg-Ring 47. Dort wird die Ausstellung „Der Weißstorch – Oadeboar in Ostpreußen“, auf 13 Bildtafeln im Gedichten und Gesichten gezeigt.

Hamm / Horn – Sonntag, 23. April, 14 Uhr, Frühlingsfeier im Seniorentreff, Am Gojenboom, neben dem U-Bahn Parkplatz Horner Rennbahn. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel mit selbstgebackenem Kuchen gibt es wieder Humor und Tanz mit Peter. Bitte bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Tischreservierung auf Wunsch bitte bei Siegfried und Gisela Czernitzki, Telefon 6 93 27 24.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 24. April, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88 (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Der Frühling soll mit Gesang begrüßt werden.



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Darmstadt – Sonnabend, 22. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ). Nach vorherige Kaffeetafel berichtet Reinhard Grütz über seine Erlebnisse in „Stasihaft“. – Die Heimatgruppe der Insterburger in Darmstadt bietet im Ostheim, Bad Pyrmont die siebte Seniorenfreizeit an. Kosten bei Vollpension (VP): 37 Euro pro Tag / Person im DZ, im EZ bei VP: 43 Euro pro Tag / Person. Die VP beinhaltet (Frühstück, Mittagessen, Abendessen) Nutzung eines eigenen Aufenthaltraumes, der Hausbibliothek, der Videothek und vieles mehr. Nach Rücksprache mit der Geschäftsführung wurde der Anmeldungstermin bis zum 15. Mai 2006 verlängert. Da bereits genügend Anfragen beziehungsweise Anzahlungen vorliegen, war dies möglich. Anmeldungen an Herbert Stoepel, Riedesekstraße 43 a, 64283 Darmstadt, Telefon und Fax (0 61 51) 66 61 67.

Frankfurt / Main – Donnerstag, 27. April, 14 Uhr, Plachandernachmittag im Haus der Heimat, Porthstraße 10.

Gelnhausen – Die Vorsitzende, Margot Noll, begrüßte alle zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahl und eröffnete die Wahl. Als Wahlleiter wurde Eberhard Traum bestimmt. Helmut Goebel gedachte der Toten. Die Vorsitzende berichtete über ihre Tätigkeit in der vergangenen Amtszeit. Dora Stark berichtete über den Stand der Kasse, den sie geprüft hatte, in voller Ordnung bestätigte und um die Entlastung des Kassierers bat. So lief alles ab, wie üblich bei jeder Neuwahl. Als neuer Vorstand wurde einstimmig gewählt, wiedergewählt, außer der 1. Schriftführerin, Elisabeth Kröhne, die nach 20jähriger Tätigkeit das Amt in jüngere erfahrene Hände geben konnte. Der Schriftsteller Eberhard Traum konnte als neuer Schriftführer gewonnen werden. Weiter wurden fünf neue Beisitzer gewählt die den Vorstand unterstützen wollen und so wird die Arbeit der Gruppe fortgesetzt werden können. Alle versprachen nach bestem Wissen mitarbeiten zu wollen. Margot Noll bedankte sich bei den Vorstandsmitgliedern für die harmonische Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. anschließend wurde Grützwurst mit Sauerkraut serviert.

Kassel – Dienstag, 2. Mai, 15 Uhr, Treffen im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Gerhard Landau gestaltet den Nachmittag mit einer „Liebeserklärung an Ost- und Westpreußen“. – Der stellvertretende Vorsitzende Hermann Opiolla leitete das Treffen. Ruth Barthel hatte aufgrund einer Erkrankung (Januar) ihren damals geplanten Vortrag „Die sieben ostpreußischen Winter“ verschieben müssen und änderten nun der Jahreszeit entsprechend das Thema. Mit Gedichten und Geschichten begrüßte sie den Frühling. Besinnliche und lustige Vorträge, zum Teil in ostpreußisch Platt, wechselten einander ab. Dazwischen sangen alle gemeinsam bekannte Frühlingslieder. Als Abschluß las Frau Barthel ein westpreußisches Gedicht „Lied der Tucheler Heide“ von Erich Post.



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Telefon (0 51 36) 43 84

Bezirksgruppe Lüneburg – Der Vorsitzende Manfred Kirrinnis begrüßte die Delegierten und Leiterinnen der örtlichen Frauengruppen zur Jahreshauptversammlung. Die Leiterin der Frauenkreise, Ute Plettau, nahm die Totenehrung vor. Nach Erledigung der Formalitäten würdigte der Vorsitzende in seinem Bericht die Ansprache des Sprechers auf dem Deutschlandtreffen 2005 in Berlin. Er berichtete ferner über seine Teilnehmer an einer Veranstaltung der „Gemeinschaft Evangelischer Ostpreußen“. Ebenfalls gewürdigt wurde der 750. Jahresfestakt für Königsberg in der Bayerischen Vertretung in Berlin. Das Strukturreform-Vorhaben (der Landesgruppen) – vorgelegt zur Ostpreußischen Landesvertretung – wurde lebhaft diskutiert. Nach dem Bericht des Kassenwartes Walter Osten und dem Kassenprüfungsbericht durch Regina Tödter wurde dem Vorstand auf Antrag Entlastung erteilt. Danach diskutierte die Versammlung über Möglichkeiten günstiger Veranstaltungsorte, sowie der Zusammenarbeit mit anderen Gruppen. Im kulturellen Teil berichtete der Stellvertretende Vorsitzende Bernhard Knapstein über aktuelle vertriebenenpolitische Themen und las im Vorgriff auf das Sudermann Jahr 2007 aus den Studentenerinnerungen des ostpreußischen Dramaturgen.

Buxtehude – Dienstag, 2. Mai, Stadtbibliothek, Fischerstraße 2, Tatjana Gräfin Dönhoff ließ aus ihrem Buch „Weit ist der Weg nach Westen“. Musikalische Umrahmung: Vassilij Petrov. Eintritt: 8 Euro, Jugendliche 5 Euro.

Celle – Kürzlich fand die Jahreshauptversammlung der Gruppe statt, zu der der Vorsitzende, Manfred Kirrinnis, wieder zahlreiche Mitglieder und Gäste begrüßen konnte, darunter auch Bernhard Knapstein, Referent in der Bundesgeschäftsstelle der LO. In der Totenehrung wurde den verstorbenen Mitgliedern des letzten Jahres gedacht. Manfred Kirrinnis ging im Tätigkeitsbericht auf die örtlichen und überörtlichen Veranstaltungen des abgelaufenen Jahres ein. Für die organisatorische Vorbereitung der Jahreshauptversammlung dankte er dem Mitarbeiterkreis unter der Leitung von Roland Schluff und Rita Schluff. Für über 20jährige Mitgliedschaft in der Gruppe überreichte der Vorsitzende eine Treueurkunde an Hildegard Behrend und Ilse Quade. Ebenfalls über 20 Jahre Mitglied sind Dr. Hans-Dietrich Saager, Anneliese Scheibner und Elisabeth Steinberg, die aber leider nicht anwesend sein konnten. Den Kassenbericht las Schatzmeisterin Monika Jepp vor. Der dazu gehörige Kassenprüfungsbericht wurde von Gabriele Josat vorgetragen. Da es keine Beanstandungen zu vermelden gab, wurde der Vorstand sodann entlastet. Bei den Neuwahlen wurden der Stellvertretende Vorsitzende, Uwe Jäckel, die Schatzmeisterin, Monika Jepp, und Kassenprüferin, Gabriele Josat, wieder gewählt. Bis zur Jahreshauptversammlung im nächsten Jahr dauert noch die Amtszeit des Vorsitzenden, Manfred Kirrinnis, der Schriftführerin, Rita Schluff, und der Kassenprüferinnen, Frieda Linsel und Erika Ogiermann an. Unter dem Punkt Vorhaben für das Jahr 2006 präsentierte der Stellvertretende Vorsitzende, Uwe Jäckel, die geplante Tagesfahrt zum Heinz-Sielmann-Erlebniszentrum nach Duderstadt und die Halbtagesfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg. Im kulturellen Teil be-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 14

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

richtete Bernhard Knapstein über die Entwicklung in Königsberg ab dem Jahr 2000.

Osnabrück – Mittwoch, 3. Mai, 8 Uhr, Abfahrt ab Gerichtsgebäude Kollegienwall nach Minden (Preußenmuseum). Anmeldungen bei Marianne Regier, Telefon 1 41 26. – Vom 21. bis 30. August findet die Urlaubsfahrt in die alte Römerstadt Weißenburg in Bayern statt. Auf dem Programm steht der Besuch des Kulturzentrums Schloß Ellingen sowie der Städte Regensburg, Nürnberg, Eichstätt und Dinkelsbühl. Anmeldungen nehmen sofort Xenia Sensfuß, Telefon 43 07 51 und Gertrud Franke, Telefon 6 74 79, entgegen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Donnerstag, 4. Mai, 15 Uhr, Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt, Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Düsseldorf – Mittwoch, 3. Mai, 15 Uhr, Ostdeutsche Stickerei im Zwischengeschoß des GHH. – Donnerstag, 4. Mai, 15 Uhr, Literarischer Film „der Biberpelz“, nach einer Erzählung von Gerhart Hauptmann, Eichendorff-Saal, GHH.

Essen – Nachruf auf Herrn Heinz Wittkat. Ein unermüdlicher Freund und Kämpfer für die Anliegen der Vertriebenen und Flüchtlinge, Heinz Wittkat, ist im Alter von 86 Jahren in Essen gestorben. Seiner Heimat Ostpreußen und der Heimat aller Vertriebenen hat er sein Leben in vielfacher Arbeit gewidmet. Hier in Essen jahrelang und unermüdlich, sowohl als Kreisvorsitzender des BdV-Essen als auch als Kreisvorsitzender der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen. Er hat wesentlich dazu beigetragen, daß die Kreisgruppe der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen in Essen noch heute besteht. Der Ratsausschuß für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen im Rat der Stadt Essen, dessen Vorsitzender er mehrere Jahre war, ist von ihm umsichtig geleitet worden und der den durch Wahlen entstandenen neuen Machtkonstellation zum Opfer gefallen ist. Die Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Ortelsburg im Saalbau in Essen sind von ihm in den Jahren, in denen diese in Essen stattgefunden haben, in verantwortlicher Weise mitgestaltet worden. Neben der landsmannschaftlichen Arbeit in Essen hat er in der Kreisgemeinschaft Angerapp – er stammt aus Klein Angerapp – viele Jahre das Anliegen der Ostpreußen im Kreisausschuß und Kreistag mitgestaltet. Die Landesgruppe Nordrhein Westfalen, hat ihn mit allen Ehrenzeichen für seine Arbeit geehrt. Heinz Wittkat hat seine für die ostpreußische und ostdeutsche Heimat übernommenen Aufgaben gewissenhaft und pflichtbewußt erfüllt. Er wird immer ein Vorbild sein im Kampf um das Menschenrecht auf Heimat und in der Ausübung der Aufgaben zur Erhaltung des ostdeutschen Kulturgutes. Für alles Geleistete und für seine große Treue zur ostpreußischen Heimat dankt ihm die Kreisgruppe Essen der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen.

Gütersloh – Sonntag, 7. Mai, 8 Uhr, Jahreswallfahrt nach Werl. Im Bus stehen lediglich 30 Plätze zur Verfügung. Informationen zu den Abfahrtzeiten und Haltestellen bei Josef Block, Telefon 3 48 41. Fahrpreis: 12 Euro pro Person.

Köln – Dienstag, 2. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Kolpinghaus International, Helenenstraße 32 / St. Apernstraße. Marianne Neuman hält einen Diavortrag: „Die Ostseeküste zwischen Weichsel und Baltikum“. Anmeldungen beim Vorstand oder Taruttis, Telefon (02 21) 79 16 16.

Leverkusen – Sonnabend, 6. Mai, traditionelles Blumenfest der Gruppe mit Wahl der Blumenkönigin nach altem, überlieferten Brauch. Mitgestalter dieser Feier ist der Chor Heimatmelodie (Leitung Max Murawski), die Tanzgruppe „Die flotten Marjellchen und Bowkes“ (Leitung Christa Mehlmann), die Laiengruppe (Leitung Hedwig Zentek) mit Überraschungskünstlern. Das Programm gestaltet die Kulturreferentin der Gruppe. Gäste sind willkommen. Anmeldung bei Frau Pelka, Telefon (02 14) 9 57 63.

Mönchengladbach – Die Frauengruppe trifft sich jeden 1. Montag im Monat, 15 Uhr, im Lokal Bürgerklause.

Neustadt a. d. W. – Sonnabend, 6. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26. Unter der Leitung von Lm. Waschkowski „plachandern wie to Hus“. Wer bereit ist, kann selbst eine kleine Geschichte vortragen.

Neuss – Sonntag, 30. April, 15 Uhr, traditionelles Frühlingsfest im Marienhaus Neuss, Kapitelstraße 36, Einlaß: 14 Uhr. Mit Kaffee und Kuchen, ostpreußischen Spezialitäten, Tanz und Wahl einer Maikönigin sowie einer großen Tombola und Aufführungen einer Jugendtanzgruppe wird das Fest gestaltet. Die Veranstaltung ist öffentlich.

Wesel – Donnerstag, 27. April, Treffen der Frauengruppe in der Heimatstube. – Der 1. Vorsitzende Kurt Koslowski konnte in der frühlingshaft ausgeschmückten Heimatstube viele Landsleute, Gäste und Heimatfreunde begrüßen. In einem großen Bogen umriß er das Frühlingserwachen in Flur, Wald und Feld. Der Singkreis der Gruppe tat ein übriges um dem Frühling ein Ständchen zu bringen. In ihren Gedichtbeiträgen ließen Irma Lauchmichel und Getrud Zuch den Frühling einmarschieren. Die Leiterin der Frauengruppe, Waltraut Koslowski, ließ sogar in Erzählungen die Schneeglöckchen „läuten“ und das Storchenland Ostpreußen wurde ausführlich geschildert. Die Mundharmonika-Gruppe forderte alle kräftig zum Mitsingen aus. Mit der ostpreußischen Speisekarte lud Waltraut Koslowski zum traditionellen Grützwurstessen mit selbstgemachten Kumst ein, das sich alle gut schmecken ließen. Mit einem anschließenden gemütlichen Beisammensein endete das Frühlingsfest.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Kaiserslautern – Sonnabend, 6. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20.

Ludwigshafen – Donnerstag, 4. Mai, 15 Uhr, Muttertagsfeier mit Kaffee und Kuchen im Haus der Arbeiterwohlfahrt, Forsterstraße, Ludwigshafen-Gartenstadt.

SACHSEN

Vors.: Erwin Kühnappel, Hauptstraße 147 c, 09569 Gahlenz, Telefon (03 72 92) 2 20 35, Fax (03 72 92) 2 18 26. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag, 9 bis 16 Uhr

Landesgruppe – 74 Delegierte aus allen Landesteilen waren zur Landesdelegiertenversammlung mit Neuwahl gekommen. Der Landesvorsitzende Erwin Kühnappel begrüßte alle Landsleute und Ehrengäste. Ehrengäste waren unter anderem Andreas Grapatin (MdL, CDU) und Kai Hähner (JU-Chemnitz). Anschließend übergab Lm. Kühnappel das Wort an den Tagungsleiter Heinz Sawatzki. Die Totenehrung wurde von Lilo Helbig und Hannelore Kedzierski vorgetragen. Die übermittelten Grußworte verlas Dora Arnold. Es wurde in den Rechenschaftsberichten Bilanz gezogen. So führte der Landesvorstand 15 Beratungen und zwölf weitere Vorstandsberatungen mit allen Vorsitzenden der Gruppen durch. Es wurden Aufgaben und Ergebnisse diskutiert und Maßnahmen für die weitere Arbeit festgelegt. Aus Liebe zur Heimat wird alles getan, daß Geschichte, Kultur und Brauchtum der Nachwelt erhalten bleibt. Zum „Tag der Heimat“ in Berlin war der Landesvorsitzende mit Mitgliedern des Vorstandes angereist. Zu den Feierlichkeiten zum 200. Todestag von Kant war Erwin Kühnappel mit einer Delegation nach Berlin gereist. An den Beratungen der LO im Ostheim nahm der Vorsitzende regelmäßig teil. Die Landesgruppe zeichnete in der letzten Legislaturperiode mit dem Kulturpreis für hervorragende Leistungen zur Erhaltung von Kultur und Brauchtum folgende Landsleute aus: Elfriede Rick, Irmgard Gläser, Ruth Baumgart und Kurz Weihe. In der Zeit vom 12. bis 18. Juni wurde eine Reise nach Königsberg unternommen, mit dabei waren Mitglieder der Jungen Union Chemnitz. Durch weitere Reisen des Landesvorstandes in die anderen Vertreibungsgebiete wurde die Zusammengehörigkeit der Landsleute gefestigt. Im Jahr 2005 feierten die Landsleute in Sachsen „750 Jahre Königsberg“. Dazu konnten viele Ehrengäste begrüßt werden, so zum Beispiel Herr Nitzsche (MdB-CDU), Dr. Hähle (MdL, Fraktionsvorsitzender der CDU), Anneliese Franz (Ehrenvorsitzende Hessen), Herr Schmunz (Landesvorsitzender Thüringen) und Horst Haut (Landesvorsitzender Brandenburg) sowie eine Delegation der JU. Das Kulturprogramm wurde vom „Chor Lied der Heimat“ aus Leipzig gestaltet. Dora Arnold legte Rechenschaft über die Frauenarbeit ab. Das Thema der 2. Landesfrauenkonferenz (LFK) lautet „Bräuche und Bernstein“. Dozenten waren: Uta Lüttich, die mit Bräuchen Ostpreußens durch das Jahr geleitete, sowie D. Arnold, die zum Thema „Bernstein – das Gold der Ostsee“ referierte und eine Ausstellung zeigte. Die 3. LFK thematisierte „Westpreußen und die Bombennächte in Königsberg“. Referenten waren Sybille Dreher und Elisabeth Schulz-Semrau. Jedes Jahr im März lädt Dora Arnold die aktiven Frauen der Landesgruppe ein und referiert über berühmte Ostpreußen. Die Arbeit mit der jungen Generation kann positiv bewertet werden. Es ist der Landesgruppe gelungen, den Geschichtsunterricht zum Thema Zweiter Weltkrieg aktiv zu unterstützen. So wurde vor drei Klassen, jeweils 25 Schüler, der 10. Klassen Zeitzeugenberichte von Landsleuten vorgetragen. Hannelore Kedzierski liegt diese Arbeit sehr am Herzen. Dietlinde Böhm, erstatte den Finanzbericht. Gisela Lossack verlas den Bericht der Revisionskommission. In beiden Berichten kam die solide Haushaltsführung zum Ausdruck. Nach den Berichten wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Die Kandidaten des neuen Vorstandes stellten sich vor. Es folgte die Wahl: Erwin Kühnappel wurde zum Landesvorsitzenden wiedergewählt. Weiterhin wiedergewählt wurden: Dora Arnold, Heinz Sawatzki (Stellvertreter); Renate Seidel (Schatzmeisterin); Hannelore Kedzierski (Landesschriftführerin und Kulturbeauftragte). Dietlinde Böhme wurde vom alten Vorstand verabschiedet und schied aus. Beisitzer wurden –Hartmut Rockel, Helmut Samoleit und Volker Schmidt. Für die Revisionskommission wurden gewählt: Dietlinde Böhm, Gisela Lossack und Edith Wellnitz. Kühnappel bedankte sich für das entgegengebrachte Vertrauen und sprach Christine Altermann seinen Dank aus, dabei wies er darauf hin das die Maßnahme der Arbeitsagentur Ende März 2006 auslief. Die Tagung zeigte, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl und das Engagement für die Heimat gute Voraussetzungen sind, kommende Aufgaben zu bewältigen. Anschließend erfreute der „Männerchor Venusberg“ die Anwesenden mit Heimatliedern und Rezitationen.

Chemnitz – Sonnabend, 6. Mai, 11 Uhr, „Sommerfest am preußischen Hof“ im „Platner Hof“. Anmeldungen an Gertrud Altermann, Rosa-Luxenburg-Straße 1 A, 09126 Chemnitz, Telefon (03 71) 5 80 60.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Aschersleben – Mittwoch, 3. Mai, 14 Uhr, Handarbeits-Frauennachmittag im „Bestehornhaus“, Zimmer 6.

Gardelegen – Sonnabend, 6. Mai, 14 Uhr, „Tag der Vertriebenen“ im „Wieseneck“, Winterfeld. Veranstalter ist der BdV.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Bad Schwartau – Zu einer Sondervorstellung lud die „Dittchenbühne“ Mitglieder und Freunde der Gruppe ein. Mit der Komödie „Die Patrioten“ von Petras Vaiciunas (1890 bis 1959), die in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen spielt, zeichnete der Autor ein kritische Bild der damaligen „Höheren Gesellschaft“. 55 Mitglieder und Gäste waren zu diesem Nachmittag erschienen, der mit einem „Schmandschinken-Essen“ begann, welches nach dem Nachtisch mit einem „Verteiler“ abgerundet wurde. So gestärkt genossen dann alle das Ränkespiel um Unmoral, Politik und Macht.

Malente – Dienstag, 2. Mai, 15.30 Uhr, Café Raven, Janusallee 16. Die Germanistin Albina Beljaewa liest aus ihrem Buch „Blick in die Vergangenheit der Kurischen Nehrung“. Der Eintritt ist frei.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung

ten fünfmal im Hotel Kaliningrad (Königsberg). Es sind Rundfahrten nach Waldau und Arnau (dort Besichtigung der Arbeiten an der Katharinenkirche, gegebenenfalls kann der Kirchturm bestiegen werden), Heiligenwalde und Pillau geplant. Die Russische Marine veranstaltet Vorführungen mit Schiffen und Flugzeugen. Am 31. Juli folgen Ausflüge nach Rauschen und Palmnicken. 1. August, Tag zur freien Verfügung. 2. August, erfolgt die Weiterreise zur Kurischen Nehrung und nach Nidden. Dort übernachten wir dreimal und besichtigen das Meeresmuseum und unternehmen eine Stadtrundfahrt in Memel und weitere Rundfahrten. 5. August, Rückreise über Königsberg, Richtung Elbing über Frauenburg (Fotostopp), Tolkemit nach Elbing. 6. August, Weiterreise nach Danzig, Richtung Stettin. Übernachtung im Hotel Panorama. Montag, 7. August, Heimreise auf der Strecke der Hinreise. Zusteigemöglichkeiten auf der Hinreise: Bochum Hauptbahnhof und nach Vereinbarung entlang der A 2. Preis bei 38 Teilnehmern und HP / Person: 820 Euro, plus 95 Euro für Doppelvisa. Die Einreise kostet 5,50 Euro zuzüglich Nehrungsgebühr 50 Euro, EZ-Zuschlag 190 Euro. Weitere Informationen erhalten Sie bei Willi Skulimma, Oranienstraße 4, 47051 Duisburg, Telefon (02 03) 33 57 46.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (0 22 25) 51 80, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg

„Lycker Woche“ in Nettetal / Niederrhein – Die Partnerstadt von Lyck, Nettetal am Niederrhein, veranstaltet in der Zeit vom 5. bis 8. Mai 2006 eine „Lycker Woche“. Die Eröffnung der „Lycker Woche“ findet am Freitag, 5. Mai, 13.30 Uhr, im Rathaus Nettetal-Lobberich statt. Kreisvertreter Gerd Bandilla und weitere Kreisausschußmitglieder werden anwesend sein. Die Stadt Nettetal erwartet etwas 150 polnische Gäste. Neben Musik- und Sportdarbietungen präsentieren sich die Stadt Lyck mit Kunsthandwerk sowie touristischen und kulinarischen Attraktionen. Alle deutschen Lycker, insbesondere die, die in Nordrhein-Westfalen wohnen, werden gebeten, soweit es ihnen möglich ist, am 5. Mai nach Nettetal zu kommen. Sie sind jedenfalls von unseren polnischen Freunden herzlich eingeladen.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (0 43 81) 43 66, Dorfstraße 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (02 81) 2 69 50

Ausflug – Unsere nächste Busfahrt nach Rastenburg findet vom 20. bis 28. Mai 2006 statt. Informationen und Anmeldungen bei Christel Ewert in der Geschäftsstelle Wesel, Telefon (0281) 26950, Dienstag und Freitag von 8 bis 12 Uhr.

50 Jahre Patenschaft Kreis Wesel – Kreis Rastenburg – Unser Jubiläumstreffen findet am 19. und 20. August 2006 in unserer Patenstadt Wesel in der Niederrheinhalle statt. Den Termin bitte einplanen und weitersagen. Am Sonnabend-Nachmittag wird Arno Surminski aus seinen Büchern lesen. Die Lesung wird musikalisch umrahmt werden.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstraße 9, 32602 Vlotho, Telefon (0 57 33) 55 85. Geschäftsstelle: In der Stadtverwaltung Remscheid, Nordstraße 74, 42849 Remscheid, Telefon (0 21 91) 16 37 18

Kirchspieltreffen Schmidtsdorf muß ausfallen – Peter Just, Vertreter des Kirchspiels Schmitsdorf, teilt mit, daß das für den 29. April 2006 geplante Kirchspieltreffen leider ausfallen muß. Erst jetzt wurde bekannt, daß das Schützenheim in Schwerte, in dem das Treffen stattfinden sollte, geschlossen hat. Leider war es nicht möglich, in der Kürze der Zeit ein anderes für das Treffen geeignetes Lokal ausfindig zu machen, so daß die Schmidtsdorfer sich erst im kommenden Jahr wieder Treffen können.



WEHLAU

Kreisvertreter: Joachim Rudat, Telefon (0 41 22) 87 65, Klinkerstraße 14, 25436 Moorrege

Hans Schlender erhielt Goldenes Ehrenzeichen – Anläßlich der Tagung der ostpreußischen Kreisvertreter wurde Hans Schlender, stellvertretender Kreisvertreter und 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Wehlau, von Wilhelm v. Gottberg, dem Sprecher der LO, mit dem Goldenen Ehrenzeichen ausgezeichnet. Diese hohe Auszeichnung wird nur selten und für besondere Verdienste verliehen. Der Vorstand und die Mitglieder des Kreistages gratulieren Hans Schlender ganz herzlich zu dieser lang verdienten Ehrung. Eine Würdigung seiner Verdienste ist bereits mit der Laudatio erfolgt, die in der Folge 11 der *PAZ/OB* erschienen ist.

Sonderreise nach Königsberg und nach Wehlau – Vom 16. bis 25. Juni findet wieder eine Busreise in die Heimat statt. Von Bochum über Hannover, Hamburg, Bernau, mit Übernachtung in Schneidemühl, geht die Fahrt über Marienburg, Braunsberg, Heiligenbeil nach Königsberg. Für die Tage des dortigen Aufenthalts wohnt man in dem vorzüglichen Hotel Moskwa. Vorgesehen sind Stadtrundfahrten, Ausflüge nach Cranz und zur Kurischen Nehrung, nach Tapiau, Wehlau, über Labiau nach Tilsit, Ragnit, Georgenburg und Insterburg. Es geht auch an die Samlandküste über Rauschen nach Palmnicken und Germau. Ein Tag in Königsberg steht zur freien Verfügung, so daß Einzelfahrten per Taxis in die Heimatorte möglich sind. Am Freitag, 23. Juni, Abreise aus Königsberg und Fahrt über Braunsberg auf der Haffuferstraße nach Frauenburg, Tolkemit, Elbing, Oberländischer Kanal nach Marienburg (Besichtigung). Übernachtung in einem Danziger Hotel. Morgens Abreise nach Oliva und Besichtigung des Doms. Weiterreise durch das Lauenburger Land, über Stolp und Köslin nach Stettin. Abendessen und Übernachtung im Hotel Radisson. Am Sonntag, 25. Juni, Rückreise auf der Strecke der Hinreise. Weitere Einzelheiten können Sie dem Wehlauer Heimatbrief der Folge 74 entnehmen. Noch sind Anmeldungen möglich; Sie sollten sich aber bald entscheiden. Anmeldungen an: Hans Schlender, Redaktion Wehlauer Heimatbrief, Schellingstraße 100, 22089 Hamburg, Telefon (0 40) 20 97 67 35, Fax (0 40) 20 97 30 80.

Deutsche Werte in den Orkus gekippt

Betr.: „Unwort des Jahres: Migrationshintergrund“ (Nr. 14)

Die bemängelten Verhältnisse an Schulen sind doch nicht das Problem, sondern allenfalls das Symptom einer hirnkranken 68er Meute mitsamt ihren Begleiterscheinungen. Erst hat man alle Ausländer grundsätzlich und ex kathedra unter Naturschutz gestellt, dann wurden die deutschen Werte klanglos in den Orkus gekippt. Jede staatliche Kontrolle bei Ausländern wurde tunlichst vermieden, und die Politiker überschlugen sich, wenn es darum ging, sich bei allen unchristlichen und antideutschen Zeremonien mit Spendenschecks aus Steuergeldern und sonstigen Dreingaben pressewirksam in Pose zu setzen.

Resümierend stellt sich die Frage, ob diese schwer erkrankte BRD noch gesunden kann? Meiner Meinung nach ist das nur möglich, wenn der Staat seine Schwindsucht verursachende Lebensweise sofort und radikal umstellt und von Stund an wieder auf höchste geistige und körperliche Hygiene bedacht ist. Und diese Lebensumstellung muß alle und jede einzelne Körperzelle betreffen!

Gerald Franz, Bonn

Großartiges Buch über Masuren

Betr.: „Von Ostpreußen nach Deutschland?“

Buchempfehlung für Ostpreußen und solche, die es werden wollen, sowie auch für Deutsche, welche die junge Generation ansprechen möchten!

Ein großartiges Buch über Masuren, das heißt über Ostpreußen, ist ein wenig in Vergessenheit geraten: „Von Masuren an den Rhein“ von Gerd-Helmut Komossa (2003) für 24,95 Euro.

Der Autor, ein masurischer Jung, schildert seine Jugend in Hohenstein / Ostpreußen, sein Leben im Krieg als Soldat, in Gefangenschaft in Tilsit und schließlich in der Bundeswehr, wo er wunderbarerweise als Ostpreuße Generalmajor und Leiter des Militärischen Abschirmdienstes wurde. Seine detaillierte Auseinandersetzung mit der Wehrmachtsausstellung kann dazu beitragen, die nachträgliche Kriminalisierung der deutschen Wehrmacht, die im Nürnberger Prozeß angeklagt war, aber nicht schuldig gesprochen wurde, abzuwehren. Ein Buch voller Abenteuer von einst bis jetzt. Garantie: Wer von dem Buch enttäuscht ist und es mir unbeschädigt zusendet, erhält den Kaufpreis zurückerstattet!

Dr. Günter Brilla, Bonn

Erhalt ist Gebot der Stunde

Betr.: „Rettung für die ‚Ännchen-Kirche“ (Nr. 8)

Der Redaktion ist sehr dafür zu danken, daß sie nach den verwirrenden Leserbriefen das Thema aufgegriffen und einen recherchierten Bericht über Entwicklung und aktuellen Sachstand der Bemühungen gebracht hat, die „Ännchen-Kirche“ in Tharau vor dem endgültigen Verfall zu bewahren. Leserbriefautor Beyer, Dresden, hat mit seinem skeptischen Hinweis ja recht, daß es in Tharau heute keine christliche Gemeinde gibt und daß die Evangelische Kirche im Gebiet das Bauwerk oder besser dessen Reste deshalb nicht übernehmen und retten kann.

Um so dringender aber erscheint es, jenseits von Tharau und zum entscheidenden Teil sogar jenseits des Königsberger Gebietes eine „Gemeinde“ zu sammeln, die sich des bekannten Bauwerks — über die gegenwärtig laufende „Notsanierung“ hinaus — als bleibendes Symbol, wie Leserbriefschreiber Dr. Wittmeier fordert, und als Erinnerungsort annimmt. Insofern ist es bedauerlich, daß zum Beispiel der „Ännchen-Verein“ von Frau Ehlermann-Moldenhauer zwar den Namen — ausdrücklich mit dem Zusatz „von Tharau“ — für sich in Anspruch nimmt, aber bei dem Aufbauwerk vor Ort bis heute abseits steht. Es war gewiß äußerst verdienstvoll, den Ännchenbrunnen in Memel wieder zu errichten, der seitdem ein Touristenmagnet in der alten Hafenstadt an der Dange ist. Aber das ist anderthalb Jahrzehnte her. Heute ist eine Konzentration der Kräfte auf die Erhaltung von „Ännchens Kirche“ das Gebot der Stunde. Alle sind aufgerufen, dabei mitzutun.

Hans-Günther Parplies, Bonn



Tharau: Das Elternhaus des durch Simon Dach berühmt gewordenen Ännchen von Tharau

Rettet die *PAZ*

Betr.: PAZ

Alle Leser sind mit der *PAZ* zufrieden, vielleicht sogar mehr als nur zufrieden. Stellen Sie sich vor, dieses vorzügliche Blatt würde ein Opfer des Zeitungssterbens werden. Einer Katastrophe käme dies gleich.

Wie wäre es, wenn jeder Leser der guten Sache wegen einmal im Jahr einen Abonnenten wirbt. Dann wäre der Bestand gesichert.

Dr. Ferdinand v. Pfeffer, Lünen

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Die alte Kirche war in Tharau verbindendes Element

Betr.: „Rettung für die ‚Ännchen‘-Kirche“ (Nr. 8)

Tharau – der Name hat einen vertrauten Klang. Mit diesem Ort verbindet uns die Erinnerung an unsere ostpreußische Heimat in besonderem Maße.

Herrn Schubbe sei Dank dafür, daß er Schwierigkeiten und Fortschritte bei der Arbeit zum Erhalt der ehrwürdigen Ordenskirche schildert. Gewiß, die Kirche ist nicht zuletzt auch durch das beliebte Volkslied weithin bekannt.

Von nicht minderem Interesse ist aber auch das Leben in Gut und Dorf Tharau, wie es uns durch die Schriften von Erminia von Olfers-Batocki, besonders aber von deren Tochter Hedwig von Lölhöffel und Paul Boldt, den dortigen Kantor, Organist und Schulleiter, so anschaulich überliefert ist. Wie allgemein üblich, waren die Gutsherren mit den Rechten und Pflichten des Kirchenpatronats versehen. Wie viel diese für ihre Kirchen taten und das religiöse Leben förderten, veranschaulicht auch die Familie von Schlieben auf Tharau. 1715 konnte Georg Ernst v. Schlieben die sich seit 230 Jahren im Familienbesitz befindende Begüterung nicht mehr halten; der Bau von Kirchturm, Schule und neuem Pfarrhaus sowie der Innenausbau der Kirche, besonders Orgel, Empore, Kanzel und der berühmten Holzschnitzaltar, hatte das Geld aufgezehrt.

Ein späterer Herr auf Tharau, der Minister von Braxein, hob dort bereits 1790 die Erbuntertänigkeit der Bauern auf, 17 Jahre bevor ein Edikt des Frhr. vom Stein die allgemeine Bauernbefreiung in Preußen verfügte.

Tharau blieb bis zum Zusammenbruch 1945 ein Beispiel für das gute Zusammenleben von Gutsherrschaft, Gutsleuten und den Bewohnern des Dorfes. Sie konnten sich aufeinander verlassen, bildeten eine Gemeinschaft.

Zu dieser Gemeinschaft gehörte die alle verbindende alte Kirche. Es ist zu hoffen, daß sie sich bald wieder, zumindest äußerlich, in alter Schönheit über das Land erhebt. Dieses kulturgeschichtlich bedeutende Gebäude zusammen mit der großen Geschichte des Ortes muß der Nachwelt erhalten bleiben.

Es ist zu hoffen, daß auch Rußland das Projekt „Kirche Tharau“ in immer stärkerem Maße unterstützt, in Erkenntnis seiner großen Bedeutung (unter anderem Tourismus) für die Region und im Hinblick auf die Freundschaft unserer beiden Völker, welche trotz allem weiter wachsen und lange Bestand haben möge.

Dem „Förderkreis Kirche Tharau“ ist eine breite Unterstützung und weiterer Erfolg zu wünschen.

Horst Hüttenbach, Bonn

Der Verharmlosung bezichtigt

Betr.: „Auf immer festgeschrieben“ (Nr. 5)

Die tatsächliche Bandbreite der für das KL Majdanek behaupteten Opferzahlen ist weit größer, als von Herrn Arp angegeben. Die Sowjets behaupteten nach dem Krieg 1,5 Millionen Todesopfer, eine Zahl, die noch während des Düsseldorfer Majdanek-Prozesses in den 1970er Jahren von linken Vereinigungen verbreitet wurde. Die jüngst veröffentlichte polnische Zahl von etwa 78 000 Opfern liegt recht nahe am Ergebnis des unabhängigen italienischen Forschers Carlo Mattogno, der in einer wesentlich detaillierteren Studie von über 300 Seiten bereits 1998 feststellte, daß die Zahl der dokumentierten Toten bei etwa über 40 000 liege. Die Dunkelziffer der nicht dokumentierten Toten müsse dem hinzugerechnet werden. Die Erkenntnisse staatlich kontrollierter Forscher nähern sich also jenen unabhängiger Forscher an.

Rechtlich riskant ist das Zitieren neuerer, niedriger Opferzahlen, wenn man damit die Aussage verknüpft, überhöhte Opferzahlen seien aus politischen oder finanziellen Erwägungen erfolgt, oder weil der „konkludente Zusammenhang“ der Äußerung den Verdacht ergeben könne, es bestehe die Intention der Verharmlosung, etwa weil der sich Äußernde kein Antifaschist ist.

Germar R., Stuttgart

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Hans-Jürgen Mahlitz
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf . – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
info@ostpreussen.de
Pressestelle:
presse@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3414**

Volkesstimme wurde aus Kostengründen abgetan

Betr.: „Ungeliebte Reform“ (Nr. 10)

Als die Reform seinerzeit eingeführt werden sollte und Abstimmungen in den Ländern liefen, hieß es, es müßten alle zustimmen, damit die Reform verbindlich werden könne. Als dann in Schleswig-Holstein abgestimmt worden ist und ein negatives Ergebnis erzielt wurde, machten Heide Simonis – seinerzeit Ministerpräsidentin – und Herr Volker Rühe – damals Vertreter der oppositionellen CDU – gemeinsame Sache und kippten das Abstimmungsergebnis. Ob das rechtlich erlaubt war, kann ich nicht beurteilen. Jedenfalls wurde argumentiert, daß die bisher angefallenen Kosten (neuer Duden, neue Schulbücher) eine Rücknahme nicht rechtfertigen würden. Warum hatte man denn angeblich die Arbeiten derart weit vorangetrieben? Man mußte doch auch mit einem negativen Ergebnis rechnen!

Mich würde interessieren: 1. Wie hoch bis zum damaligen Zeitpunkt die Kosten tatsächlich gewesen sind und 2. wie teuer die Rechtschreibreform mit all ihren Änderungen nun geworden ist einschließlich aller Nebenkosten für zum Beispiel Konferenzräume, Personalkosten für die Damen und Herren Kultusminister samt Begleitpersonal, Übernachtung und Verpflegung und und und ...

Ewald Becker, Pinneberg

Sobieski gebührt Dank aber nicht der Ruhm allein

Betr.: Leserbrief „Polen mußten sehr viel leiden und haben doch viel geleistet“ (Nr. 4)

1. Der Leserbriefschreiber nennt Hitler den Verursacher der Vertreibung der Deutschen, in zweiter Linie Churchill, Attlee, Roosevelt und Truman. Merkwürdig, daß er den Massenmörder Stalin nicht erwähnt. Weiß er nicht, daß Stalin es war, der die „Westverschiebung Polens“ und damit das ungeheuerliche Verbrechen der Vertreibung von Millionen Menschen in Gang setzte?

2. Der Leserbriefschreiber erwähnt ferner „Johann III. Sobieski, König von Polen, der uns vor Wien in europäischer Einigkeit vor der türkischen Herrschaft bewahrt hat“. Das liest sich so, als wenn 1683 nur der Pole Sobieski Europa vor der Eroberung durch die Türken gerettet habe. War das wirklich so?

Richtig ist, daß ein polnisches Kontingent von 15 000 Mann dem 47 500 Mann starken kaiserlichen Entsatzheer beigestanden hat. Die Polen brachten 30 Stück (Kanonen) mit, die Kaiserlichen hatten 138. Sobieski beanspruchte als Ranghöchster in der Schlacht vor Wien zwar den Oberbefehl, die Operationen wurden aber tatsächlich von Herzog Karl von Lothringen geleitet, dem Führer des viel stärkeren Reichsheeres.

Wem gebührt nun der Ruhm, Wien und das Abendland gerettet zu haben? Die Antwort lautet:

In erster Linie den Wienern selbst, die zusammen mit der Besatzung unter Rüdiger von Starhemberg sich heldenhaft geschlagen haben. In zweiter Linie dem kaiserlichen Entsatzheer, das ganz überwiegend aus Deutschen bestand. An dritter Stelle erst dem verhältnismäßig kleinen polnischen Hilfsheer unter König Jan Sobieski.

Die Polen haben 1683 mitgeholfen, das christliche Abendland zu retten, und dafür verdienen sie auch heute noch den Dank der Europäer. Das weitaus meiste haben bei dieser Rettungstat aber die Deutschen geleistet, zu denen sich damals auch die Wiener und die Österreicher rechneten. Sie darf man nicht unerwähnt lassen. (Nachzulesen bei Alexander Lernet-Holenia: „Prinz Eugen“)

Kurt Müller, Adelebsen

Meisterleistung

Betr.: Spielfilm „Dresden“

Das schwerwiegende Gedenken an diese Tragödie hat offensichtlich bei vielen Menschen gefühlsmäßig und auch in konkreter Form gewichtigere Spuren hinterlassen, als man gemeinhin erwarten konnte.

Neben Hunderttausenden von Familien, die besonders durch den Bombenkrieg unzählige Angehörige zu betrauern haben, maßlose materielle Schäden und dergleichen erlitten, markierte zweifellos die widersinnige Bombardierung gerade dieser Stadt einen gewissen Tiefpunkt völkerrechtswidriger Einbeziehung der zivilen Bevölkerung in das Kriegsgeschehen. Zeitpunkt, Intensität und vor allem Brutalität von Planung und Durchführung muß man fast als „Meisterleistung“ dieser britisch/amerikanischen Formationen bezeichnen. Man kann auch das als Beweis dafür ansehen, daß es den Alliierten nur um die Vernichtung Deutschlands gegangen ist.

Dieses Gedenken, die Trauer um die Folgen gestatten es nicht, jetzt hierin zu hinterfragen, wer 1956 im einzelnen die Verleihung des deutscherseits höchst einzustufenden „Karlspreis“ an Winston Churchill, den damaligen britischen Premier als Hauptverantwortlichen, erdacht, initiiert und beschlossen haben mag ...

Karl Gottfried Vierkorn, Stephanskirchen

Wir dürfen nicht schweigen

Betr.: „Die Scharia ist unser Gesetz“ (Nr. 13)

Heute lese ich gerade, daß der Konvertit Rahman sich beim Papst für seine Hilfe bedankt hat (von der Hilfe der ev. Kirche habe ich zu meinem großen Bedauern nichts gelesen). Zur gleichen Zeit lese ich, daß in Berlin-Pankow gegen den Willen vieler deutscher Bürger im Ortsteil Heinersdorf eine Moschee errichtet werden darf und gebaut wird, obwohl in Heinersdorf kein einziger Muslim wohnt.

Aber ist nicht die Errichtung jeder neuen Moschee für uns Christen ein Problem, das unsere Abwehr hervorrufen muß? Sollen wir denn unser Land einer Religion überlassen, die Konvertiten tötet, Christen verfolgt, benachteiligt und umbringt, Frauen mißachtet und einer mörderischen Gesetzgebung huldigt? Wir dürfen nicht schweigen (In Heinersdorf wurde die Veranstaltung mit 1500 empörten deutschen Bürgern abgebrochen)!

Wir dürfen doch nicht den Kopf in den Sand stecken und darauf warten, bis der Islam unser Land beherrscht. Wir brauchen einen offenen Dialog auf gleicher Höhe. Es kann und darf nicht angehen, daß Christen in islamischen Ländern verfolgt werden, während sich bei uns Muslime unbehindert ausbreiten können und Moscheen gegen den Willen der deutschen Bürger errichtet werden.

Wir brauchen ein friedliches Miteinander. Wir haben mit 2500 Moscheen im Land weit vorgegeben. Nun sind die Muslime an der Reihe.

Justus Paletta, Berlin

14 Millionen deutsche Vertriebene, 14 Millionen Einzelschicksale

Betr.: Zentrum gegen Vertreibungen

Etwa 14 Millionen Deutsche wurden im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer angestammten Heimat vertrieben, die größte und konsequenteste Völkervertreibung der bisherigen Menschheitsgeschichte, ein unverjährbares Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das waren 14 Millionen Einzelschicksale, war 14 millionenfach erduldetes Leid. Etwa vier Millionen der Vertriebenen sind dabei alle erdenklichen Tode gestorben.

Deutschland ist das einzige Land der Welt, welches sein verwerfliches Tun in der Vergangenheit in einer monumentalen Gedenkstätte, dem Holocaust-Denkmal, dokumentiert, ein Land, das in der Erstellung unzähliger kleinerer Gedenkstätten einen Ideenreichtum entwickelt hat. Und mit hohem finanziellen Aufwand unterhält es sowjetische Ehrenmale. Das Letztere kommt einer Verhöhnung abertausender Deutscher gleich, welche die Gewalt der Rotarmisten erlitten hatten.

Daß Deutschland der Auslöser des Zweiten Weltkrieges war, ist unabstreitbar. Doch ist es dadurch auch der einzig Schuldige an diesem Krieg? Asher ben Nathan, der einst israelischer Botschafter in Bonn war, vertrat die Meinung: „Entscheidend ist bei einem Krieg, was den ersten Schüssen vorausgegangen war.“

Auf jeden Fall war Hitlers Politik, war der Zweite Weltkrieg nicht die Ursache der Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland, sondern eine willkommene Gelegenheit für die Polen, ihre Expansionspolitik zu verwirklichen. – Und bescheiden sind sie in ihren Ansprüchen keineswegs, beanspruchen Entschädigung für das Gebiet, welches sie sich 1920 unter Anwendung von Waffengewalt und ohne Kriegserklärung im Osten angeeignet hatten, das dann im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg aber an die Sowjetunion zurückgegeben werden mußte. Die polnische Bevölkerung war da eine Minderheit gewesen. Für drei von dort ausgesiedelte Polen sind dann 20 Deutsche vertrieben worden.

Die Polen, sie waren nie schüchtern in der Interpretation der deutsch-polnischen Geschichte. Von ihnen wird das Thema Vertreibung der Deutschen weitgehend tabuisiert beziehungsweise als Umsiedlung verharmlost. Und die polnische katholische Kirche stimmt mit eiskaltem Herzen in diesen Tenor ein. 1965 forderte zum Beispiel der Erzbischof von Breslau Komenek in einer Denkschrift die ostdeutschen Gebiete als Lebensraum für das polnische Volk. (Bevölkerungsstand 1961: Polen 87 Personen, Deutschland 217 Personen je Quadratkilometer).

Geben wir unseren Vertreibungsopfern endlich einen Platz in unserer Mitte und lassen ihnen ein würdiges Gedenken zuteil werden. Mir fehlt jedes Verständnis dafür, daß bei solch einer, unser Volk betreffenden Gedenkstätte, Polen und Tschechen, den Vertreiberstaaten, hierbei gleichsam ein Mitspracherecht eingeräumt wird.

Horst Zlomke, Lunestedt

Ohne Preußen

Betr: „In welchem Lande leben wir?“ (Nr. 14)

Die Antwort ist sehr einfach: „In einem Deutschland ohne Preußen“, das heißt, in einem Land, in dem die allgemeine Vernunft geschichtlicher Erfahrung einer besinnungslosen „Moderne“ geopfert wird, in dem man sich der eigenen Geschichte nicht erinnert, in dem man Selbstdisziplin klein schreibt, in dem der christliche Gott kaum noch Platz findet, in dem man das Wohlergehen der eignen Nation durch bedingungslose Mischungen mit Menschen anderer grundverschiedener Religionen und Kulturen riskiert, indem jeder deutsche Patriot, ganz gleich welcher Färbung, als Neo-Nazi verschrien wird, in dem alte Freunde Deutschlands durch Massenmedien als zu fürchtende „Feinde“ gebrandmarkt werden, und in dem Kinder für eine trostlose Anarchie der Zukunft „verzogen“ werden.

Peter P. Haase, Boca Raton, Florida, USA



Afrikaflüchtlinge: Ausflügler auf der „Freebird one“ an der Küste Teneriffas beoachten neugierig ein herannahendes Boot mit illegalen Einwanderern aus Afrika.

Nimm, was du kriegen kannst!

Betr.: „Alles nur geklaut“ (Nr. 8)

Wer so ab und zu hinter die Kulissen unseres „Volks“wagenwerkes blicken durfte, der konnte sich des Eindruckes nicht entziehen: „Hier wird ganz schön hoch gepokert.“

Beginnend bei den Löhnen und Gehältern, die eigentlich bei den einfacheren Arbeitsaufgaben so manchem die Schamröte ins Gesicht hätte treiben müssen. Von den „Vergütungen“ im mittleren und oberen Bereich ganz zu schweigen. Aber, wie lautet das passende Sprichwort hierzu: „Hochmut kommt vor dem Fall!“ Beim „kleinen Mann“ kann man das noch verstehen: „Nimm, was du kriegen kannst!“ So hat man überwiegend gedacht und gehandelt. Aber bei den Führungskräften war die Mitnahme des „Überflusses“ eine Todsünde, denn die Japaner hatten sich gut informiert. Erst fotografieren und nachmachen, dann erwachte ihr Ego. Sie sind ein kluges Volk. Die große Konkurrenz war da!

Nun kommt der Schrei aus Wolfsburg. Ein Notruf (?) oder eine böse Ablenkung! Denn die „Bolkestein-Gefahr“ lauert schon lange im EU-Monster. Als Kommissar (schon der Titel erschreckt) kamen seine Worte zu uns: „Das VW-Gesetz behindere den internationalen Kapitalverkehr“, dann die Worte, er würde „nach einer freundschaftlichen Lösung“ suchen. Aber dann, unverkennbar: Die Androhung der Klage, um den Weg zur feindlichen Übernahme zu bereiten! Erst „freundschaftlich“ und dann Klageandrohung! Gleich einer „Kriegsspielerei“ und erinnernd an die Worte von Sir Winston Churchill 1938.

So sind eben wahre „Freunde“! Jetzt wird es sich erweisen: Ist die geplante Neuorganisation der Produktionsstätten durch Pischetsrieder ein Akt zur Rückbesinnung von angemessenem Aufwand und Ertrag im Sinne eines deutschen Kaufmannes oder ein weiterer, vorbereitender Schritt für den Turbokapitalismus, den Geist der Globalisierung, mit dem Ergebnis des totalen „Überflüssigseins“?

Horst Schmidt, Höhbeck

»Auf nach Deutschland« – Aus Spanien vertriebene Illegale suchen neue Bleibe

Betr.: „Küsten gestürmt“ (Nr. 12)

Wir leben und arbeiten seit fast fünf Jahren in diesem rund 24000 Einwohner zählenden Ort, der mit seinen Ortsteilen La Antilla und El Terron direkt am Atlantik liegt und wo die Grenze zu Portugal nur 20 Kilometer entfernt ist. Da Lepe ein Ort mit großen Apfelsinen- und Erdbeer-Anpflanzungen ist, steigt die Einwohnerzahl des Ortes in der Zeit der Apfelsinen- und Erdbeerernte, die etwa Anfang Oktober beginnt und im Mai/Juni endet, um mehrere Tausend an. Ein sehr großer Teil davon Einwanderer aus afrikanischen Ländern und ein großer Teil davon wiederum Illegale. Eine Zeitlang waren in den Nachrichten täglich Bilder von angelandeten Afrikanern zu sehen. Lebenden und aber auch vielen Toten. Aus einem persönlichen Gespräch mit einem Marokkaner wissen wir, wie es bei dem Versuch des illegalen Eintritts nach Europa zugehen kann: Er hat mit sieben seiner Kumpels in Marokko ein Boot samt dem Bootsführer gestohlen. Den Bootsführer haben sie mit den Händen ans Steuerrad des Bootes gefesselt. Das Boot ist dann bei Sturm gesunken. Der uns dies erzählte, war der einzige Überlebende. Er hat nun keine Papiere und die größte Angst davor, nach Marokko ausgeliefert zu werden, denn dort würden sie ihm seinen Kopf abschlagen. Mit dem Ansturm dieser Immigranten in der Erntesaison geht eine hohe Gefährdung der öffentlichen Sicherheit einher. Nicht alle, die Illegalen sowieso nicht, finden Arbeit in der Ernte. Raub, Diebstahl, Drogenkonsum. Die Marihuana-Zigaretten werden nicht einmal heimlich geraucht. Eigentum wird nicht respektiert. Überall entstehen, egal ob auf privaten oder öffentlichen Grundstücken, wilde „Zeltlager“, die aus bis zu mehreren hunderten, aus allen möglichen Materialien hergestellten „Behausungen“ bestehen können, in denen tausende dieser Immigranten im wahrsten Sinne des Wortes „hausen“. Obst ist überall leicht zu klauen. Die Mülltonnen der Kaufhallen werden nach Eßbarem durchsucht. Geflügel, Schweine, bis hin zu Pferden, werden aus Gehegen und Stallungen gestohlen und geschlachtet. Die Verwaltung des Ortes gibt jedes Jahr Millionen von Euro zur Verbesserung der sozialen und hygienischen Verhältnisse aus und bietet auch ansonsten Eingliederungshilfen, zum Beispiel kostenlose Spanisch-Sprachkurse an. Jedoch, und hier könnten die deutschen Politiker einiges von ihren spanischen Kollegen in Sachen öffentlicher Sicherheit und Ehrlichkeit gegenüber ihrem Volk lernen, verbiegen sich die spanischen Politiker vor den Immigranten nicht ihren Rücken und lassen sich von denen nicht vorschreiben, was sie zu tun oder zu lassen haben. Hier werden die Tatsachen auf den „Tisch“ gelegt und beim Namen genannt und Kriminalität durch Ausländer vor dem eigenen Volk nicht heruntergeredet und beschönigt. Die Tatsachen beim Namen nennen und schnelle praktische Abhilfe schaffen. Den spanischen Politikern und auch den spanischen Firmeninhabern hier, kann man Patriotismus bescheinigen. Und das meine ich als absolut positive Sache, verstehen sich doch die spanischen Politiker, im Gegensatz zu den deutschen, in erster Linie als Vertreter ihres eigenen Volkes. Und spanische Firmeninhaber stellen zuerst ihre eigenen Landsleute ein. Dinge, wie es sie in Deutschland gibt, daß man lieber Ausländer zu Billiglöhnen einstellt, sind hier undenkbar. Und wenn man Ausländer einstellt, dann erhalten sie für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn wie ihre spanischen Kollegen. Seit die Verwaltung die illegalen „Zeltlager“ in Zusammenarbeit mit der Polizei (Guardia Civil) konsequent abreißt, kommen weniger Immigranten in den Ort. Und wir wissen aus persönlichen Gesprächen, daß für viele dieser Immigranten aus Afrika die spanische Küste nur die Einstiegstür nach Deutschland ist. Ins „Paradies“, wo ihnen willfährige Multikultis alles in den „A....“ schieben und sie dafür nicht arbeiten brauchen. Gut leben, ohne zu arbeiten. Auf nach Deutschland, heißt das Motto und sich einen lachend, schütteln sie nur den Kopf über diese Deutschen.

Daniela Behrendt, Lepe, Spanien

Austausch

Betr.: „Ihr Verhalten erinnert an die Sowjets“ (Nr. 8)

Seit Jahrzehnten befasse ich mich mit diesen Abscheulichkeiten. Jetzt interessieren sich besonders junge Franzosen dafür, mit denen ich im regen Gedankenaustausch stehe.

Helmut Panzer, Orselina, Schweiz

Zu stark

Betr.: Leserbrief „Es geht den Politikern nur um ihre Posten“ (Nr. 13)

In der Diskussion um die Föderalismusreform wird sehr forsch die Verminderung der Zahl der Bundesländer gefordert, um Kosten einzusparen. Ein rein fiskalisches Argument ist mir jedoch zu kurzschlüssig. Die Neugestaltung der Bundesländer muß behutsam und mit Augenmaß vorgenommen werden. Zu große Bundesländer bergen nämlich auch Gefahren. Sie könnten die Zuständigkeiten des Bundes zurückdrängen und auf lange Sicht sogar die staatliche Einheit Deutschlands gefährden.

Aufgrund unserer Geschichte sollten wir die zentrifugalen Kräfte nicht zu sehr begünstigen.

Gerhard Synowzik, Stadtoldendorf

Polens Image ist vernichtend – EU-Mitgliedschaft kann helfen

Betr.: Leserbrief „Polen ist der größte Raubstaat des 20. Jahrhunderts“ (Nr. 13)

Zurecht wird Polens Expansionspolitik des vergangenen Jahrhunderts kritisiert. Die Kritik ist wichtig und unverzichtbar. Zumal es mit dem deutsch-polnischen Verhältnis der Gegenwart nicht zum besten steht. Ich möchte in diesem Zusammenhang besonders auf die mit Schmähungen gegenüber Deutschland gespickte polnische Presse verweisen. Besucht man den ehemaligen Pufferstaat des im Jahre 1991 aufgelösten Warschauer Paktes, finden sich allenthalben noch haßerfüllte Ressentiments. Aber erstaunlicherweise nicht nur gegen Deutsche, sondern genauso gegen Litauen, Lettland, Tschechien, Österreich, Rußland und so weiter. Man fragt sich manchmal, mit wem wollen die Polen in ihrer mehrheitlich sektiererischen Religiosität eigentlich wirklich kooperieren? Dabei hätten sie jedwede Zuwendung bitter nötig. Polens Ruf gründet sich zur Zeit fälschlich aber dennoch landläufig auf ein wenig attraktives Land. Verallgemeinernd erscheint das Bild von einer veralteten Landwirtschaft, schlechten Straßen, unmoderner Industrie, sich im Ausland verdingenden Billiglöhnern, Spargelstechern, Schlachthofarbeitern und im übrigen von kriminellen Schleuserbanden, Zigarettenschmugglern und Autodieben. Ein vernichtendes Image für ein Volk mit ebenso sprichwörtlicher wie realer „Polnischer Wirtschaft“ (Polsko Gospodarka).

Die Polnische Wirtschaft ist im 61sten Jahr nach Kriegsende überall sichtbar. Wer die ehemals deutschen Provinzen, zum Beispiel Pommern oder Schlesien und große Städte wie Stettin, Glogau, Oppeln oder Breslau bereist, wird partiell durchaus beachtliche Aufbauleistungen feststellen. Aber unmittelbar dahinter weint einem die zur Erbärmlichkeit verkommene Kriegsbeute entgegen. Der Happen nach 1945 war zu groß. Mehr als ein halbes Jahrhundert polnische Verwaltung zeigt deutlich, daß Polen seine unredlich erworbenen Besitztümer nie allein zu einer prosperierenden osteuropäischen Region wird formen können. Spricht man mit den einfachen Menschen vor Ort, heißt es immer wieder: „Wir Polen haben keinen so reichen Nachbarn wie damals die DDR!“

Zu sagen, du bist Gottes Sohn, dann hilf dir selbst, bringt diesen Teil Europas nicht weiter. Deshalb müssen wir die Aufnahme Polens in die EU nicht mit scheelen Augen betrachten, sondern uns die Frage stellen, was wäre, wenn Polen nicht in die EU eingebunden worden wäre?

Sicherlich nichts Gutes. Vermutlich hätte sich mit klerikalem Rückhalt, postkommunistischem Wirtschaftssiechtum und einem Land voller Neid in Europa ein neuer Unruheherd entwickelt. So aber sind mit der Mitgliedschaft in der EU künftig nicht nur die polnischen Raubzüge unterbunden, sondern mit Hilfe einer leistungsstarken Gemeinschaft kann es auch den Polen demnächst besser gehen. Deshalb und zwar vornehmlich deshalb, begrüße ich die polnische EU-Mitgliedschaft.

Peter Kopyciok, Kipfenberg

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

»Die Saxen sind Bestien«

Wie »Marschall Vorwärts« Preußens südliche Nachbarn gegen sich und sein Land aufbrachte

Von Steffen Heitmann

Es ist eine folkloristische Binsenwahrheit, daß „die Sachsen“ eine lebhafte Abneigung gegen „die Preußen“ in sich tragen. Dieses tiefsitzende Vorurteil äußert sich heute in scherzhaften und ironischen Sentenzen, aber auch in ernstzunehmenden kulturgeographischen Empfindungen, welche durch die während der Wiedervereinigung stark gewachsenen Ost-West-Aversionen nicht verdrängt worden sind. Die Volkskunde lehrt uns, daß solche im Emotionalen verankerte Empfindungen weit in die Vergangenheit reichende Wurzeln haben, deren man sich oft gar nicht mehr bewußt ist.

Es ist das Verdienst Gerhard Kunzes, eines Juristen sächsischer Abkunft, eine solche Wurzel mit sezierender historischer Gewissenhaftigkeit ans Tageslicht geholt zu haben. Die Erschießung von sieben sächsischen Grenadieren am 6. Mai 1815 auf Befehl des preußischen Generalfeldmarschalls Blücher blieb über viele Jahrzehnte eine schwer verheilende Wunde im sächsisch-preußischen Verhältnis, das seit dem Siebenjährigen Krieg (1756–1763) ohnehin schwer belastet war. Was hatte zu dieser „unheimlichen Katastrophe“ (Heinrich von Treitschke) geführt?

Nachdem Sachsen an der Seite Preußens 1806 auf den Schlachtfeldern bei Jena und Auerstedt durch Napoleon eine vernichtende Niederlage erlitten hatte, wurde es, durch den Frieden von Tilsit 1807 bestätigt, zum Königreich von Napoleons Gnaden. Kurfürst Friedrich August III. trat als König Friedrich August I. dem soeben erst von Napoleon konstruierten und beherrschten Rheinbund bei. In den folgenden Napoleonischen Kriegen kämpfte Sachsen verlustreich an der Seite Frankreichs. Als Napoleons Kriegsglück sich mit dem Rußlandfeldzug gewendet hatte und Russen und Preußen nach Sachsen drängten, flüchtete der König, das Land seinem Schicksal überlassend, und suchte Anschluß an die Alliierten. Da dies mißlang und Napoleon nach der Schlacht bei Lützen sich wieder in den Besitz Sachsens setzte, blieb der König nunmehr – teils gezwungenermaßen, teils mangels Entschlußkraft – Napoleon treu bis zum für ihn bitteren Ende, der Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1813.

Auch der Übertritt des größeren Teils der sächsischen Verbände auf die Seite der Alliierten während der Schlacht konnte nicht verhindern, daß Sachsen von diesen als Verlierer behandelt und der König gefangengenommen wurde. Die sächsischen Truppen nahmen unter preußischer Führung noch am weiteren Feldzug gegen Napoleon bis April 1814 teil. Danach wurden Landwehr und Freiwillige in die Heimat entlassen, das rund 14 000 Mann starke Sächsische Korps jedoch in mehrfach wechselnde Quartiere (Aachen, Koblenz, Marburg, wieder Koblenz, Köln, schließlich Lüttich) geführt, da Preußen – sein altes Ziel der Annexion Sachsens vor Augen – die königstreuen Berufssoldaten nicht in Sachsen haben wollte. So war Sachsen und mit ihm seine Armee zum Spielball der Interessen der Siegermächte geworden, deren Ausgleich sie auf dem Wiener Kongreß (30. Oktober 1814 – 11. Juni 1815) suchten. Monatelang wurde zäh um Sachsens Zukunft gerungen. Während Preußen sich das gesamte Königreich einverleiben wollte, mochten Österreich und die süddeutschen Staaten nicht auf die Pufferwirkung eines verkleinerten Sachsens zwischen ihnen und Preußen verzichten. Je länger sich die Verhandlungen hinzogen, um so mehr wogten die Gerüchte über Annexion oder Teilung hin und her und verunsicherten die ohnehin schlechtgestimmten sächsischen Truppen fern der Heimat. Sie waren im Ungewissen über das Schicksal ihres Landes, ihres gefangenen Königs, an den sie sich mit ihrem Eid gebunden fühlten, und über ihr eigenes Schicksal. Denn während im Falle einer Teilung den Offizieren freigestellt werden sollte, ob sie in sächsischen Diensten bleiben oder in preußische Dienste treten wollten, sollten die Soldaten und Unteroffiziere schematisch nach ihren Geburtsorten geteilt und somit langjährige kameradschaftliche Bindungen zerrissen werden.

In dieser Situation bedurfte es nur des sprichwörtlichen Tropfens, der das Faß zum Überlaufen brachte. Dieser Tropfen war die Entscheidung Blüchers vom 2. Mai 1815, mit der vom preußischen König voreilig angeordneten Teilung der sächsischen Truppen bereits vor der Unterzeichnung des in Wien ausgehandelten Friedensvertrages zu beginnen, die erst am 18. Mai erfolgte. Die Sachsen empfanden es als eine nicht hinnehmbare Zumutung, sich der Teilung unterwerfen zu sollen, ohne zuvor vom König ihres Eides entbunden worden zu sein. So kam es nacheinander zu zwei Tumulten vor Blüchers Quartier, bei denen Hochrufe auf den sächsischen König ausgebracht, Säbel gezogen und schließlich – angeheizt durch unbedachtes Handeln preußischer Offiziere („sächsische Hundsfötter“) – Steine geworfen wurden, wobei einige Fenster zu Bruch gingen. Blücher flüchtete durch die Hintertür. Die Wache, ebenfalls Sachsen, verwehrte den Revoltierenden den Zutritt, und schließlich gelang den sächsischen Offizieren die Beruhigung der Soldaten. Zu Schaden kam niemand.



Gebhard Lebrecht von Blücher, Fürst von Wahlstatt Fotos: Archiv

Der Verfasser geht der Vorgeschichte, den Ursachen und dem Anlaß, den verschiedensten Facetten dieses komplexen Geschehens, seiner Deutungs- und Wirkungsgeschichte anhand aller erreichbaren Primär- und Sekundärquellen gewissenhaft nach. Dabei scheut er auch Um- und Nebenwege nicht, was zur Abrundung des Gesamtbildes beiträgt, gelegentlich aber auch zu Lasten einer flüssigen Darstellung geht. Wohltuend ist die Bemühung um größtmögliche Objektivität, wobei dem Verfasser sympathischerweise sein sächsisches Herz abzuspüren ist.

So ist das Ergebnis der Untersuchung überzeugend: Einige Widerstandsexzesse sächsischer Soldaten im Rahmen eines gerechtfertigten Widerstands gegen die Zumutung des Eidesbruchs wurden mit einem Strafexzeß Blüchers beantwortet. Die Androhung der archaischen Militärstrafe der „Dezimation“ (Erschießung jedes Zehnten) der beteiligten Bataillone, wenn sie nicht die „Rädelsführer“ denunzierten, und die rasche Hinrichtung der sieben Soldaten können nur als exzessiv bezeichnet werden. Diese unangemessene Härte (weder militärrechtlich, noch völkerrechtlich war das preußische Vorgehen gerechtfertigt) wurzelte zum einen in der tiefen persönlichen Betroffenheit Blüchers. Der erfolgreiche greise Feldherr muß es als höchst ehrverletzend empfunden haben, vor einer Horde steinewerfender Soldaten heimlich durch die Hintertür geflohen zu sein. So mußte er den für ihn beschämenden Vorgang zu einem gefährlichen, gezielt organisierten Aufstand hochstilisieren. Die zitierten schriftlichen Selbstzeugnisse, denen auch der Titel des Buches entnommen ist (und die in stilistisch, grammatisch und orthographisch höchst mangelhaftem Deutsch abgefaßt sind), stützen diese Deutung.

Zum anderen stehen hinter dem preußischen Vorgehen möglicherweise auch taktische Überlegungen eines Teils der preußischen Heeresführung, insbesondere des Generalstabschefs Gneisenau. Er betrachtete das Sächsische Korps einerseits als einen Unsicherheitsfaktor beim bevorstehenden Feldzug gegen die Franzosen, andererseits als Truppenreserve, wenn das Kriegsglück den preußischen Truppen nicht günstig sein sollte. So könnte die vorzeitige Teilung auch eine gezielte Provokation gewesen sein, um die Sachsen als unzuverlässig erscheinen zu lassen und den preußisch gewordenen Teil der Sachsen vom Frankreichfeldzug fernzuhalten, was dann ja auch geschah.

Die Hinrichtung der sieben sächsischen Soldaten unmittelbar vor dem Friedensschluß zwischen Preußen und Sachsen hat deutschlandweit großes Aufsehen gefunden und Blücher unter starken Rechtfertigungszwang gestellt. Doch rasch fiel der Glanz des großen Sieges von Belle-Alliance über Napoleon am 18. Juni 1815 auf Blücher und überdeckte die häßlichen Ereignisse von Lüttich.

Ohne in die Tiefe gehende Detailstudien kann Geschichte nicht geschrieben werden. Sie bieten den Stoff, aus dem die Verallgemeinerungen gewonnen, bestätigt oder in Frage gestellt werden. Solche Verallgemeinerungen am Ende der Untersuchung zu benennen und zu vertiefen, hätte die Arbeit abgerundet. Die Vorgänge in Lüttich zeigen zum Beispiel exemplarisch, wie sehr sich im 19. Jahrhundert die deutschen Staaten als (unterschiedliche) Nationen empfanden. Auch nachdem man monatelang Seite an Seite gekämpft hatte, dachte man noch in den Kategorien von Freund und Feind. So war wohl die deutsche Einigung nur mit „Blut und Eisen“ möglich.

Exemplarisch ist auch die politische Instrumentalisierung eines solch komplexen und schwer verobjektivierbaren Vorgangs. Während die einen behaupten, der Feigling Blücher habe sich vor den revoltierenden Soldaten im Schrank versteckt, behaupten die anderen, er sei nur mit größter Mühe davon abzuhalten gewesen, sich mit gezogenem Säbel den Soldaten entgegenzuwerfen und die Ordnung wieder herzustellen. Während den einen die hingerichteten Grenadiere die Köpfe einer meuternden Horde waren, die ihre gerechte Strafe erlitten, waren sie den anderen Märtyrer, die dahingemordet wurden, weil sie ihrem König zu Recht die Treue hielten.

Überraschend und vielleicht auch exemplarisch ist diese Treue der Truppen und der heimischen sächsischen Bevölkerung zu König Friedrich August I., der den Beinamen „der Gerechte“ erhielt. Er war ein vorsichtiger, zögerlicher und wenig entschlußkräftiger Monarch, dessen Denken und Handeln an Gesetzen und Verträgen orientiert war. Vornehmlich seiner Politik ist die Niederlage Sachsens an der Seite Napoleons mit all ihren Folgen zuzurechnen. Und in dem ihm verbliebenen Rest-Sachsen hat er bis zu seinem Tode 1827 alles getan, um Sachsen eines der rückständigsten deutschen Länder bleiben zu lassen. All dies hat offenbar der Verehrung für ihn keinen Abbruch getan, und Dresden ziert noch heute sein Denkmal.

Keine künftige Geschichte Sachsens oder Preußens wird an Gerhard Kunzes sorgfältiger Geschichtsstudie vorbeikommen. Und wir wissen etwas besser, warum die Zeit der Herrschaft des Leipziger Kommunisten Walter Ulbrich in Berlin dort als die „Rache Sachsens an Preußen“ bezeichnet wurde.

Kunze, Gerhard: „Die Saxen sind Bestien“. Die Erschießung von sieben sächsischen Grenadieren bei Lüttich am 6. Mai 1815. BWV. Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2005. 192 Seiten, 27,50 Euro

---

»Der Triumph des Scheiterns«

Vor 90 Jahren brachte der Osteraufstand in Irland die Wende

Von Manuel Ruoff

Wir kennen aus der Gegenwart islamische Selbstmordanschläge im Nahen und Mittleren Osten; und wir kennen aus der Geschichte japanische Kamikazeangriffe im Fernen Osten. Gerne wird im „Kampf der Kulturen“ die Meinung verbreitet, der qualitative Unterschied zwischen den Kulturen ließe sich auch daran festmachen, daß eine derartige Selbstaufopferung im Kampf gegen einen militärisch überlegenen Gegner dem Westen fremd sei. Davor seien Christentum und Aufklärung. Der vor 90 Jahren erfolgte irische Osteraufstand ist ein Gegenbeispiel. Daß dieser von der nationalistischen Irish Republican Brotherhood (Irischen Republikanischen Bruderschaft) mit Unterstützung der ebenfalls patriotisch gesinnten sozialistischen Irish Citizen Army (Irischen Bürgerarmee) durchgeführte Aufstand Ostern stattfand, war kein Zufall. Das Sühneopfer Jesu Christi für die Menschheit stand Pate. „In der irischen Geschichte“, schrieb der Führer des Aufstandes, Patrick Pearse, „gab es kein fürchterlicheres Ereignis als das Versagen der vorigen Generation.“ Er selber und seine Mitkämpfer waren überzeugt, daß nur ein Blutopfer diese historische Schuld tilgen könne. James Connolly von der Bürgerarmee formulierte es wie folgt: „Ohne eine Spur von Blasphemie, vielmehr mit der geschuldeten Demut und Ehrfurcht, erkennen wir, daß man von uns, wie von der Menschheit vor dem Kreuzopfer, wahrlich sagen kann: ‚ohne Vergießung des Blutes gibt es keine Erlösung‘.“ Analog zur Auferstehung Jesu Christ nach dem Tod am Kreuz hofften die stark katholisch geprägten Aufständischen, daß nach ihrem Tod im Aufstand aus ihren Gräbern die irische Nation auferstehen würde. Denn daß der Osteraufstand zum Scheitern verurteilt war und den eigenen Tod bedeutete, war der Aufstandsführung vorher klar. „Der Tag wird kommen, an dem ich erschossen werde und meine Kameraden mit mir“, hatte Pearse schon vor dem Osteraufstand seiner Mutter geweissagt, und auf deren Frage nach ihrem anderen Sohn William soll er geantwortet haben: „Willie? Erschossen, wie die anderen. Wir werden alle erschossen.“ Bereits im August 1915 hatte er in seiner Grabrede für einen im US-amerikanischen Exil gestorbenen irischen Freiheitshelden den Sinn dieses Opfertodes deutlich gemacht: „Aus dem Tod sprießt das Leben, und aus den Gräbern patriotischer Männer und Frauen sprießen lebende Nationen.“

Prophetisch meinte einer der Führer des Osteraufstandes: „Wir werden Dublin eine Woche halten, aber wir werden Irland retten.“ In der Tat konnten die knapp 2000 Aufständischen das von ihnen am Ostermontag des Jahres 1916 besetzte Stadtzentrum Dublins mit der Hauptpost als Hauptquartier eine Woche halten. Die Briten unterschätzten den vermeintlichen Dolchstoß in den Rücken nicht und scheuten weder Personal noch Material, dem Aufstand ein Ende zu bereiten. Stellenweise war das Verhältnis der Engländer zu den Iren 20 zu eins. Rabiat nutzten die Angelsachsen ihre artilleristische Überlegenheit. Die von den Iren besetzten Häuser wurden weniger zurückerobert, denn platt gemacht. 150 große Häuser fielen dieser Kriegsführung der Briten zum Opfer. Die Engländer verhielten sich wie in Feindesland. Dazu gehörte auch, daß auf Zivilisten keine Rücksicht genommen wurde und Iren in Zivilkleidung im Zweifelsfall wie Aufständische behandelt wurden. (Man fühlt sich an den berüchtigten US-amerikanischen Body Count im Vietnamkrieg erinnert, wo die von den GIs getöteten Vietnamesen in Zivilkleidung im Zweifelsfall als gefallene „Vietcong“ gezählt wurden.) Hierzu paßt, daß die zwischen 450 und 500 Toten, welche der Osteraufstand und seine Niederschlagung kosteten, größtenteils Zivilisten waren. Tausende von Menschen wurden in ihren Häusern verletzt oder verstümmelt.

Anfänglich ernteten die Aufständischen für ihr Himmelfahrtskommando bei der Mehrheit jener, für die sich aufzuopfern entschlossen hatten, nämlich ihren irischen Landsleuten, vornehmlich Hohn und Spott. Das änderte sich, als die Briten sich so verhielten, wie es dem von den irischen Nationalisten gezeichneten antibritischen Klischee entsprach. Wenn die Briten im Rahmen der Niederschlagung des Aufstandes mit ihren Gegnern kurzen Prozeß gemacht hätten, wäre das kein Problem gewesen, doch daß die Engländer, nachdem die Gefährdung ihrer Herrschaft über Irland bereits beseitigt war, noch blutige Rache an den Unterlegenen nahmen, stieß unangenehm auf. 3500 Menschen wurden von den Engländern verhaftet, von denen über die Hälfte ohne Verfahren in englischen Gefängnissen verschwand. 170 Menschen wurden von Kriegsgerichten verurteilt, davon 90 zum Tode. 15 Urteile wurden sukzessive zwischen dem 3. und 12. Mai vollstreckt. Zu den Opfern gehörten, wie von Patrick Pearse geweissagt, auch er und sein Bruder William. Einer der Delinquenten, der Führer der Bürgerarmee James Conolly, mußte sogar wegen seiner während des Aufstandes zugezogenen schweren Verwundungen auf einem Stuhl beziehungsweise einer Trage vor das Erschießungskommando getragen werden.

Nach dem Ersten Weltkrieg erhielten die Briten die Quittung. Als nach Kriegsende die ersten freien Wahlen im Vereinigten Königreich abgehalten wurden, deklassierte die nationalistische Sinn Féin (Wir selbst) die bisherige Meinungsführerin, die englandfreundliche Home-Rule-Partei. Der Wahlsieger Sinn Féin bestätigte 1919 die 1916 von den Aufständischen auf den Stufen des Hauptpostamtes proklamierte Unabhängigkeitserklärung, und nach einem erfolgreichen Unabhängigkeitskrieg gegen die Engländer erhielt Irland 1921 als Freistaat die Unabhängigkeit.

Insofern paßt der Titel, den Ruth Dudley Edwards für sein Buch über das Leben des Führers des Osteraufstandes Patrick Pearse wählte: „The Triumph of Failure“ (Der Triumph des Scheiterns).



Auf der Suche nach dem Sinn

»Warum der Mensch glaubt«, anhand neuester Forschungsergebnisse erläutert

Als wir Europäer vor einigen Wochen überzeugte Moslems gegen die dänischen Mohammed-Karikaturen haben demonstrieren sehen, reagierten wir mit Unverständnis. Ähnlich verständnislos beobachteten viele Protestanten den in ihren Augen im Vatikan abgehaltenen Zinnober um den Tod des Papstes Johannes Paul II. Doch die meisten, der an den Ereignissen Beteiligten, glauben voller Inbrunst an das, was bei anderen Irritation auslöst.

Martin Urban, bis 2002 langjähriger Leiter des Wissenschaftsressorts bei der „Süddeutschen Zeitung", hat sich in seinem Buch „Warum der Mensch glaubt – Von der Suche nach dem Sinn" diesem Phänomen angenommen und es anhand von neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Religionswissenschaft, Gehirnforschung und Psychologie untersucht.

Eindrucksvoll macht Urban deutlich, wie sehr der Mensch in Bildern denkt, und daß er stets auf der Suche nach dem Sinn war und ist. Wo der Glaube – egal welcher – weit verbreitet ist, fällt den Menschen das Leben leichter. Falscher Glaube könne so laut dem Göttinger Anthropologen Volker Sommer vorteilhafter sein, als gar kein Glaube, denn es sei schwieriger an nichts zu glauben, als irgendeiner Ansicht anzuhängen – mag sie auch noch so absurd sein –, denn Ansichten geben Sicherheit und liefern Erklärungen. Wie widersinnig manchmal ein nach der jeweiligen Weltsicht „reines Gewissen" in den Augen anderer sein kann, macht Urban an zahlreichen Beispielen deutlich. „Du sollst nicht töten" heißt es so beim Christentum, denkt man dann aber an die vielen im Auftrag des Glaubens Getöteten, offenbart sich ein deutlicher Widerspruch.

Wirklich religiösen Menschen werden die Ausführungen Martin Urbans nicht gefallen, da er nichts von allgemeingültigen Dogmen hält. Immer wieder zitiert er Immanuel Kant, der für ihn der große Vordenker der Aufklärung ist. Ein Fanatiker, so definierte Kant 1764, „ist eigentlich ein Verrückter von einer großen Vertraulichkeit mit den Mächten des Himmels. Die menschliche Natur kennt kein gefährlicheres Blendwerk."

Aber: „Muß man ein Dummkopf sein, um zu glauben", fragt Urban. „Manchmal bekommt man diesen Eindruck, wenn es unerwartet klingelt und an der Haustür zwei Gestalten stehen, die freundlich mit dem ‚Wachturm' wedeln." Urbans Antwort auf seine Frage ist jedoch keineswegs so schlicht, wie er andeutet. Differenziert erklärt er verschiedene Glaubensrichtungen, ihre Entstehung, ihre Hochzeiten, ihre Unterschiede und Gemeinsamkeiten.

Der Drang des Menschen, alles zu erforschen, hat schon viele Erkenntnisse gebracht, trotz allem ist noch vieles im Dunkeln. „Gegen die, wie ich meine, unredliche Gewißheit setze ich auf Hoffnung." Glaube gibt Hoffnung ... und Urbans Buch außerordentliche Denkanstöße. *Bel*

***Martin Urban: „Warum der Mensch glaubt – Von der Suche nach dem Sinn"**, Eichborn, Frankfurt 2005, geb., 254 Seiten, 19,90 Euro*



Machtgier

Amerikanische Dynastien

Eine derart weite Verzweigung seiner Nachfahren hätte sich Claes Martenszen van Rosenvelt kaum vorstellen können und wohl auch nicht, daß sein anglisierter Familienname für fast 20 Amtsjahre amerikanischer Präsidenten stehen würde. Claes stammte aus dem niederländischen Haarlem und suchte um etwa 1640 sein Glück in der Neuen Welt. Es war eine Epoche, in der Europa von schweren Verheerungen heimgesucht wurde. Im Herzen des Kontinents tobte der Dreißigjährige Krieg, in England begann der Bürgerkrieg zwischen Parlament und Krone." „Cleyn Claesie", dem kleinen Kläuschen, wie er im Register der Stadt Nieuw Amsterdam (später New York) eingetragen wurde, waren Ruhm und Ehre sowie Wohlstand jedoch fremd, doch sein Sohn Nicholas setzte nicht nur acht Kinder in die Welt, sondern brachte es auch zu einem gewissen Vermögen, das vor allem zwei seiner Söhne ausbauten. Aber nicht nur die Roosevelts, die Ronald D. Gerste in seinem Buch „Amerikanische Dynastien" vorstellt, wurden in den USA zu einer tonangebenden Familie in Politik und Wirtschaft, auch die Kennedys, Fords, Rockefellers, Vanderbilts und die Adams gründeten monarchieartige Dynastien. Gerade John Adams, der zweite Präsident der USA, hatte die englische Monarchie als Anti-Vorbild betrachtet, gründete jedoch eine eigene weitverzweigte Familie, in der die Familien-Ehre über alles ging. Erlangung von wirtschaftlicher und politischer Macht im Namen der Familie waren eines jeden Adams Pflicht. John Quincy Adams folgte seinem Vater 25 Jahre später sogar in das Amt des Präsidenten. Andere Adams verfielen jedoch dem Alkohol, da sie die an sie gestellten Ansprüche nicht erfüllen konnten. Dieses Extrem zwischen Genie und Verlierer teilen die Adams mit vielen anderen in dem Buch vorgestellten Familien. Ronald D. Gerste erwähnt sogar den Fall von Rosemary Kennedy, der Schwester des US-Präsidenten John F. Kennedy, deren Vater Joseph es nicht ertragen konnte, daß seine älteste Tochter kein Überflieger war, sondern unter einer Lern- und Leseschwäche litt. Ohne ihr Wissen ließ der Vater bei der fast erwachsenen jungen Frau einen gehirnchirurgischen Eingriff vornehmen, der fehlschlug. Da der Familie die nun geistig verwirrte Rosemary peinlich war, wurde sie in einem Behindertenheim versteckt, wo sie erst 2005 verstarb, und somit ohne es zu wissen, ihre unter tragischen Umständen ums Leben kommenden Geschwister Kathleen, John F. und Robert F. überlebte.

Ronald D. Gerste gelingt es hervorragend, politische, wirtschaftliche, private und skandalöse Fakten zu nennen, und den Leser gleichzeitig zu informieren und zu unterhalten. „Amerikanische Dynastien" erzählt von Macht und Millionen, Familientradition, Siegen und Scheitern, Tragödien, Glamour und dem schönen Schein. *R. Bellano*

***Ronald D. Gerste: „Amerikanische Dynastien"**, Pustet, Regensburg 2005, geb., 319 Seiten, 26,90 Euro*

Verwaistes Baby im Schnee

Vater und Tochter finden Säugling und geraten in einen Sturm der Gefühle

Auf einem Waldspaziergang finden die zwölfjährige Nicky und ihr Vater Robert Dillon ein neugeborenes Baby im Schnee. In Windeseile bringen die zwei den Säugling ins Krankenhaus und retten somit „Baby Doris", wie es später in der Presse genannt wird, das Leben.

Besonders hart trifft Vater und Tochter dieser Fund, da Nickys Mutter mit ihrer Babyschwester Clara vor nicht allzu langer Zeit tödlich verunglückte. Seitdem wohnen Nicky und Robert abgeschieden am Wald, und Robert, der einst so erfolgreiche Architekt, verdient als Tischler den Lebensunterhalt für die beiden.

Nicht lange nach der Babyrettung steht plötzlich eine junge Frau vor der Tür der Dillons. Daß sie nicht gekommen ist, um sich von den Tischlerfähigkeiten Roberts zu überzeugen, wird bald mehr als offensichtlich.

„Ich bin gekommen, um Ihnen zu danken', sagt sie zu meinem Vater. ‚Wofür?' Und jetzt ist es sie, die überrascht ist. ‚Dafür, daß Sie mein Baby gefunden haben', erklärt sie, und bei dem Wort Baby ist ihre Stimme ganz dünn und leise, als wagte sie es kaum, das Wort auszusprechen ...?"

Aufgrund eines plötzlich einsetzenden Schneesturms fühlt Robert sich dazu genötigt, die junge Frau namens Charlotte erst mal bei sich aufzunehmen.

Nicky ist seelig, endlich wieder eine Frau im Haus zu haben, doch bleibt ihr Vater stur, felsenfest davon überzeugt, Charlotte hätte ihr Baby freiwillig mutterseelenallein im Schnee zurückgelassen.

„Stille über dem Schnee" ist ein anrührender Roman, der die Vater-Kind-Beziehung zwischen Nicky und Robert sehr realistisch darstellt.

Sehr glaubwürdig beschreibt die Autorin Anita Shreve aus der Perspektive der Nicky Dillon die Gefühle und Gedanken einer Zwölfjährigen, die vor nicht allzu langer Zeit Mutter und Schwester verloren hat und sich nun mehr oder weniger um ihren verbitterten und vereinsamten Vater kümmern muß.

Als starker Kontrast in diesem Buch wirkt auf den Leser die stille weiße Schneelandschaft, während drinnen in den Bewohnern des Hauses die Gefühlsstürme wild toben.

Als kleiner Minuspunkt gilt zu verzeichnen, daß das Ende des Romans leider etwas gehetzt wirkt, aber ansonsten ist dieses Buch der US-Bestsellerautorin absolut lesenswert. *A. Ney*

***Anita Shreve: „Stille über dem Schnee"**, Piper Verlag, München 2005, geb., 328 Seiten, 19,90 Euro*

Todesurteile bei Kaffee und Kuchen

Eindringliches Buch über Stalins Privatleben und seine nonchalante Art über Menschenleben zu richten

Es ist schon eine erstaunliche Leistung, die der gerade mal 38jährige Autor Montefiore mit der Veröffentlichung dieses Buches „Stalin, am Hofe des roten Zaren" erbracht hat. Er unternahm in den 90er Jahren – also, als der Aufbruch zu neuen Ufern, weg von der Sowjetmacht, begann, als Archive geöffnet wurden und man einen Hauch von Offenheit spüren konnte – ausgedehnte Reisen in den Kaukasus, in die Ukraine und nach Zentralasien.

Er stöberte in Schriftstücken, vor allen Dingen aber gelang es ihm, Tagebücher der oberen Führungsschicht einzusehen. Wir erleben Stalin, den absoluten Herrscher, deshalb auch der Buchtitel, in familiärer Umgebung, und hier geschieht etwas Erstaunliches. Während wir von Hitler jedes Wort, jede Gefühlsregung, jeden Gedanken zu kennen meinen, müssen wir gleichzeitig feststellen, daß wir von dem zweiten Massenmörder des 20. Jahrhunderts eigentlich wenig wissen. Natürlich gibt es Bücher von dem großen Terror, Aufzählungen und Statistiken der Opferzahlen, aber wer hat schon ausführlich erzählt, wie im engsten Kreis, im Beisein der Frauen oder anderer Familienmitglieder, zwischen Kaffee und Kuchen, über Leben und Tod von einzelnen vermeintlichen Regimegegnern, von Berufsgruppen, ja sogar Volksgruppen entschieden wurde?

Nicht, daß Lenin ein Waisenknabe war, wie viele heute noch glauben. Eine Revolution ohne Erschießungskommandos ist sinnlos, soll er gesagt haben. Systematische Morde sind schon seit 1917 verbürgt. Ein Waisenknabe im Vergleich zu Stalin war er nur, weil er rechtzeitig gestorben ist.

Aber zurück zu Stalin: Im Sommer 1931 spitzten sich starke Versorgungsengpässe zu einer regelrechten Hungersnot zu. Während das Politbüro auf Anweisung Stalins seine bisherigen Schikanen gegen Techniker und Ingenieure lockerte, fing der Terror auf dem Lande an. 180 000 Mann aus den Städten unter Führung hoher Parteigenossen setzten Schußwaffen, Lynchjustiz und das Lagersystem (GULag) ein, um den Widerstand der Bauern zu brechen. Mehr als zwei Millionen traf die Deportation nach Sibirien oder Kasachstan.

Auf einem, übrigens mit Männchen (!) bekritzelten Zettel, hatte Stalin notiert:

„1.) Wer kümmert sich um die Festnahmen? 2.) Was geschieht mit den ehemaligen weißen Soldaten in den Fabriken? 3.) Wie schaffen wir Platz in den Gefängnissen? Schneller erschießen, damit wir Platz für die Kulaken (Bauern) haben? 4.) Wie werden die verschiedenen Häftlingsgruppen behandelt? 5.) Erlaubte Deportationsquoten: 418 000!"

Keine Frage, wer, schuldig oder nicht schuldig, alt oder jung, Mann oder Frau, lediglich die Anzahl!

„Fahren wir ins Grüne!" lud Stalin nach dieser Anweisung Woroschilow ein, machen wir uns ein paar schöne Tage. Seine Datscha und die der anderen Sowjetführer lagen in einer ländlichen Idylle, in Subalowo, nur 35 Kilometer hinter Moskau. In dem üppigen Garten erholte Stalin sich von der „anstrengenden Arbeit" in der Hauptstadt beim Rosenschneiden. Es gab einen Billardraum, eine Bibliothek, ein russisches Dampfbad und ein Kino. Die Kinder gingen in den Wald und suchten Blaubeeren. Zum Kaffee kamen dann die befreundeten Spitzengenossen vorbei, Kaganowitsch, Woroschilow, Mikojan, Bucharin und andere, plauderten und rauchten, abends wurde auch getanzt, während das Land eine Hölle durchlebte.

In diesen Urlaubstagen kam es bei den gegenseitigen Besuchen zu vielerlei Intrigen, viel Klatsch und Tratsch über abwesende Freunde, der zum engeren Kreis gehörende Jagoda berichtete von einem „konspirativen Treffen" der Altbolschewiken Smirnow und Eismont, Stalin ordnete ihre Festnahme an, diese endete grundsätzlich mit Erschießung, und dann ging man zum Essen.

Wie kommt es, daß Stalin bei der Vergangenheitsbewältigung überhaupt nicht erscheint? Im heutigen Rußland mitunter sogar eine gewisse Renaissance erfährt, als Befreier vom Faschismus? In einem Land, das am meisten unter ihm gelitten hat?

Vom XVII. Parteitag fand der Autor ein Album, das bezeichnender Weise fast nur geschwärzt ist oder wo Personen herausgeschnitten wurden, weil von den 1966 Delegierten in den folgenden vier Jahren 1108 festgenommen, die meisten anschließend erschossen wurden!

Stalin griff immer öfter persönlich in die Terrorwelle der Partei ein. So wies er den Leiter des Vollzugsrates an, die Aburteilung der angeblichen Volksfeinde, alles Mitkämpfer der ersten Stunde, binnen zehn Tagen abzuurteilen, um dann die sofortige Hinrichtung durchzuführen! Binnen dreier Jahre wurden kraft dieser Anordnung zwei Millionen Menschen umgebracht.

Als die beiden engsten Vertrauten Lenins, Sinowiew und Kamenew, in Ungnade fielen, wurden auch sie verhaftet, verhört, (Verhöre endeten immer mit Geständnissen) und erschossen, die Leichen äscherte man ein und vergrub die Asche auf dem Donskoi-Friedhof.

Wochen später, bei einem Festessen, ahmte einer aus der Runde das Betteln Sinowiews um sein Leben nach. Er ging aus dem Raum und ließ sich, zum dröhnenden Gelächter Stalins und seiner Kumpane, von zwei anderen in der Rolle von Gefängniswärtern hereinzerren und äffte diesen nach: „Bitte, um Gotteswillen, Genossen, läutet Josef Wissarinowitsch an, er wird mich doch begnadigen, seinen Bruder und alten Kampfgenossen!"

Dieses Buch, so unglaublich das klingt, ist trotz seines grausigen Inhaltes an keiner Stelle überspannt, es regt immer wieder dazu an, mit anderen Menschen darüber zu sprechen. Es half dem Autor, daß viele Briefe Stalins und seiner Genossen erhalten sind, Tagebücher von ihren Frauen eingesehen und noch lebende Verwandte der Ermordeten befragt werden konnten. Im November 1939, der Polenkrieg war gerade siegreich beendet, wurden drei von fünf Marschällen, 15 von 16 Kommandeuren, 60 von 67 Korpskommandeuren liquidiert, immer nach dem gleichen Schema: Verleumden, anklagen, foltern bis ein Geständnis vorliegt, und dann erschießen.

Wenn man sagt, Stalin hat mehr Kommunisten umgebracht als Hitler, so entlastet das Letzteren zwar nicht, aber es stimmt.

Man gab nicht einmal mehr Namen von Verdächtigen vor, sondern nur noch Quoten. Am 2. Juli 1937 wies das Politbüro auf Anweisung Stalins die örtlichen Parteisekretäre an, „antisowjetische Elemente" festzunehmen und zu erschießen.

Am 30. Juli legte Jeschow, Nachfolger von Jagoda, eine Verordnung vor, wonach die Regionen zweierlei Quoten erhielten: Kategorie 1: Erschießen: 72 950 Kategorie 2: Deportation: 259 450.

Die Quoten wurden befehlsgemäß in kürzester Zeit erfüllt, die örtlichen NKWD-Leute baten deshalb um höhere Zuteilungen, die prompt „bewilligt" wurden. Chruschtschow ordnete von Moskau aus die Erschießung von 55 700 Verdächtigen an, womit er die angeordnete Quote 50 000 übererfüllte. Am 10. Juli 1937 ersuchte er Stalin, weitere 2 000 Verräter hinrichten zu dürfen.

Chruschtschow, Molotow, Bulganin waren an diesen Metzeleien führend beteiligt.

Diese Massenmörder standen im Oktober 1955 dem deutschen Bundeskanzler Adenauer gegenüber, als er um die Rückführung der letzten deutschen Kriegsgefangenen und bis weit nach Kriegsende verhafteten Männer und Frauen kämpfte, die Bulganin wörtlich als „Gewürm, nicht wert, auf der Erde zu leben" bezeichnete!

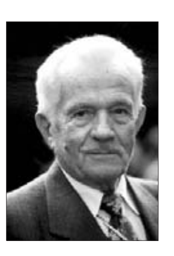
20 Millionen Ermordete war die Bilanz der „glorreichen" Führung des kommunistischen Staates, eines Staates, der den neuen Menschen erschaffen wollte.

Ganz sicher liegt auch hier der Schlüssel für die bestialische Grausamkeit, mit der die Rote Armee Osteuropa „befreite", Menschen, die nie etwas anderes kennengelernt haben, benahmen sich so, wie sie es zu Hause gewohnt waren.

Herrn Montefiore ist ein Buch gelungen, das lexikonartig dieses Verbrechersystem aufdeckt, 120 Seiten Quellennachweise vertiefen die Glaubwürdigkeit dieser unglaublichen Berichte. Es ist ein absolutes Muß, wenn man mitreden möchte über Massenmörder im 20. Jahrhundert, aber auch, wenn man vielleicht dem Gedanken nachhängt, alles war ja bestimmt nicht so schlimm. Doch, das war es! *Lothar Scholz*

***Simon Sebag Montefiore: „Stalin, am Hofe des roten Zaren"**, S. Fischer-Verlag, Frankfurt / M. 2005, geb., 872 Seiten, 25,20 Euro*

»Moment mal!«



Vergewaltigungen deutscher Frauen kein Thema

Von Klaus Rainer Röhl

Ende April wird die erste deutsche Ausstellung über Flucht und Vertreibung im Bonner „Haus der Geschichte“ geschlossen. Über die Ausstellung haben wir bei ihrer Eröffnung berichtet. Wie alle Vertriebenen, die entgegen fester Versprechungen immer noch kein eigenes Zentrum gegen Vertreibungen besitzen, haben wir uns darüber gefreut, daß 60 Jahre nach der völkerrechtswidrigen Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus ihrer Heimat ihr Schicksal in dem zentralen deutschen Geschichtsmuseum Thema wurde.

Die Ausstellung geht jetzt nach Berlin und Leipzig. Hoffentlich nicht in unveränderter Form. Denn hinter den Kulissen wird seit einem Jahr ein Konflikt verborgen gehalten, der seit Eröffnung der Ausstellung zwischen dem Ausstellungskurator und seinen Kritikern schwelt. Dabei geht es nicht darum, was Gutes und Lobendes über die Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ zu sagen, sondern darum, was in dieser Ausstellung fehlt, so auffällig fehlt, daß man getrost davon sprechen kann, daß dieses Thema bewußt ausgeblendet werden sollte: Daß viele Hunderttausende deutscher Frauen und Mädchen, viele von ihnen noch Kinder, während der Flucht oft wochenlang vergewaltigt wurden, von russischen Soldaten und auch von Angehörigen der polnischen und tschechischen Milizen. Viele der Frauen und Mädchen haben die Folgen der massenhaften Vergewaltigungen nicht überstanden, Tausende gaben sich auch selbst den Tod. Wer dennoch überlebte, war oft für immer traumatisiert, ebenso wie die Kinder, die die barbarischen Akte mit ansehen mußten. Längst sind die Morde, schweren Körperverletzungen und Vergewaltigungen als Kriegsverbrechen geächtet, und überall auf der Welt werden sie heute als solche gebrandmarkt, ob sie in Bosnien, in Albanien, in Afrika oder in Asien verübt werden, und fast jeden Tag wird über Vergewaltigungen berichtet und die Täter werden, wenn möglich vor dem Kriegsverbrecher-Tribunal angeklagt, gleich, ob es um Frauen und Mädchen in Sudan, in Uganda, oder, wie in diesen Tagen im Kongo geht.

Nur für deutsche Opfer schien bisher kein Interesse zu bestehen – dabei handelt sich bei den gezielten Massen-Vergewaltigungen der Roten Armee um das größte Gewaltverbrechen der Nachkriegszeit.

Deutsche Gutmenschen, bei denen die Umerziehung in der dritten Generation schon ins Groteske umgeschlagen ist, haben im Jahr 2006 auch dafür noch eine Entschuldigung zur Hand. Und viel Verständnis.

Diese jungen Soldaten, sagen uns manche unserer nach 1945 geborenen Gutmenschen, mordeten und vergewaltigten deutsche Mädchen und Frauen, weil nach vielen Monaten der gnadenlosen

Ausstellungsmacher hat vermutlich Angst vor Tabubruch

Kämpfe mit den deutschen Soldaten – Gefangene wurden auf beiden Seiten kaum noch gemacht – nur noch Haß gegen die Deutschen kannten und diesen Haß auf die deutschen Frauen übertrugen. Und ihn an ihnen ausließen.

Außerdem hätten die jungen Soldaten bei ihrem Vormarsch überall die von Deutschen zerstörten Dörfer und Städte und ihre getöteten Landsleute gesehen, und so aus Rache die Gewalttaten an Frauen begangen. Diese These wird uns immer wieder aufgetischt, wenn von den Vergewaltigungen der Roten Armee die Rede ist, auch in Guido Knopps Fernsehserie „Die große Flucht“. Die sich im Wortlaut gleichenden, fast stereotypen Erklärungen, vorgetragen von wohlmeinenden, letzten Endes aber voreingenommenen Publizisten und Wissenschaftlern, sogar von Augenzeugen und Opfern selbst (!) sollen Kriegsverbrechen entschuldigen, die auch gern abschwächend „Übergriffe“ genannt werden.

Auffallend oft, meist erst auf bohrende Nachfragen der Reporter, kommt der Hinweis auf die Verbrechen der Nazis, an deren Schuld ohnehin niemand der Zuschauer gezweifelt hat. Vielleicht steckt keine Absicht dahinter, aber die Wirkung ist eindeutig. Die Kriegsverbrechen der Russen, Polen oder Tschechen werden relativiert. Sie sollen gegen deutsche Geiselmorde und andere Kriegsverbrechen aufgerechnet werden.

Aber man kann Völkermord und Kriegsverbrechen nicht relativieren und die Toten nicht gegeneinander aufrechnen. Das genau ist ja die Methode der Rechtsextremisten. Und der Stalin-Anhänger, von denen es in Deutschland weit mehr bekennende Anhänger gibt als NPD-Leute.

Außerdem sprechen die heute bekannten Tatsachen gegen die Rache-These. Die kämpfende, kampfgewohnte Truppe, vor allem die Besatzungen der Panzer und Sturmgeschütze, das bestätigen alle Augenzeugen, vergewaltigte im allgemeinen nicht, griff vielleicht nach Uhren und Schnaps und zog rasch weiter. Die nachrückenden Reserven junger Rekruten aber hatten in ihrer Heimat, der Mongolei keine Toten oder verbrannte Häuser zurücklassen müssen, die sie jetzt an halbwüchsigen Mädchen oder alten Frauen hätten rächen wollen. Sie hatten gerade, einige Wochen zuvor, bei ihrem Einmarsch ins Baltikum, auch die Frauen und Kinder der Letten, Esten und Litauer vergewaltigt und getötet. Sie wurden mit der gleichen Brutalität behandelt, wie später die jungen Mädchen und Frauen aus Ostpreußen.

Die jungen Männer aus der Mongolei, die im Raum Königsberg und in Danzig, in Pommern und in Schlesien besonders barbarisch wüteten, waren nicht grausamer geboren als andere Männer. Der Grund für die an allen Frontabschnitten auftretenden Gewalttaten und Morde war ein anderer: Sie begingen die Verbrechen, weil sie es durften. Weil das Gewaltverbot, das seit Kain und Abels Zeiten gilt, für sie aufgehoben war.

Den angeblichen „Rassestolz“ der deutschen Frauen sollten die russischen Soldaten nach einem Aufruf des Schriftstellers Ilja Ehrenburg durch massenhafte Vergewaltigungen „brechen“. Wörtlich heißt es in einem Flugblatt aus dem November 1944: „Folgt der Weisung des Genossen Stalin und zerstampft für immer das faschistische Tier in seiner Höhle. Brecht mit Gewalt den Rassehochmut der germanischen Frauen! Nehmt sie als rechtmäßige Beute!“ Die Urheberschaft des berühmten Schriftstellers an diesem Text ist nicht zweifelsfrei nachzuweisen, aber seine rund 3000 veröffentlichten Flugblatt-Texte und Aufrufe atmen den gleichen Geist des Hasses.

Der Ermunterungen durch solche Flugblätter bedurften die jungen Soldaten aus den asiatischen Provinzen der Sowjetunion nicht – sie wußten schon, was sie mit den Frauen und Mädchen tun wollten – und taten. Das, was sie in ihren verborgensten Träumen und Phantasien schon immer

Prominente setzten sich vergebens für das Thema ein

gewollt hatten, das gleiche, was sich alle potentiellen Sexualtäter und Mörder überall auf der Welt auch heute in ihren gar nicht so seltenen Gewaltträumen wünschen, was aber in allen Kulturstaaten mit lebenslangem Gefängnis oder der Todesstrafe bedroht ist: Das junge Mädchen, die Frau demütigen, mit Gewalt nehmen, dem Opfer Schmerz zufügen und es am Ende sogar ermorden.

Tatsächlich wurden die bis zur Bewußtlosigkeit mißbrauchten deutschen Frauen und halbwüchsigen Mädchen von den russischen Soldaten nicht selten nach der Vergewaltigung getötet. Viele empfanden es als Erlösung.

Seit Eröffnung der Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“ fordert eine Kölner Frauenhilfsorganisation „medica mondiale“ in Gesprächen mit dem Ausstellungsleiter Hans-Joachim Westholt eine „angemessene Würdigung des Themas“.

Aber nicht einmal, als Prominente wie die Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich oder ihr Kollege Horst Eberhard Richter Protestbriefe schrieben, wurde eine Ergänzung der Ausstellung ins Auge gefaßt.

Es war offenkundig, daß der Kurator während der ganzen Zeit das Thema blockierte. Angeblich sei das Thema Vergewaltigung nicht ins Bild zu setzen. Obwohl die Ausstellung zahlreiche Tonbanddokumente anbietet, in der Betroffene über ihre Erlebnisse erzählen, und Presseausschnitte, Filme, Akten und wissenschaftliche Dokumentationen über Einzelheiten der Vertreibung sonst ausführlich berichten. Selbst als „medica mondiale“ dem Kurator das Buch eines Opfers für die Ausstellung anbot, blockte Westholt ab. Dabei gibt es nicht nur ein Buch einer Frau über ihre Vergewaltigung.

Die Vertriebenenverbände haben Tausende von Augenzeugenberichten betroffener Frauen, auch als Videofilme gesammelt, und solche Interviews sind auch bereits mehrfach im deutschen Fernsehen gesendet worden, unter anderem in Filmen von Guido Knopp.

Eine Woche vor der Schließung der Ausstellung in Bonn (!) lenkte der Ausstellungskurator in einem Gespräch mit dem „Kölner Stadtanzeiger“ vom 14. April plötzlich ein und erklärte, er würde einen Ausweg aus der verfahrenen Situation begrüßen. Seitdem warten die Redaktion des „Kölner Stadtanzeigers“ und die Frauen von „medica mondiale“ gespannt darauf, daß Herr Westholt sich bei ihnen meldet.

Möglichkeiten, nun auch das Thema der Massenvergewaltigungen angemessen in der Ausstellung zu realisieren, gäbe es viele. Die Sprecherin der Frauenhilfsorganisation, Margret Meyer, bezweifelt allerdings den guten Willen des Ausstellungskurators: „Herr Westholt wollte das Thema einfach nicht, weil es ein Tabu berührt“, vermutet sie. Auf seine Stellungnahme darf man gespannt sein.

Preußische Zeitung

Unabhängige Zeitung  für Deutschland

Jahrgang 9 – Folge 1 22. April 2006 Landsmannschaft Ostpreußen e. V. Parkallee 84/86, 20144 Hamburg

Neuer Glanz am Heiligen See



Königliche Wohnräume: Die eindrucksvolle Innenausstattung des Marmorpalais in Potsdam Foto: spsg

Ein Kleinod unter den preußischen Schlössern ist nach jahrelanger Sanierung ab sofort wieder der Öffentlichkeit zugänglich – das Marmorpalais am Potsdamer Heiligen See.

Der namengebende schlesische Marmor der Architekturglieder an der Fassade erstrahlt in neuem Glanz. Der zweigeschossige Prunkbau mit Belvedere auf dem Dach, 1787–1793 erbaut als Sommerschloß des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm II., liegt malerisch in die Potsdamer Havellandschaft eingebettet. Weite Blickachsen hin zur Pfaueninsel und in die großzügige Gartenanlage vermitteln noch heute die königliche Atmosphäre vergangener Zeiten.

Schon als Kronprinz hatte Friedrich Wilhelm das Grundstück am See erworben, es sich als Idealstandort seiner Schloßträume erwählt – ein Ort, der seinem Privatleben vorbehalten sein sollte. Carl von Gontard und Carl Gotthard Langhans errichteten den Backsteinbau zur Thronbesteigung des Prinzen im frühklassizistischen Stil. Durch Anbau zweier eingeschossiger Seitenflügel wurde das „neue Haus“ ab 1797 von Michael Philipp Boumann (d. J.) erweitert. Das inzwischen zu klein gewordene Palais wurde von Anfang an in bewußter Distanz zu Barock und Rokoko, den bevorzugten Baustilen Friedrichs des Großen konzipiert. Ein äußerlich wie innerlich stilgebender Bau für Preußens Klassizismus.

Friedrich Wilhelm II. erlebte die Vollendung seines Traumes nicht mehr – die Arbeiten dauerten über seinen Tod bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. Nach der Vollendung der Anbauten 1848 zogen in den Sommermonaten Prinz Albrecht, Prinz Friedrich Carl und andere herrschaftliche Gäste in die neuen Wohnräume des Nordflügels. Ab 1881 bewohnte das spätere Kaiserpaar Wilhelm II. und Auguste Victoria das Palais. 1907 wurde Prinz Louis Ferdinand (sen.) von Preußen im Marmorpalais geboren. Bis zur Fertigstellung des Schlosses Cecilienhof 1917 war das Palais bevorzugter Wohnort preußischer Prinzen. Nach Ende der Monarchie kam das Marmorpalais in die Obhut der Preußischen Schlösserverwaltung. Ab 1932 war es der Öffentlichkeit als Schloßmuseum zugänglich. Nach der Beschädigung im Zweiten Weltkrieg fristete es ein Schattendasein.

Die kostbare Innenausstattung königlicher Tage ist nun aufwendig wiederhergestellt worden. So der Grottensaal, der Konzertsaal und die Wohnräume des Königs. Sie sind prachtvoll mit Intarsien, Seidenbespannung, Stukkaturen, Marmorkaminen, Gemälden und Kunsthandwerk ausgestattet.

Herausragend ist die kostbare englische Wedgwood-Keramik. Das orientalische Kabinett wölbt sich heute wieder als seidenes Zelt über die Besucher.

Von der einstigen Pracht war nach 40 Jahren DDR-Tristesse wenig übrig geblieben.

Durch Brandbomben schwer beschädigt, mußte das Schloß ab 1946 als sowjetisches Offizierskasino herhalten. Von 1961 bis 1989 beherbergte es das Armeemuseum der DDR.

Zwischen Raketen- und T-34-Panzerexponaten verfiel die einstige Residenz zusehends. 1988 wurde mit den Restaurierungsarbeiten begonnen, 1997 war das Schloß wieder zu besichtigen. Nach erneuten Rekonstruktionsmaßnahmen können die Besucher den Einrichtungsgeschmack der Wilhelmine Enke nun wieder bewundern.

Die „schöne Wilhelmine“ nahm als Mätresse Friedrich Wilhelm II. starken Einfluß auf die Gestaltung des Baus. Der König adelte seine Einrichtungsberaterin 1796 zur Gräfin Lichtenau, ihr Palais Lichtenau steht ebenfalls auf einer Sichtachse zum Marmorpalais. *Sverre Gutschmidt*

Bürger – Einwohner – Mitbürger

Steht das traditionelle Bürgertum vor der Auflösung? – Wie mit Begriffen Politik und Stimmung gemacht werden

Von Rudolf Dorner

Kaum ein Begriff des alltäglichen Sprachgebrauchs wird derart unpräzise und gedankenlos verwendet wie der des Bürgers.

Gemeinhin wird darunter schlicht jeder Einwohner oder Bewohner einer Gemeinde mit registriertem oder wie man sagt, „festem“ Wohnsitz verstanden. Bekanntlich leitet sich das Wort „Bürger“ von „Burgbewohner“ ab, der geschützt innerhalb der Burgmauern wohnte, während sich das andere „Volk“ außerhalb der Mauern niederlassen mußte. Die Differenzierung blieb auch nach Urbanisierung des Landes bestehen. Bürger einer freien Reichsstadt zu werden, war an ganz bestimmte Voraussetzungen geknüpft, wie Haus- und Grundbesitz, Ausübung bestimmter Berufe, die Fähigkeit, seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können, die Entrichtung einer Bürgersteuer. Die Hürden waren von Stadt zu Stadt unterschiedlich hoch und viele Anwärter mußten eine lange Bewährungszeit in Kauf nehmen, bis sie den begehrten Bürgerbrief ausgehändigt bekamen. Man war stolz, dem Bürgerstand anzugehören.

Waren es über Jahrhunderte hinweg mehr oder weniger materielle und standesmäßige Merkmale, die das mittelalterliche Bürgertum kennzeichneten, so brachte die Französische Revolution von 1789 einen tiefgreifenden Einschnitt mit sich. Die Devise „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ stand zum bislang festgefügten gesellschaftlichen Ordnungssystem in krassem Widerspruch. Ideologische, politische und staatsrechtliche Postulate bestimmten von nun an den gesellschaftlichen Status. In der „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ im Jahr 1789 und in der französischen Verfassung von 1791 fanden die Ideen für die Schaffung einer egalitären Bürgergesellschaft ihren deutlichen Niederschlag. Fortan war statt vom „bourgeois“, dem Erwerbs- und Besitzbürger, vom „citoyen“, dem neu geschaffenen Staatsbürger, die Rede, zu dessen Leitbild die Ziele der Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ erhoben wurden. Der wohlhabende bourgeois wurde ob seiner auf Eigennutz und Erhaltung seines Besitzstandes gerichteten Einstellung sowie seiner passiven Haltung gegenüber der Allgemeinheit meist als bloßer „Nutznießer“ betrachtet. Zwei wesentliche Faktoren der Französischen Revolution brachten neue, umwälzende Änderungen für das konservative Bürgertum: die begriffliche und rechtliche Entwicklung des Stadt- oder Ortsbürgers zum Nationalbürger bzw. Staatsbürger (der selbstverständlich Franzose sein mußte) und die in der „Declaration des droits de l'homme et du citoyen“ vom 26. August 1789 niedergelegten Menschenrechte, die dann in der Verfassung von 1791 noch wesentlich erweitert wurden. Die Verknüpfung von Bürgerrechten und Menschenrechten hat bei der Konzeption der in Europa neu entstehenden Nationalstaaten zu kontroversen Diskussionen geführt. Denn Menschenrechte stehen ihrem Wesen nach jedem Menschen zu, während der Staat seinen Bürgern auch Pflichten auferlegt. Kein Staat ist auf Dauer existenzfähig, der seinen Angehörigen nur Rechte gewährt und Nicht-Staatsbürger von jeglichen Pflichten freistellt. Damit würde er sich nicht nur seiner materiellen Grundlagen berauben, sondern auch gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz verstoßen. – Die „Errungenschaften“ der Französischen Revolution haben sich im deutschen Bürgertum, mit Ausnahme der französisch orientierten Rheinprovinzen, nicht durchgesetzt. Das städtische Bürgerrecht war bis ins späte 19. Jahrhundert hinein an Grundbesitz und Berufe geknüpft. Auch nach den preußischen Reformen bestanden vielfach Privilegien, Ausnahmeregelungen und Rangunterschiede, die im Zunft- und Standeswesen wurzelten. Durch die Aufklärung und den politischen Liberalismus setzte sich aber zunehmend die Erkenntnis vom immateriellen Wert der Bildung durch. Damit wurde der Erwerb der Bürgerrechte für die gebildeten, aber besitzlosen Schichten ermöglicht. Aufstiegschancen bot hier der Staatsdienst, speziell Verwaltung, Justiz, Militär und wissenschaftliche Einrichtungen, wie Universitäten, Akademien und andere wissenschaftliche Institute. Im Zuge der Industrialisierung entstand dann die neue Schicht der Wirtschaftsbürger, während die rasch wachsende Schicht der lohnabhängig Beschäftigten dem Stand der Einwohner, auch vierter Stand genannt, zugeordnet wurde. Ihre Mitbestimmungsmöglichkeit in öffentlichen Angelegenheiten war durch das Zensuswahlrecht stark eingeschränkt beziehungsweise ausgeschlossen. Bekannt ist das in Preußen 1849/50 eingeführte Dreiklassen-Wahlrecht, das erst in der Novemberrevolution von 1918 abgeschafft wurde. In seiner Verfassung vom 16. April 1871 hat das Deutsche Reich auf die Aufnahme von Grund- und Bürgerrechten verzichtet, übrigens ebenso die französische Verfassung von 1875. Der aus zahlreichen Kleinstaaten entstandene deutsche Nationalstaat machte es unumgänglich, die Staatsbürgerschaft an andere Voraussetzungen zu knüpfen als die Stadt- und Ortsbürgerschaft. Bedingt durch neue, umfangreiche Aufgaben wie neuer, nationaler Institutionen und Körperschaften, eines stehenden Heeres sowie einheitlicher Reichsgesetze, sah sich der Nationalstaat gezwungen, seinen Schutzbefohlenen gleiche Rechte einzuräumen und ihnen aber zugleich als Gegenleistung neue oder größere Pflichten aufzuerlegen. Hier sei besonders die allgemeine Steuerpflicht und die allgemeine Wehrpflicht genannt. Das Gros der Bürger konnte auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis nach dem Ersten Weltkrieg keinen nennenswerten Einfluß auf politische Entscheidungen nehmen. Dennoch spielte das deutsche Bürgertum in Wirtschaft, Wissenschaft, Rechtswesen und Kultur eine herausragende Rolle.

> Noch nie hat sich in Deutschland ein derart starker Umbruch vollzogen

Mit anderen Worten: Es bildete die staatstragende Schicht. Sein Lebensstil galt sowohl als prägend als auch als erstrebenswert. Kurzum: Das Bürgertum setzte Maßstäbe. Sind diese Maßstäbe in der Gesellschaft von heute noch gültig oder was hat sich verändert?

Noch nie in der neueren Zeitgeschichte Deutschlands hat sich ein derart starker wirtschaftlicher, mentaler und gesellschaftlicher Umbruch vollzogen wie in der

Fortsetzung auf Seite II

Deutsche Geschichte – geschrieben in Ortelsburg

Friedrich Wilhelm III. wies den Weg zu einem neuen Staat

Im Jahre 1806 erlebte das Königreich Preußen die bis dahin schwärzesten Stunden seiner Geschichte. Auf den Schlachtfeldern bei Jena und Auerstedt erlitt seine Armee am 14. Oktober 1806 gegen die Franzosen verheerende Niederlagen. Die geschlagenen Truppen lösten sich bei der Verfolgung durch den Gegner weitgehend auf, viele Festungen ergaben sich unrühmlich.

Schon elf Tage später war Berlin in der Hand der napoleonischen Truppen. Regierung und Königshof wichen nach Ostpreußen aus. Dort standen noch wenige einsatzbereite Regimenter, und dorthin zogen sich ebenfalls die Trümmer des zerschlagenen Heeres zurück.

Auf diesem Rückzug residierte der preußische König, weil er unbedingt in der Nähe der kämpfenden Truppe bleiben wollte, vorübergehend in Ortelsburg. Für die Ortelsburger und die Bewohner der Umgebung waren das sicher unerhörte und aufregende Zeiten. Wohl nur wenige hatten vorher das Königspaar gesehen, jetzt war es plötzlich mit den wichtigsten Leuten des Staates täglich mitten unter ihnen.

Dabei muß man bedenken, daß Ortelsburg zwar eine Stadt, aber auch nach damaligen Begriffen von sehr bescheidenen Ausmaßen war. Es zählte keine 150 Wohnhäuser und nur wenig über eintausend Einwohner. Viele Gebäude waren noch strohgedeckt. Später sollte die Luisenstraße an den Aufenthalt der unvergessenen preußischen Königin erinnern, dazu eine Gedenktafel an dem Haus, in dem sie gewohnt hatte.

Königshof war vor Napoleon nach Ostpreußen geflüchtet

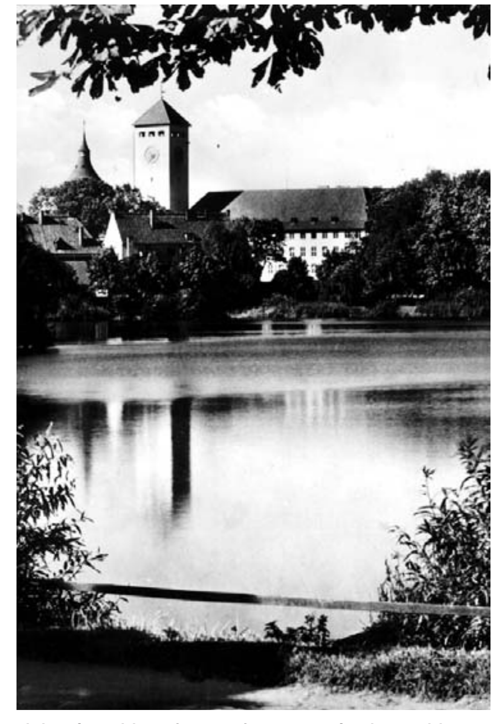
Aber diese Tage in Ortelsburg hatten nicht nur Bedeutung für unsere persönlichen Vorfahren, sie hatten Bedeutung für den gesamten preußischen Staat und darüber hinaus für die deutsche und die europäische Geschichte. Mitten in Rückzug und Chaos begann das, was später als preußisches Reformwerk in die Geschichtsbücher eingehen sollte und den Wiederaufstieg Preußens markierte. Und dieser Aufstieg Preußens war letztlich Voraussetzung für die spätere Schaffung eines deutschen Nationalstaates.

Am 1. Dezember 1806 erschien mit der Unterschrift des Königs Friedrich Wilhelm III. das „Ortelsburger Publicandum", oder – wie es vollständig heißt – „Publicandum wegen Abstellung verschiedener Mißstände bei der Armee". Es legte die Grundlage für die militärische Reorganisation der Streitkräfte durch Bestrafung der Hauptschuldigen an der Katastrophe und durch Anweisungen für die Erhaltung der Disziplin und Ordnung. Damit sollte zunächst das militärische Überleben gesichert werden.

Das „Ortelsburger Publicandum" zeichnete aber gleichzeitig mit völlig neuen Bestimmungen für die Beförderung zum Offizier, für die Witwenversorgung und für das Verbot, in der feindlichen Armee zu dienen, den künftigen Weg der Reformen vor.

Deshalb war es weit mehr als das verzweifelte Aufbäumen gegen den Untergang einer ruhmreichen Armee und hatte nicht nur Bedeutung für das Heer. Es beschritt vielmehr, wenn auch zunächst sehr bescheiden, den Weg zu einem neuen Staat. Beförderung zum Offizier nicht nach Stand, sondern nach Verdienst und Witwenversorgung war ein wichtiger Einstieg zur Überwindung des Ständestaates. Verbot des Dienstes in der feindlichen Armee war ein Schritt zur Schaffung eines echten Nationalstaates.

In Ortelsburg wurde 1806 deutsche Geschichte geschrieben, auch wenn das den Ortelsburger Bürgern damals kaum bewußt geworden sein dürfte. Nie zuvor und danach sollte der Name der Stadt mit einem derart wichtigen Ereignis in Verbindung stehen. *Dietrich Lenski*



Blick auf Ortelsburg (um 1930): 1806 war für die Ortelsburger ein geschichtsträchtiges Jahr. Damals beherbergte das kleine Städtchen den preußischen König. Foto: Archiv

Bürger – Einwohner – Mitbürger: Auflösung des Bürgertums?

Fortsetzung von Seite I

Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Hatte das Bürgertum schon durch die Folgen des Ersten Weltkriegs – Weltwirtschaftskrise, Inflation und politische Umwälzungen Einbußen erlitten, so brachte der totale politische, wirtschaftliche und staatliche Zusammenbruch ab 1945 eine bislang nicht gekannte Zerstörung des Staatsgefüges und der herkömmlichen bürgerlichen Ordnung mit sich. Nachdem der Bombenkrieg schon nahezu alle Städte zerstört hatte, strömten nun 15 Millionen Menschen aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches und Volksdeutsche aus den deutschen Siedlungsgebieten in Ost- und Südosteuropa in das weitgehend verwüstete und in vier Besatzungszonen aufgeteilte Restdeutschland. Ob es sich um geflohene oder vertriebene Reichsbürger oder um ausgewiesene Volksdeutsche handelte, war damals kaum Streitgegenstand rechtlicher Erörterungen des Bürgerbegriffs. Man unterschied lediglich in Alt- und Neubürger oder in Eingesessene und Zugereiste. Von Bedeutung war die Unterscheidung in luftkriegsgeschädigte Altbürger, in Vertriebene sowie in Flüchtlinge aus der Sowjetisch besetzten Zone (SBZ) beziehungsweise der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) vor allem im Hinblick auf ihre Berechtigung zum Lastenausgleich, die Gewährung von Fördermitteln für Existenzaufbau und Haushaltsgründung. Die Frage der Staatsbürgerschaft stellte sich erst nach der Gründung der Bundesrepublik und der DDR durch die unterschiedliche Ausgestaltung der Staatsbürgerrechte nach dem Grundgesetz und den Verfassungen der DDR.

Erst durch den massenweisen Zuzug von Gastarbeitern mit Familiennachzug und insbesondere die Zuwanderung von Millionen ausländischer Personen aller Ethnien in das gelobte Wirtschaftswunderland Westdeutschland rückte die Frage nach der Rechtsstellung der Zugewanderten, speziell der Asylbewerber, in den Fokus rechtlicher und soziologischer Auseinandersetzungen, insbesondere in den Bereichen Verfassungsrecht, Gesellschaftswissenschaften und Medien. Es entstand eine unübersehbare Literatur, die sich weniger mit Bürgerrechten oder Bürgerpflichten befaßte als vielmehr mit der Analyse und Beschreibung des vom Volk zur Gesellschaft mutierten Sozialgebildes. Der Bürger tauchte als Begriff hauptsächlich nur noch als Verwaltungsobjekt auf: als Staatsbürger, Bundesbürger, Wahlbürger, mündiger Bürger und gelegentlich als Ehrenbürger. Die Medien befaßten sich eher mit „Kleinbürgern, Großbürgern, Wohlstandsbürgern, Spießbürgern und Weltbürgern."

Der frühere Bundespräsident Johannes Rau pflegte in seinen Reden gern von „Mitbürgern" zu reden, wenn er in Verkennung des Staatsbürgerrechts Zuwanderer meinte, eine damit höchstinstanzlich geprägte politisch-korrekte Bezeichnung, die sich inzwischen bei deutschen Gutmenschen „eingebürgert" hat. Kann man daher vom Normalbürger eine genaue Deutung seines Rechts- und Gesellschaftsstatus verlangen? Kann man von einem mündigen Bürger sprechen, der laut Grundgesetz an der politischen Willensbildung mitwirken soll? Bürgerrechte bedingen notwendigerweise auch Bürgerpflichten. Das muß auch für Zugewanderte, die Bürger dieses Staates werden wollen, gelten. Es ist bezeichnend, daß der deutsche Gesetzgeber die Einbürgerung nicht ausdrücklich an konkrete Pflichten knüpft, sondern vom Bewerber lediglich die Abgabe einer Erklärung verlangt, daß er das Grundgesetz und die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland achten wird. Diese Erklärung schließt kein patriotisches Bekenntnis ein. Ein solches zu verlangen, wäre auch illusorisch, da auch von deutschstämmigen Staatsbürgern allenfalls „Verfassungspatriotismus" erwartet wird. Der Identitätsverlust vieler Deutscher hat somit zur Umdeutung des Begriffes „Volk" in „Bevölkerung" und von „Bewohner" oder „Einwohner" in „Bürger" geführt, eine logische Folge, wenn Rechtsbegriffe als „Formalkram" bezeichnet werden.

Rechte bedingen auch Pflichten

Wertmesser sind nunmehr vorwiegend materielle Merkmale. An die Stelle des Bürgertums ist der an Besitz, Umsatz und Einkommen gemessene „Mittelstand" getreten. Das Beiwort „bürgerlich" in bezug auf Tradition, Konvention, Standesbewußtsein, Familienleben, Tugenden, Umgangsformen, Wohnverhältnisse, Kleidung, Bildung und Kultur wird eher abwertend als anerkennend verwendet.

Die geschichtliche Entwicklung des Bürgertums zeigt, daß der Begriff „Bürger" – sieht man von seiner Zweiteilung in Stadtbürger und Staatsbürger ab – seine Wesensmerkmale beibehalten hat. Tiefgreifend verändert haben sich jedoch Wertorientierung und Rangordnung des Bürgertums innerhalb der modernen Gesellschaft. Die heile Welt des Bürgertums, wenn auch oft idealisiert, hat sich, bedingt durch Krieg und Kriegsfolgen und die Einflüsse der Migration, bis in ihre Grundfesten verändert. Die materiellen Schäden waren relativ schnell behoben. Den Verfall der bürgerlichen Werte wollen viele nicht zur Kenntnis nehmen.

Wohlstandsstreben, Gleichgültigkeit gegenüber den Belangen und Interessen des eigenen Volkes und Staates kennzeichnen die Einstellung und das Verhalten vieler Bürger. Egoismus statt Gemeinwohl, Gesellschaft statt Volk sind die Symptome. In der Konsum- und Spaßgesellschaft lebt man gegenwartsbezogen statt in Generationen zu denken. Die Langfristfolgen werden nicht ernstgenommen bzw. von Politik und bestimmten Medien bewußt kaschiert.

Die Erfahrungen der letzten drei Jahrzehnte haben jedoch gezeigt, daß ein über Jahrhunderte gewachsenes Staatswesen und -gefüge, geprägt durch die Gemeinsamkeit des Schicksals, der Geschichte, Kultur und Zivilisation und daraus entstandener Gemeinschaft, nicht folgenlos Millionen von Menschen unterschiedlicher Ethnien und Kulturen in den gewachsenen Organismus aufnehmen kann. Es ist ein verhängnisvoller Trugschluß der auf die Menschenrechte pochenden Gutmenschen und der Protagonisten der Völkervermischung, die durch die unbeschränkte Gewährung von Aufenthaltsrecht und Einbürgerung sowie Duldung doppelter Staatsangehörigkeit entstehenden Konfliktherde in Form von Parallelgesellschaften, Randgruppen und Ghettobildung nicht wahrhaben oder beschönigen zu wollen und statt dessen von kultureller Bereicherung sprechen, wo es sich in Wirklichkeit um Multikulti-Folklore auf Stadtteilfesten oder um andere exotische Angebote handelt. Weder Verniedlichung noch Verharmlosung können die Überfremdungsangst des einheimischen Bürgers und damit seine Abwehrhaltung gegenüber nicht integrationsfähigen oder -willigen Zuwanderern verhindern, sondern eher noch verstärken. Wer deshalb den Begriff „deutsche Leitkultur" für unzumutbar hält, bringt damit seine eigene beliebige Identität zum Ausdruck. Als Individuum bleibt ihm das unbenommen, als Volksvertreter ist er gemäß Grundgesetz dem Wohl des deutschen Volkes und damit auch der Erhaltung dessen Identität verpflichtet. Im übrigen: Auch im täglichen Leben hat der Gast die Regeln des Gastgebers zu beachten. Die Marschrichtung der Wertewandler ist erkennbar. Das für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft früher maßgebende Abstammungsprinzip ist zugunsten des Territorialprinzips aufgegeben worden. Die Einräumung des Wahlrechts für Nicht-Staatsangehörige auf Kommunalebene und Erweiterung von politischen Partizipationsmöglichkeiten durch Einrichtung von Ausschüssen und Beiräten, teilweise mit Stimmrecht, sind nur weitere Schritte zur politischen Bevormundung und zur Entmachtung der Stammbürger. Gleichgerichtete Bestrebungen richten sich auf die Beeinflussung des Kultur- und Geisteslebens, die darauf abzielen, mißbeliebige Primärtugenden des Bürgertums zu beseitigen und durch formlose und unverbindliche Regeln einer „Wie-es-beliebt-Gesellschaft", auch mit dem Begriff „Zivilgesellschaft" umschrieben, zu ersetzen.



Hinrichtung Marie Antoinettes: In der Französischen Revolution erhielt der Begriff Bürger eine ganz neue Bedeutung. Dieser prägte ganz Europa. Foto: BpK

Tiefe und bleibende Einbrüche in die Struktur der bürgerlichen Gesellschaft zeichnen sich deutlich ab. Zwar wird das wohlhabende Bürgertum durch steuer- und sozialpolitische Maßnahmen seit geraumer Zeit in seiner materiellen Basis und damit in seiner Selbständigkeit und Unabhängigkeit geschwächt, doch schwerwiegender ist die Bedrohung seiner geistigen und ethischen Grundlagen. Bedroht ist insbesondere jenes Bürgertum, das trotz seiner Vielschichtigkeit traditionelle, sein Wesen bestimmende Grundsätze, Normen und Formen zur Richtschnur seines Verhaltens und seines Handelns macht, und zwar auch in Zeiten der Not. Wird sich dieses Bürgertum den Kräften seiner Auflösung wirksam entgegenstellen? Werden engagierte „Aktivbürger" die Egalisierung, Nivellierung und schließlich Proletarisierung des deutschen Bürgertums verhindern können?

Preußische Zeitung
UNABHÄNGIGE ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
Herausgeber: Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Parkallee 84/86, 20144 Hamburg
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Wilhelm v. Gottberg, Sprecher der LO
Ruf: 0 40 / 41 40 08-0
Fax: 0 40 / 41 40 08-50
http://www.preussische-allgemeine.de
Druck: SHZ GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf

Preußischer Schöngeist im besten Sinne

Erinnerung an den Rittmeister und Schriftsteller Friedrich v. Oppeln-Bronikowski

Von Friedrich-Wilhelm v. Oppeln-Bronikowski

Am 9. Oktober 1936 verstarb in seiner Wohnung in Berlin-Charlottenburg, Mommsenstraße 17, im Alter von 63 Jahren der Rittmeister a. D. und Schriftsteller Friedrich v. Oppeln-Bronikowski. Sein Leben und Wirken steht zwar heute nicht mehr im Blickpunkt des literarischen Interesses. Es lohnt sich trotzdem, an ihn zu erinnern, hatte er sich doch seinerzeit hauptsächlich als Herausgeber und Übersetzer französischsprachiger Literatur einen Namen gemacht, der Eingeweihten auch heute noch bekannt ist. Einige wenige seiner Werke sind in der Nachkriegszeit neu aufgelegt beziehungsweise nachgedruckt worden. Der Brockhaus verzeichnet ihn auch heute noch, außerdem hat er Eingang in verschiedene Enzyklopädien und Literaturlexika gefunden. Einzelne Facetten seines Schaffens sind wissenschaftlich aufgearbeitet, die Ergebnisse zum Teil veröffentlicht worden. Im antiquarischen Buchhandel sind fast alle seine Arbeiten erhältlich; der elektronische antiquarische Buchhandel enthält mehrere hundert Einträge mit seinen Werken.

Einige Werke sind inzwischen neuaufgelegt

Friedrich von Oppeln-Bronikowski wurde am 7. April 1873 in Kassel geboren, wo sein Vater als Königlich Preußischer Oberst Kommandeur der 7. Feldartillerie-Brigade war; 1878 war er als Generalleutnant zur Disposition gestellt worden. Sein Urgroßvater Johann Sigismund war ein Neffe von Johann v. Oppeln-Bronikowski, des ersten Chefs des Preußischen Husarenregiments Nr. 1, der sogenannte ‚Grünen Husaren‘, der Träger des Ordens „Pour le Mérite“ gewesen und 1747 mit 67 Jahren als Generalmajor verabschiedet worden war.

Seine Vatersfamilie gehörte dem lausitzischen Uradel an. Seine Mutter war die älteste von drei Töchtern des deutsch-englisch-russischen Kaufmanns und Konsuls Heinrich Julius Heyn. Seine Frau Frieda entstammt dem hessischen Geschlecht derer v. Stein-Liebenstein. Sein Vater legte naturgemäß Wert darauf, daß sein Sohn, auch um der Familientradition willen, Soldat wurde. Dies entsprach jedoch keineswegs Friedrichs Wünschen, Veranlagungen und schöngeistigen Neigungen. In dieser Konstellation lag der Keim für den Dauerkonflikt mit seinem Vater, der seinen Wünschen mit militärischer Strenge Nachdruck verlieh, und mit dem persönlichkeitsschädlichen militärischen Drill. Er zitiert einmal Stendhals knappes und präzises Wort: „Le sabre tue l'esprit“. Auch seine psychische und körperliche Konstitution schien nicht kräftig genug, um den harten körperlichen Anforderungen wie auch der seelischen Einöde der Kadettenerziehung und des Soldatenberufs standzuhalten. So nimmt es nicht wunder, daß alles auf eine Katastrophe hinauslief: 1896 stürzte er in der Reitbahn von Kassel, wo sein Regiment, das Husarenregiment Landgraf Friedrich II. von Hessen-Homburg Nr. 14, seinen Sitz hatte, so schwer vom Pferde, daß er auf Dauer militärdienstunfähig und infolge dessen als junger Leutnant pensioniert wurde.

Bereits während seiner Kadettenjahre und seiner Militärdienstzeit ging er seinen schöngeistigen Neigungen nach: Er schrieb Gedichte, veröffentlichte seine erste Erzählung, lernte den halben Faust auswendig, zeichnete ein heraldisches Schmuckblatt, schrieb ein Römerdrama und verdeutschte eine Ode des Horaz.

Bald nach seiner Invalidisierung begann er, sich als freier Schriftsteller zu betätigen. Er verarbeitete zunächst seine Erlebnisse, Erfahrungen und Frustrationen literarisch zu Erzählungen und Novellen, die er auch in Broschüren- und Buchform veröffentlichte. Die Quintessenz seiner diesbezüglichen Bemühungen enthält sein 1908 erschienener Roman aus dem Offiziersleben „Der Rebell“. Der Verfasser des Vorworts betont den autobiographischen Charakter dieses Romans, der auch heute noch gelegentlich im antiquarischen Buchhandel zu finden ist. Der „Rebell“ ist natürlich der Romanautor, der sich, allerdings nur verbal, gegen den väterlichen wie den militärischen Zwang auflehnt und gesellschaftskritisch die geächtete Stellung einer schuldlos geschiedenen Frau eines Kollegen beleuchtet, in der unschwer seine Ehefrau zu erkennen ist, die er noch 1896 in Berlin heiratete.

Noch eine dritte Aktivität verzeichnet dieses für ihn hektische Jahr: Er begann im Sommersemester 1896 ein Philosophie-Studium an der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, nachdem er als Externer des Gymnasiums Steglitz binnen eines Monats die Beherrschung der lateinischen und griechischen Sprache nachgewiesen hatte. Er studierte offenbar nicht mit dem Ziel, die Grundlage für einen Zivilberuf zu legen, sondern absolvierte eine Art studium generale, das sich mit der Geschichte der Philosophie (Dilthey), griechischer Philosophie und römischer Geschichte, Philosophie des 19. Jahrhunderts, französischer Literatur und anderen Themen beschäftigte. Mit Beginn des 8. Semesters ließ er sich beurlauben und nahm sein Studium danach nicht wieder auf.

Neben dem Studium begann er, eine starke schriftstellerische Aktivität zu entfalten. Nach einem Intermezzo als Redakteur im Kritik-Verlag von Richard Wrede in Berlin folgte ein erster literarischer Paukenschlag, nämlich die Übersetzung von Maurice Maeterlincks „Schatz der Armen“ mit dem Jugendstil-Buchschmuck des Malers und Graphikers Melchior Lechter, erschienen im Eugen Diederichs Verlag Florenz Leipzig 1898. Maeterlinck nannte das Buch ein typographisches Wunder. Maurice Maeterlinck war ein französisch schreibender Flame und der herausragendste Vertreter des belgischen Symbolismus. Er hat sich intensiv mit deutschen romantischen Philosophen wie Novalis, Herder und Schopenhauer beschäftigt, weshalb ihm eine germanische Affinität bescheinigt worden war. Diese Symbiose zwischen deutschem Tiefsinn und französischem Esprit hatte v. Oppeln angezogen.

Wie er mit Maeterlinck bekannt geworden ist, ist nicht bekannt; vermutlich hat Eugen Diederichs ihn zu Maeterlinck geführt. Es entwickelte sich nach dieser Veröffentlichung eine freundschaftliche Beziehung zwischen beiden Persönlichkeiten, in deren Verlauf Maeterlinck Friedrich mit dem ausschließlichen Recht zur Übersetzung seiner Werke ins Deutsche ausstattete. Diese Freundschaft dauerte, mit der zwangsläufigen Unterbrechung durch den Ersten Weltkrieg, bis zu v. Oppelns Tod. Dem „Schatz der Armen“, einer Sammlung von Essays, folgte eine Vielzahl philosophischer und dramatischer Werke, die unter dem Begriff ‚gesammelte Werke‘ zusammengefaßt wurden. Sie umfaßten schließlich 21 Titel einschließlich eines Bandes „Gedichte“, die v. Oppeln zusammen mit K. L. Ammer (Pseudonym für den österreichischen Schriftsteller Karl Klammer) übersetzte. Sie erhielten nicht mehr die bibliophile Ausstattung der Erstauflage des „Schatzes der Armen“, ebenso wenig die späteren Auflagen dieses Werkes. Neuauflagen in veränderter Aufmachung erschienen seit 1924 unter dem Sammelbegriff „Werke“. Nachdem sich beide Männer nach dem Ersten Weltkrieg wieder angenähert hatten, übersetzte v. Oppeln 1935 und 1936 noch „Vor dem großen Schweigen“ und „Die Sanduhr“, die dann aber nicht mehr bei Diederichs erschienen sind, sondern bei S. Fischer. 256 Briefe Maeterlincks an Friedrich von Oppeln-Bronikowski sind in der Königlichen Bibliothek Brüssel archiviert.

Ein vielseitiger Autor: Friedrich v. Oppel-Bronikowski Foto: privat

Das bekannteste philosophische Werk war mit einer Auflage von 49 Tausend „Das Leben der Bienen“, das bekannteste dramatische Werk „Pelleas und Melisande“. Letzteres wurde als Opernlibretto von Claude Debussy vertont. Deutschen Textbüchern liegt zuweilen der volle Text in der Übersetzung von Friedrich von Oppeln-Bronikowski bei. Arnold Schönberg schrieb eine Symphonische Dichtung „Pelleas und Melisande“. Auch Maeterlincks Gedichte haben Komponisten inspiriert. Sechs Gedichte aus den „Fünfzehn Liedern“ wurden von Alexander von Zemlinski (op. 13) vertont. Arnold Schönberg hat in seinem op. 20 das Gedicht „Herzgewächse“ aus der Serie „Im Treibhaus“ vertont.

Seine Briefe sind in der Königlichen Bibliothek in Brüssel archiviert

Friedrich von Oppeln-Bronikowski hat sich nicht damit begnügt, die Werke Maeterlincks zu übersetzen, sondern hat auch viel zu ihrer Verbreitung beigetragen, indem er über Jahrzehnte in Vorträgen sowie in Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln für seinen Autor und dessen Werke warb. 26 Aufsätze lassen sich ohne Anspruch auf Vollständigkeit nachweisen. Nachzutragen bleibt noch, daß der Eugen Diederichs Verlag Düsseldorf/Köln 1965 einen originalgetreuen reprografischen Nachdruck der Erstauflage vom „Schatz der Armen“ herausgegeben hat.

An Maeterlinck entzündete sich auch ein Briefwechsel zwischen Friedrich von Oppeln-Bronikowski und Rainer Maria Rilke. Es war Rilke, der 1902. v. Oppeln gebeten hat, ihn in Bezug auf seine Bemühungen um die – erstmalige – Aufführung des Maeterlinckschen Singspiels „Schwester Beatrix“ anläßlich einer bedeutenden Erweiterung der Bildergalerie der Bremer Kunsthalle zu unterstützen. Der Briefwechsel dauert bis 1908 und umfaßt sieben Briefe v. Oppelns und neun Briefe Rilkes, die wegen der Ungunst der Verhältnisse leider nicht alle erhalten geblieben sind. Einige sind veröffentlicht worden, so zum Beispiel in den „Briefen aus den Jahren 1906 bis 1907“ im Rahmen der Werkausgabe des Insel Verlages.

Dieser Schriftwechsel ist vom Thomas-Mann-Forscher Klaus W. Jonas wissenschaftlich aufgearbeitet und veröffentlicht worden. Professor Jonas ist auch im Besitz eines Autographs Rilkes, das aus einer Widmung und drei von Rilkes Hand geschriebenen Maeterlinckschen Gedichten besteht. Die handschriftliche Widmung lautet: „Friedrich von Oppeln-Bronikowski, dem Übersetzer des Dichters Maurice Maeterlinck“ v. Oppeln hat sich bis zu dessen Tod im Jahr 1926 mit Rilke beschäftigt. Bereits 1907 hielt er vor der Literarhistorischen Gesellschaft Bonn einen Vortrag mit dem Titel „Rainer Maria Rilke – Sein Leben, seine Weltanschauung, seine Kunst.“ Später hat er über „Rilkes neue Gedichte“, „Zu Rilkes 50. Geburtstag“ und „Rilkes Jugend“ geschrieben und den Nachruf, R. M. Rilke zum Gedächtnis“ verfaßt und veröffentlicht. V. Oppelns Anthologie moderner französischer Lyrik, 1908 im 2. Tausend im Oesterheld & Co Verlag in Berlin erschienen, enthält ein Gedicht von Fernand Gregh, das von Rilke übersetzt worden ist. Allerdings enthält dieses keine Angabe des Übersetzers, sondern statt dessen nur drei Sternchen.

Neben Maeterlinck widmete er sich als zweitem Hauptbetätigungsfeld der Herausgabe und Übersetzung des französischen Romanciers Henri Beyle (1783-1842), des Schöpfers des modernen psychologischen Romans. In diesem Falle sagt v. Oppeln selbst, wie er auf Stendhal gestoßen ist: „Durch Nietzsche, der mich damals wie die ganze Jugend begeisterte, wurde ich zu Beyle-Stendhal geführt.“ Dieser Hinweis ist als geistige Anregung zu verstehen, deren schriftstellerische und verlegerische Umsetzung erst auf Grund seiner Korrespondenz mit Elisabeth Förster-Nietzsche, der Schwester des inzwischen verstorbenen großen Bruders, stattfand. In seinem ersten Brief an Elisabeth spricht er im September 1896 von „einem lange gehegten Wunsch“, der Schwester Friedrich Nietzsches zu schreiben. Hieraus entwickelte sich ein mehrjähriger Schriftwechsel. Sein Gegenstand war zunächst die Herausgabe und Übersetzung des Werkes des französischen Germanisten Henri Lichtenberger: „La Philosophie de Nietzsche“. Allerdings tritt er auf den Titelseiten als Übersetzung nicht in Erscheinung. In ihrem Vorwort jedoch bezeichnet sie Friedrich als „den eigentlichen Übersetzer“, dem sie ihren herzlichsten Dank auszusprechen habe. Später hat v. Oppeln mehrere Werke dieses Franzosen jüdischer Abstammung ins Deutsche übersetzt, so zum Beispiel „Das moderne Deutschland und seine Entwickelung“, „Richard Wagner der Dichter und Denker“, „Heinrich Heine als Denker“.

Von Nietzsche und Stendhal begeistert

Im Rahmen dieses Schriftwechsels fragt er in seinem Brief vom 20. November 1899: „Sollten Sie, gnädige Frau, noch einmal Aussicht und Gelegenheit haben, mir eine gute Übersetzung anzuempfehlen oder zu ermöglichen, so wäre ich Ihnen von Herzen dankbar. Ich weiß übrigens nicht, ob von Stendhal etwas Deutsches existiert; das wäre doch ein Mann, bei dem es wirklich lohnte.“ In seinem Brief vom 20.11.1899 schreibt er: „An eine Übersetzung Stendhals habe ich schon oft gedacht; es fragt sich nur, ob sich ein deutscher Verleger dazu finden wird, denn sonst möchte ich diese mühsame Arbeit nicht wagen.“ Hieraus entwickelte sich der dritte Glücksfall seiner schriftstellerischen Laufbahn: Sein Verleger Eugen Diederichs war bereit, das Risiko einer umfassenden Herausgabe Stendhalscher Schriften einzugehen.

Friedrich machte sich nun an die „mühsame Arbeit“, Stendhal ins Deutsche zu übertragen. Da die letzte französische Ausgabe bereits mehr als 50 Jahre zurücklag, mußte er in den Bibliotheken in Paris und Grenoble, dem Sitz des Stendhal Club, nach Originalmanuskripten forschen, um vorhandene Texte kritisch zu überprüfen und neue, noch unbekannte Texte ans Tageslicht zu fördern. Er stattete seine Übersetzungen mit Vorworten aus, die den aktuellen Stand der Stendhal-Forschung wiedergaben und z. T. der französischen Stendhal-Forschung vorausgingen. Er versah den Text zudem mit vielen Fußnoten, die dem Leser zu Beginn des 20. Jahrhunderts die nötigen zeitgeschichtlichen Hintergründe erläuterten. Sein akribisch erworbenes Wissen setzte ihn in Stand, eine neue kritische französische Gesamtausgabe Stendhals anzuregen und seine Mitarbeit daran anzubieten. Seine Anregungen blieben ohne Resonanz, was zum Teil sicherlich den politischen Spannungen zwischen Deutschland und Frankreich vor dem ersten Weltkrieg geschuldet war. Bei Diederichs sind von 1903 bis 1924 insgesamt zehn Bände ausgewählter Stendhalscher Werke erschienen.

Er war es auch, der 1908 als Erster den Braunschweiger Aufenthalt Stendhals von 1807–1808 in einem Zeitungsartikel behandelt hat. In dieser Zeit hat ihn ein Ausflug in das altmärkische Städtchen Stendal geführt, von dem er später, aus einer Laune heraus und leicht verändert, seinen Namensteil „(de) Stendhal“ ableitete, unter dem er noch heute weltweit bekannt ist. In Braunschweig fand 1978 der 13. internationale Stendhal-Kongress statt, auf dem auch die Bedeutung v. Oppelns für die Stendhal-Forschung und die Verbreitung seiner Romane in Deutschland eingehend behandelt wurden.

Nach dem ersten Weltkrieg hat Eugen Diederichs sich von seinen Stendhal-Rechten getrennt und sie v. Oppeln für 10 000 M verkauft. Dieser hat sie dann in seine mit dem Propyläen Verlag neu aufgenommene Beziehung eingebracht. Das Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist die heute noch gesuchte zehnbändige Ausgabe der Gesammelten Werke Stendhals in rotem Halbleder mit Goldprägung. In den 30er Jahren hat der Eugen Diederichs Verlag seine Absicht bekundet, die Stendhal-Rechte vom Propyläen Verlag zurückzuerwerben. Hierzu ist es jedoch wegen des frühzeitigen Todes v. Oppelns nicht mehr gekommen. Propyläen hat von etwa 1978 bis 1982 in ähnlicher Aufmachung eine achtbändige Werkausgabe Stendhals „auf der Grundlage von Friedrich von Oppeln-Bronikowski“ herausgegeben. Der Eugen Diederichs Verlag seinerseits hat 1996 einen unveränderten Nachdruck von Stendhals „Reise in Italien“ (Rome, Naples et Florence) in der deutschen Bearbeitung von Friedrich von Oppeln-Bronikowski aus dem Jahr 1911 herausgegeben.

Zwei weitere spektakuläre Ausgaben konnte Oppeln zusammen mit Eugen Diederichs verwirklichen, zum einen „Die Blaue Blume“, eine Anthologie romantischer Lyrik, und Charles de Costers „Tyll Ulenspiegel“. „Die blaue Blume“ hat er bereits 1900 zusammen mit dem jüdisch-deutschen Schriftsteller und Verleger Ludwig Jacobowski herausgegeben. Es handelt sich um ein schönes Buch mit Jugendstil-Buchschmuck und vielen Porträts, das bald vergriffen war, aber trotzdem nicht mehr aufgelegt wurde. Es ist heute kaum noch zu finden.

1909 erschien Charles de Costers Tyll Ulenspiegel, die Legende von ihren heroischen, lustigen und rumreichen Abenteuern im Lande Flandern und anderen Orts in der Übersetzung aus dem Französischen von Friedrich von Oppeln-Bronikowski. Es wurde ein großer Erfolg und hatte mehrere andere Übersetzungen im Gefolge. In Belgien fast unbe-

Fortsetzung auf Seite IV

Preußischer Schöngeist im besten Sinne

Fortsetzung von Seite III

kannt, wurde es dort erst durch diese Übersetzung bekannt und populär und verdiente sich damit den Ehrentitel „Vlamenbibel“. Es schildert den holländischen Freiheitskampf gegen die spanische Besatzungsmacht im 16. Jahrhundert. Bis 1945 sind 112 000 durch Diederichs verlegte Exemplare nachweisbar.

Außer den genannten Werken erschienen bei Eugen Diederichs vor dem Ersten Weltkrieg noch die Vlämischen Legenden von de Coster und die Erzählungen des Königs Gambrinus von Charles Deulin. In anderen Verlagen erschienen Übersetzungen von Werken von: Gustave Flaubert,

Wurde im Ersten Weltkrieg reaktiviert

Anatole France, Edmond de Goncourt, Henri Lichtenberger, Pierre Loti, Guy de Maupassant, Alfred Murger, Gaston Raphaël, Henri de Régnier, Georges Rodenbach (Das tote Brügge), Edmond Rostand, Ernest Seillière und Villiers de l'-Isle-Adam.

Für den sich anbahnenden Ersten Weltkrieg wurde er reaktiviert und nahm an ihm in den Sektionen „Militärgeographie“ und „Kartenwesen“ des Stellvertretenden Generalstabs des Heeres teil. Während dieser Zeit kam sein journalistisches und schriftstellerisches Schaffen völlig zum Erliegen. Dafür verfaßte er während seiner Militärdienstzeit aus eigenem Antrieb Studien über das Straßennetz in Liv- und Estland, in Westrußland sowie in Litauen und Kurland, die militärisch wichtig waren und für die er den schriftlichen Dank Hindenburgs und Ludendorffs erhielt. Ferner verfaßte er Denkschriften über die Inseln des Rigaer Meerbusens und Südfinnland und sorgte für die Beschaffung beziehungsweise Herausgabe eines deutsch-bulgarischen, eines deutsch-lettisch-estnischen sowie eines deutsch-russisch-polnischen Wörterbuchs und vieles andere mehr. Er wurde zum Rittmeister befördert und erhielt das Eiserne Kreuz II. und I. Klasse. Seine Mobilmachung wurde zum 31. Dezember 1918 aufgehoben.

Der Weltkrieg und seine Teilnahme daran war auch für Friedrich ein gravierender Einschnitt in sein Berufsleben. Er musste danach, wie er in seiner Selbstdarstellung anläßlich seines 60. Geburtstags schreibt, noch einmal wie ein 20jähriger von Neuem beginnen. Die Erfahrungen des Ersten Weltkrieges haben aber auch seine Persönlichkeit verändert. Er trat nun aus dem Elfenbeinturm des reinen Literatentums heraus und begann, sich politisch zu betätigen. Zunächst wirkte er im Bürgerrat von Groß-Berlin als Redakteur seines Presseorgans, des „Bundes“, mit und veröffentlichte in ihm eine Reihe von Artikeln überwiegend politischen Inhalts. Vom Leiter der Bürgerrats, Konsul S. Marx, erhielt er den Auftrag, die Geschichte des Bürgerrats zu schreiben. Diesen Auftrag führte er bis 1922 aus und erstellte ein Schreibmaschinenskript von 170 Seiten. Dieses ist 1936 mit dem Tode von Konsul Marx verlorengegangen und nie wieder aufgetaucht.

In die gleiche Zeit wie seine Mitwirkung in der bürgerlichen Gegenbewegung gegen linksradikale Umsturzversuche fällt sein Beitritt zur deutschnationalen Volkspartei (DNVP) sowie sein Engagement für das deutsche Judentum. Die Bereiche stehen sogar in einer gewissen Wechselwirkung miteinander, war doch eine treibende Kraft der Bürgerbewegung der bereits zuvor erwähnte Konsul S. Marx, der auch Beziehungen zur DNVP unterhielt. Friedrich von Oppeln-Bronikowski war ein patriotisch denkender und handelnder Konservativer innerhalb des üblichen politischen Spektrums. Er war jedoch von Anfang an mit einigen Gleichgesinnten ein Gegner des in dieser Partei vorherrschenden Antisemitismus und hat sich in Wort und Schrift gegen diesen gewandt. Er arbeitete in der ‚Staatspolitischen Arbeitsgemeinschaft' dieser Partei mit und hielt vor ihr



Bekämpfte Antisemitismus: Friedrich v. Oppel-Bronikowski. Foto: pa

auch einen Vortrag, den er 1920 erweitert in Form einer Broschüre mit dem Titel „Antisemitismus? – Eine unparteiische Prüfung des Problems“ in der „Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte“ veröffentlichte. Da die Erstauflage in Höhe von 5 000 Exemplaren binnen weniger Tage vergriffen war, wurde unverzüglich eine zweite mit einer Stückzahl von 30 000 nachgelegt. Die Quintessenz seiner Streitschrift war: „Starker Nationalismus ohne antisemitischen Einschlag – das ist des Rätsels Lösung und auch die Tendenz dieser Schrift. Was dagegen der Antisemitismus am Judentum bekämpft, ist großenteils das Werk seiner eigenen Hände.“

Zu seinen Rezensenten gehörten auch Theodor Heuss und Thomas Mann. Die Reaktion war, wie von ihm erwartet und befürchtet, zwiespältig. Vielen der politisch rechts Stehenden war er zu judenfreundlich, während ihm von politisch links Stehenden seine Haltung zur sog. Ostjudenfrage und zum Zionismus verübelt wurde. Der Literaturwissenschafter Adolf Bartels, später Ehrenmitglied der NSDAP, hatte es sich nicht nehmen lassen, eine Erwiderung zu v. Oppelns Broschüre unter dem Titel „Die Berechtigung des Antisemitismus – Eine Widerlegung der Schrift von Herrn v. Oppeln-Bronikowski „Antisemitismus“ zu verfassen und in Buchform (52 Seiten) zu veröffentlichen.

Diese Agitation ihres Mitglieds ging der antisemitischen Mehrheit der Partei zu weit, und v. Oppeln wurde 1922 aus ihr ausgeschlossen. Er setzte nun seinen Kampf gegen den Antisemitismus als Einzelkämpfer in Wort und Schrift fort. Der nächste sinnfällige Ausdruck seines Kampfes war im Oktober 1932 die Veröffentlichung der Broschüre „Gerechtigkeit! – Zur Lösung der Judenfrage – Mit einem Geleitwort von Ricarda Huch“. Auf dem Titelblatt zitiert er Reichskommissar Dr. Bracht mit dem Wort: „Wir sitzen alle in einem Kahn, und der schlägt eines Tages um, wenn wir uns weiter so raufen.“ War seine erste Broschüre „Antisemitismus?“ noch an Parteifreunde und Konservative gerichtet, um sie zu einem Umdenken zu bewegen, so richtete sich die zweite „an jeden deutschen Mitbürger – Es ist ein Wort in zwölfter Stunde an alle, die guten Willens sind.“

In ihrem Geleitwort äußert Ricarda Huch ihre Sympathie mit dem Werk, das sich bemühe, beiden Seiten gerecht zuwerden. Die Quintessenz der Broschüre ist: Die rechtsstehenden Parteien verzichten sofort auf ihren in Wort, Schrift und Tat praktizierten Antisemitismus und öffnen sich für den Beitritt national gesinnter Juden, anstatt sie durch ihren Antisemitismus immer stärker in das „geistige Ghetto“ zurückzustoßen, während die Juden auf ihre antinationale Propaganda, zu der er auch den Zionismus zählt, verzichten und sich mit der deutschen Nationalbewegung identifizieren. Sein Ziel ist, wie bereits in „Antisemitismus?“, ein „selbstbewußter deutscher Nationalismus ohne antisemitischen Einschlag“. Es stützt seine These mit einer Vielzahl von Argumenten und Informationen wie zum Beispiel die Haltlosigkeit des Rassebegriffs, die Entstehung des Christentums aus dem Judentum und die untrennbaren Beiträge deutscher Juden zur deutschen Kultur. Den Antisemiten ruft er zu: „Seht auch im Juden den Menschen und Volksgenossen!“

Die Reaktion ist, wie schon bei seiner vorausgegangenen Schrift, zwiespältig. Nach der Übernahme der Staatsmacht durch die Nationalsozialisten geriet sie zunehmend ins Visier der Partei und des Staates. Immerhin konnte sie bis Dezember 1933 unbehelligt vertrieben werden.

Am 13. Dezember 1933 beschlagnahmte jedoch die Berliner Gestapo die Schrift für den Bereich des Landes Preußen, und am 19. Dezbmer 1933 bat der Reichsminister des Innern die anderen Landesregierungen, sich dieser Maßnahme anzuschließen. Diesem Ersuchen wurde alsbald Folge geleistet. Die von der Gestapo beanstandeten Stellen lauten: „Für unsere Rassenfanatiker dürfte Ostpreußen daher überhaupt kaum als deutsches Land in Frage kommen, und sie könnten es getrost polnischer Raubgier überlassen. Trotzdem schallt gerade von dort her die schärfste antisemitische Tonart!“ „Solange die nationale Bewegung sich nicht von dem Antisemitismus reinigt, wird dieser immer wieder Scharen von Juden in das geistige Ghetto zurücktreiben ...“

Die Gestapo beschlagnahmte die Schrift

Das Schicksal dieser Schrift wurde von Arnold Pauker 1963 im Yearbook of the Leo-Baeck-Institute New York unter dem Titel „Gerechtigkeit! The Fate of a Pamphlet on the Jewish Question“ aufgearbeitet. Er steht den Bemühungen v. Oppeln-Bronikowskis von seinem zionistischen und sozialistischen Standpunkt aus kritisch-ablehnend gegenüber. Es attestiert ihm, kein tiefschürfender politischer Denker zu sein und versteigt sich sogar dazu, ihm als Teil der deutschen Rechten einen Flirt mit dem Nationalsozialismus (Flirtation with Nazism) anzuhängen. Später behauptet er, daß die Unterstützung der Broschüre durch den jüdischen Central Verein „wahrscheinlich ein taktischer Fehler“ gewesen sei.

Dieses frühe Verdikt Pauckers hat das Bild Friedrich von Oppeln-Bronikowskis zu diesem Punkt in der Nachkriegszeit offenbar unabänderlich bestimmt.

Wird fortgesetzt

Die Politik und das Wohl des Volkes

Lienhard Schmidt über den Vertrauensverlust der »politischen Klasse«

Vertrauen besteht, wenn der Souverän, in einer freiheitlichen Demokratie also das Volk, sich von seinen in freien Wahlen gekürten Trägern politischer Mandate wirklich vertreten sieht. Das soll ja nicht heißen, daß gesellschaftlichen Gruppen oder dem einzelnen Bürger von der Politik jedweder Wunsch erfüllt wird, sondern daß Politik einen Ordnungsrahmen schafft, der den Menschen und Unternehmen berechenbare und verläßliche Grundlagen und Eckwerte für die selbstverantwortliche Gestaltung ihres Lebens liefert. Der Staat soll nicht tun, was der Einzelne tun kann, wie schon Abraham Lincoln warnte.

Genau hier beginnt unsere Krise: Der Staat, das heißt die politischen Entscheidungsträger, haben – aus welchen Beweggründen auch immer – dem Bürger immer mehr Spielraum aus der Hand genommen und behördlich regeln und steuern lassen. So kann sich Eigenleistung immer weniger zum Vorteil des Individuums und des Gemeinwesens durchsetzen, der Anteil des Bruttosozialprodukts, welches behördlich erfaßt und umverteilt wird, wächst ebenso wie der Anteil der so umverteilenden Administrationen. Ein immer kleinerer Teil der Menschen im Lande finanziert durch seine Steuern und Abgaben einen immer größer werdenden, überwiegend unproduktiven Verwaltungsapparat.

Kein Wunder, daß die Verschuldung der öffentlichen Hände schon auf runde 1,5 Billionen Euro angeschwollen ist. Kein Wunder auch, daß die „politische Klasse“ langsam beginnt zu begreifen, daß die Weichen seit Jahrzehnten falsch gestellt sind. Doch der Ruf an die Bürger, mehr Verantwortung zu zeigen, mehr Leistung einzubringen, Eigenvorsorge zu treffen, dieser Ruf mangelt der Überzeugungskraft, weil gleichzeitig ein großer Teil der Grundlagen und Eckwerte, die einmal geschaffen waren, nun nicht mehr hergeben, was der naive Bürger sich von ihnen versprach. Denken wir an von hoher Hand geübte Zweckentfremdung von Geldern (etwa bei Zwangsversicherungsbeiträgen, deren mißbräuchlicher Verwendung bzw. mangelndem Schutz gegen Mißbrauch) oder die oft geübte „Umwidmung“ von Haushaltsposten, die ein Loch reißt, um ein anderes vorübergehend zu stopfen.

Hier bleibt Mißtrauen an den Handlungen der Politik nicht aus, hier wird Zweifel an der Qualität oder an den Zielvorstellungen der Politiker wach. Eine Tendenz, die ständig größere Dimensionen annehmen wird, je länger die vorbildgebenden Entscheidungen ausbleiben, mit denen die überflüssigen Regelungen und die hierfür geschaffenen Bürokratien Schritt für Schritt abgeschafft werden. Nur wenige Bundesländer haben hiermit begonnen, der Bund tut sich noch recht schwer, von der europäischen Zentralbürokratie ganz zu schweigen.

Die Ratlosigkeit der politischen Gremien gegenüber der offensichtlich an die Wand gefahrenen Versorgungssicherheit bei Renten und im Gesundheitswesen ist mit Sicherheit kein vertrauensbildender Faktor im Verhältnis des Volkes zu den Volksvertretern. Schließlich haben die hier Betroffenen (zu Zeiten, als weit mehr Menschen in Arbeit und Brot standen als heutzutage) ihre Renten-, Kranken- und Sozialversicherungsbeiträge gezahlt und meinen wohl mit Recht, einen Anspruch auf Versorgung aus dem von ihnen (plus Arbeitgeberanteil) finanzierten Fundus zu haben. Wenn die Politiker jetzt auch von Zugriffen auf private Versicherungen schwätzen, also auf Systeme, deren Nutzung sie in jüngerer Vergangenheit den Bürgern zur „Abrundung“ der gesetzlich verordneten sozialen Sicherungssysteme dringend empfohlen haben, dann sollte es nicht verwundern, wenn auch die letzten Vertrauensreste der Bürger in die politische Klasse verschwinden.

Der Griff in die Tasche der Bürger hält nicht nur unvermindert an, er scheint noch keineswegs am Ende der Steigerungsmöglichkeiten angelangt. Steuerreformdebatten werden zur Witznummer, die Rechnung für Jahrzehnte politischer Fehlleistungen wird dem Bürger präsentiert. Glaubwürdigkeit in der Politik wiederherzustellen ist dennoch möglich, sofern Politiker weniger für das eigene als für das Wohl des Volkes arbeiten.